P 21903 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

16. Oktober 1974 Jg. 2 Nr. 21 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint ab November wöchentlich, Auflage: 57 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 16.10.1974 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am 13.10.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Bundesregierung in den Fusstapfen des US-Imperialismus

40 Millionen DM für das Thieu- Regime

Schluss mit der Unterstützung der US- Aggressoren !

Mit einem 40 Millionen-Kredit für das Thieu-Regime will die Bundesregierung dem mächtig angeschlagenen US-Imperialismus unter die Arme greifen. Schon seit Beginn des Vietnam-Krieges versuchten die USA, direkte Unterstützung für ihre Aggressionsverbrechen bei den "westlichen Verbündeten" zu bekommen. Bisher haben die Bundesregierungen nur durch Devisenausgleichszahlungen sich an den Kriegskosten der USA beteiligt. Nach dem Pariser Indochina-Abkommen hatte die Bundesregierung großspurig Hilfe für ganz Indochina auf "rein humaner Grundlage" angekündigt.

Doch die rechtmäßigen Regierungen der Völker Indochinas haben bisher keinen Pfennig davon gesehen, was die Bundesregierung damit begründet, daß sie diese nicht anerkennt. Die angekündigte "Hilfe für alle Teile" war reiner Betrug an der westdeutschen Bevölkerung, um den ehrlichen Protest gegen die verbrecherische Aggression der USA einzuseifen und hinter dem Rücken der Bevölkerung die US-Marionetten zu unterstützen.

Am 17.10. planen die USA in Paris ein "streng geheimes Treffen" zur Organisierung einer internationalen Hilfe für das Saigoner Regime. Das berichtet die Zeitung "Le Monde" vom 21.9.1974

Diese "fantastische Anstrengung" hat die Bundesregierung nun eingeleitet und dem Saigoner Regime einen Kredit über 40 Millionen DM zu 2 % (!) auf 30 Jahre verschafft. (Neue Zürcher Zeitung, 7.9.1974)

Damit stellt sich die Bundesregierung offen gegen das Pariser Friedensabkommen. Sie stellt sich offen auf die Seite der Politik des Völkermords der USA in Indochina und damit gegen den Wunsch der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha, in Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit zu leben. Die Bundesregierung unterstützt die USA darin, die Durchsetzung des Pariser Friedensabkommens zu unterlaufen durch direkte Hilfe an das Saigoner Regime, das durch Korruption und durch die Aufwendungen zur Unterdrückung des vietnamesischen Volkes vor dem wirtschaftlichen Bankrott steht.

Dem US-Imperialismus ist es damit gelungen, seine Verbrechen in Indochina auf mehr Schultern zu verteilen. Während die Bundesregierung so gegen den Willen des Volkes von Westdeutschland, aber mit den von den werktätigen Massen abgepreßten Steuergeldern die gescheiterte Aggressionspolitik der USA unterstützt, hindert sie mit dem Argument der "Völkerverständigung" unter Androhung von Strafverfolgung durch Sammlungsverbote, die Völker Indochinas zu unterstützen. Die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf der Völker Indochinas wird durch Polizei und Justiz verfolgt; ihre Sammelaktionen werden als "Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker" unter Strafe gestellt. Was freiwillig für die Völkern gespendet wird, versucht die Polizei zu konfiszieren, während die Bundesregierung die abgepreßten Steuergelder den verbrecherischen Marionettenregimes zukommen läßt.

Sofortige Einstellung der Zahlungen an das Thieu-Regime!
Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den rechtmäßigen Regierungen der Völker Indochinas!

KBW-Spendenkonto
COMMERZBANK MANNHEIM
Kto.Nr. 32 58 589 - 00

Die Arbeitslosigkeit betrifft alle Arbeiter

Die Preissteigerungsrate stieg von 7 auf 7,3 %, die Arbeitslosenrate ist auf 2,4 % gestiegen. Innerhalb eines Monats wurden weitere 30 000 arbeitslos; insgesamt sind es nun offiziell 557 000 Arbeitslose. Zugleich hat sich die Zahl der Kurzarbeiter in einem Monat mehr als verdoppelt. Schon liegen Anträge der Kapitalisten auf Kurzarbeit für weitere 183 000 zusätzlich zu den 265 300 Kurzarbeitern vor, die es schon gibt.

Die Arbeitslosigkeit trifft nicht nur die, die entlassen werden, sondern alle Arbeiter und Angestellten. Überall benutzen die Kapitalisten die Entlassungsdrohung und die Furcht vor Arbeitslosigkeit, um mehr Arbeit herauszupressen. "Rezession drückt auch den Krankenstand" war die Überschrift eines Artikels in der "Süddeutschen Zeitung", in dem sie berichtete, daß die Krankmeldungen bis zu 36 % zurückgegangen seien. (Süddeutsche Zeitung, 9.10.74) Also bei steigender Arbeitshetze geringerer Krankenstand, das heißt nur, daß viele bis zum körperlichen Ruin, auch wenn sie akut krank sind, noch zur Arbeit gehen.

Zugleich wird der Lohn real gesenkt, nicht nur durch die immer weiter steigenden Preise, sondern auch offen durch Umgruppierungen, Akkorderhöhungen und dadurch, daß schon nach den Tariferhöhungen diese nicht mehr auf den Effektivlohn voll angerechnet wurden. Durch Wegfall der Überstunden wird ebenfalls der Verdienst geringer.

An diesen Tatsachen kann man sehen, wie Regierung und Kapitalisten samt ihren Propagandisten in Fernsehen und Presse die Wahrheit auf den Kopf stellen. Denn nicht die Löhne verursachen die Arbeitslosigkeit, sondern mit der Arbeitslosigkeit werden die Löhne und das Lebensniveau aller Lohnabhängigen gedrückt. Nur eines macht in diesen miserablen Verhältnissen Mut: daß die Propagandisten des Kapitalismus Schiffbruch erleiden und offensichtlich wird, daß das kapitalistische System abgeschafft werden muß.

(siehe Artikel Seite 5)



Arbeitslosigkeit – Geißel des Kapitalismus

GEHEIMDIENSTE UND BÜRGERLICHE PARTEIEN:

Jeder gegen jeden, alle gegen das Volk

Ein neuer Skandal ist aus dem Guillaume-Ausschuß geboren worden. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat die führenden Spitzenpolitiker aller bürgerlichen Parteien, ja sogar einige Konzernmanager bis in ihre privaten Lebensgewohnheiten hinein bespitzelt und Dossiers darüber angefertigt. Vornehm schreiben die bürgerlichen Zeitungen, daß sogar "Ess- und Trinkgewohnheiten" observiert wurden. An und für sich war dieser Skandal schon 1969 unter den Teppich gekehrt worden, indem die SPD-Regierung die Dossiers unter Aufsicht von Minister Ehmke im Reißwolf vernichtete. Hervorgekehrt wurde er jetzt wieder durch die Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und FDP/SPD-Regierung, die sich gegenseitig mit Agentengeschichten bekämpfen und damit ein aufschlußreiches Lehrstück über die verrotteten Methoden bürgerlicher Politik liefern.

Die Ermittlungen im Guillaume-Ausschuß ergaben, daß von diesen Dossiers vor ihrer Vernichtung unkontrolliert Kopien angefertigt wurden. So kann man annehmen, daß jede Partei zumindest über Kopien der Dossiers über Persönlichkeiten der anderen Partei verfügt. Sie überwachen sich gegenseitig wie ein Gangstersyndikat, wo jeder gegen jeden auspacken kann und haben nun in ihrem Kampf um die Staatspfründen den Fehler begangen, die inneren Regierungsmethoden des bürgerlichen Staates selbst zu enthüllen.

Jede Partei versucht nun, daß etwas vom Mief und Gestank ihrer Agentengeschichten an der anderen Partei hängenbleibt, während dem Volk immer mehr vom Fäulnisgeruch des gesamten bürgerlichen Staats- und Regierungssystem in die Nase kommt. Besorgt um das Ansehen der bürgerlichen Staatsgewalt warnen deshalb die Zeitungsschreiber und Fernsehmoderatoren die bürgerlichen Parteien davor, auf dieser Ebene die Auseinandersetzung weiter zu führen. Doch auch sie stecken schon zu tief drin im Dreck, denn zugleich brachten die Vernehmungen vor dem Ausschuß zutage, daß enge Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Geheimdiensten besteht. Journalisten belieferten den Bundesnachrichtendienst gegen Honorar mit Informationen, die dieselben Journalisten sodann wieder als Informationen aus Geheimdienstkreisen in ihren Zeitungen veröffentlichten. Dieses Verfahren war vor allem zur Anschwärzung des Ministers Bahr von CSU-Kreisen angewandt worden, wofür im Gegenzug die SPD-Regierung die Bauer-, Springer- und Bertelsmann-Verlage observieren ließ. (siehe Frankfurter Rundschau vom 10.10.74)

Die Geheimdienste selbst, die mit der Ausführung dieser Geschäfte beauftragt sind, verdienen besondere Betrachtung. Der Bundesnachrichtendienst (BND), um den es in dieser Affäre geht, ist entstanden aus der Organisation Gehlen. Gehlen selbst leitete im Dritten Reich die Spionageorganisation "Fremde Heere Ost". Diese Organisation hat das schmutzige Verdienst, Überfall und Kriegführung der Hitler-Armee gegen die Sowjetunion vorbereitet zu haben, gleichermaßen den Tod von Millionen von Sowjetbürgern und deutschen Landsern mitverschuldet zu haben. Vollständig wurden sämtliche noch vorhandenen Agenten und Verbindungsleute, samt ihrer Organisation und Leitung durch Gehlen, in den Dienst des US-Imperialismus sofort nach der Niederlage des Hitlerfaschismus übernommen, um mit gleicher Zielsetzung wie vorher gegen die Sowjetunion weiterzuarbeiten.

1950 wurde die Organisation Gehlen dann als Bundesnachrichtendienst in ihrem ganzen Bestand unter Leitung des gleichen Gehlen der Adenauerregierung unterstellt. Bis auf diejenigen, die aus Altersgründen ausschieden, unter anderem auch Gehlen selbst, und ergänzt durch Agenten, die diese Leute dazuwarben, besteht diese im Hitlerfaschismus aufgebaute Organisation als politisches Instrument des bestehenden westdeutschen Staates fort. Schon im Dienst der USA und später der westdeutschen Regierung wurde sie auch zum Inneneinsatz verwandt. In den bürgerlichen Zeitungen und auch von den bürgerlichen Parteien wird nun dieser Inneneinsatz, dessen sie sich selbst bedienten, als "illegal" kritisiert, und zugleich bedauert, daß die Schlagkraft dieser Organisation, gegen andere Völker und Staaten subversiv tätig zu sein, durch die öffentliche Affäre beschädigt werden könne. Diesen Schaden zu verursachen, werfen sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig ebenfalls vor, wobei dann nebenbei noch ans Licht kommt, daß der BND selbst an großen internationalen Waffenschiebereien politisch und geschäftlich beteiligt ist. Daraus machen die bürgerlichen Zeitungen natürlich keine Schlagzeilen, und der jetzige Leiter des BND, Wessel, erklärt, darüber könne er im Interesse der Bundesrepublik nur in nichtöffentlicher Sitzung sprechen.

Kein Skandal für die Bourgeoisie und ihre Zeitungen ist auch, daß die gleiche Tätigkeit, die für den BND illegal sein soll, weil seine Aufgabe außenpolitisch ist, gegenüber den werktätigen Volksmassen vom Verfassungsschutz ausgeführt wird. Diese Geheimdienstorganisation, die mit Tausenden von Agenten und einem in den letzten Jahren laufend aufgestockten Etat das geheime Verfolgungs- und Bespitzelungsgeschäft gegen die Bevölkerung im Innern des Landes betreibt, ist schon deshalb der bürgerlichen Presse keine Schlagzeile wert, weil ihre Tätigkeit sich gegen alle Bestrebungen im Volk konzentriert, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet sind. In den fünfziger Jahren trat der Verfassungsschutz dadurch hervor, daß er maßgeblichen Anteil an der Liquidierung der Kommunistischen Partei hatte und viele Menschen ins Gefängnis brachte, die gerade den NS-Vernichtungslagern entkommen waren und dennoch den Kampf um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung nicht aufgegeben hatten.

Heute wird der Verfassungsschutz von diesem Staat der Bourgeoisie immer gewaltiger aufgerüstet, weil immer mehr Menschen diesen Kampf fortführen – weil die Bourgeoisie immer mehr zu spüren bekommt, daß die Arbeiterklasse zu neuen Kämpfen für ihr notwendiges Ziel erwacht: den Staat des Kapitals zu zerschlagen, um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu errichten.

–bb–

Aus dem Inhalt:

Der Bauer hat alles - nur kein Geld

Die Situation der Kleinbauern ist durchaus keine rosige. Davon konnte ich mich kürzlich im Schwarzwald selbst überzeugen. Mehrere Gespräche mit einer Schwarwälder Bäuerin bestätigten mir, daß die miserable wirtschaftliche und finanzielle Lage die Kleinbauern nach und nach an den Ruin bringt, trotz unermüdlicher Anstrengungen und Mühen aller Familienangehörigen bei Arbeitszeiten fast rund um die Uhr. Die Kleinbauern bleiben einfach auf ihren mühsam erzeugten Produkten Getreide, Eier, Milch und Fleisch sitzen, wenn sie sich nicht dem Preisdiktat der Lebensmittelkonzerne unterwerfen, die ihnen die Produkte zu Niedrigstpreisen abkaufen, um sie dann zu Höchstpreisen an die Arbeiter teuer weiterzuverkaufen.

So trifft die Aussage der Bäuerin – was die Lebensmittelversorgung angeht – den Nagel auf den Kopf: "Wir haben alles, nur kein Geld!"

Den Bedürfnissen aller Werktätigen angemessen – der Arbeiter wie der Bauern – wäre hier ganz klar der direkte Verkauf der Produzenten an die Verbraucher. So aber sind die Kleinbauern finanziell sehr schlecht gestellt durch die maßlose Ausplünderung durch die Konzerne und kommen kaum über die Runden. Und immer mehr von ihnen sind gezwungen, nebenbei in die Fabriken arbeiten zu gehen.

Auch der Staat fällt ihnen mit seiner Subventionspolitik voll in den Rücken. Die Schwarzwaldbäuerin drückte das sehr treffend so aus: "Die Großen unterstützt er, die Kleinen drückt er an die Wand." So kann man zinsgünstige Kredite erst ab 10 000 DM vom Staat erhalten, obwohl eine Anschaffung von 5 000 DM einem kleinen Hof angemessener ist.

Hieran wird deutlich: In unserer kapitalistischen Gesellschaft hat die produzierende Klasse der Arbeiter und Bauern keine Hilfe –R.S., Bremen–

Auch die 5 Prozent Agrarpreiserhöhung hilft der Masse der Kleinbauern nicht.

Dies weist ein Landwirt aus Niederbeisheim in einem Leserbrief an die "Hessische Allgemeine" vom 5.10.1974 nach.

Die Getreideernte ist bereits verkauft und nur wenige landwirtschaftliche Großbetriebe, die es sich leisten können, die Ernte zu lagern, profitieren von den 5 %. Außerdem natürlich der Handel, die Genossenschaften und die Mühlen. Damit bekommen vor allem die Verbraucher, das Volk, die Preiserhöhungen zu spüren. Aber auch die Bauern selbst, die den erhöhten Getreidepreis zahlen müssen, wenn sie für die Viehhaltung Mischfutter kaufen.

Weiterhin nutzen die Preisanhebungen bei Schweine- und Rindfleisch den meisten Bauern ebensowenig, da nur der Richtpreis angehoben wird, die gegenwärtigen Marktpreise aber ohnehin schon über den Richtpreisen liegen.

Wir können also sehen, daß sich die Lage der Mehrzahl der Bauern nicht bessert, sondern verschlechtert. Die Konkurrenzbedingungen verschieben sich weiter zugunsten der Großgrundbesitzer. –D.S., KSB Kassel–

Großen unterstützt er, die Kleinen drückt er an die Wand." So kann man zinsgünstige Kredite erst ab

Konkurrenzbedingungen verschieben sich weiter zugunsten der Großgrundbesitzer. –D.S., KSB Kassel–

CDU-Geld für Chile-Putsch

Ende September wurde in seinem argentinischen Asyl der ehemalige chilenische General Prats ermordet. Prats war ein enger Vertrauter des S.Allende gewesen und war während dessen Regierungszeit Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte und Innenminister gewesen. Prats wußte zuviel: wenige Tage vor seinem Tod gab er einer holländischen Journalistin Interviews unter der Auflage, sie vor seinem Tod nicht zu veröffentlichen, weil sonst sein Leben in Gefahr sei. Kurz darauf wurde er ermordet.

Wesentlicher Inhalt seiner Interviews war der Nachweis, daß die westeuropäischen christdemokratischen Parteien während der Regierungszeit Allendes große Geldsummen nach Chile geschmuggelt haben, um die Regierung der Unidad Popular unter S.Allende zu stürzen. Prats nannte insbesondere die CDU und die Demokrasia Italiana, die italienische christdemokratische Partei, die ihre christdemokratische Schwesterpartei in Chile bei den Putschvorbereitungen mit großen Geldsummen unterstützt haben.

Tatsache bleibt: Wenn auch das Gestrüpp der Kanäle, über die die CDU Geld nach Chile pumpte, sehr undurchsichtig ist – fest steht folgendes: 1964 ließ die CDU über ihre Zweigstelle "Konrad Adenauer-Stiftung" der chilenischen christdemokratischen Partei große Geldsummen zukommen, damit sie ihren Wahlkampf finanzieren konnte. Der damals an die Macht gekommene Christdemokrat Frei veranlaßte während seiner Amtszeit zahlreiche Massaker unter der arbeitenden Bevölkerung. Nach Angaben Prats hat Frei wesentlichen Anteil an der Vorbereitung des Putsches. Fest steht auch, daß während des Wahlkampfes 1973, als die chilenische christdemokratische Partei fest entschlossen war, Allende mit allen Mitteln zu stürzen, sie wiederum über die CDU unterstützt wurde. Der "Spiegel" verwandte mehrere Seiten darauf, in das Gestrüpp der Unterstützung und Korruption einzudringen.

Immer wieder stößt man auf die gleichen Namen: Heinrich Gewandt, CSU-Mitglied, Vorsitzender der Konrad Adenauer-Stiftung und Präsidiumsmitglied des "Deutsch-chilenischen Freundeskreises", Freiherr von Kühlmann-Stumm, abtrünniger FDP-Abgeordneter, Präsidiumsmitglied des "Freundeskreises" und Besitzer eines Großgrundbesitzes in Chile in der Größe von 8 mal 7 km; E.Mende, CDU-Mitglied mit Beziehung zu zahlreichen Konzernen, zahlreichen Industriellen und oberen Rängen der Bundeswehr wie etwa Generalleutnant Schnez, Gründungsmitglied des "Freundeskreises". Gewandt, der mehrmals nach dem Putsch von Pinochet empfangen wurde, rechtfertigte das Massaker an der chilenischen Arbeiterklasse: Es sei "ein erforderlicher Akt der Notwehr gewesen".

Der Bundesregierung und den Führern der sie tragenden Parteien ist es da besser gelungen, ihre Freundschaft mit der chilenischen Reaktion zu tarnen. Mit Krokodilstränen haben sie immer wieder den Putsch bejammert. Nach der Massendemonstration in Frankfurt hat die SPD-Fraktion im Bundestag gar den Antrag gestellt, die Kredite an die Junta einzustellen. Doch damit gestand sie offiziell ein, Kredite zu geben: im November 73,11 Mio Mark, im Januar weitere 21 Mio Mark, im Juli wurde eine fällige Rückzahlung von 100 Mio Mark der Junta gestundet. Gleich nach dem Putsch hat die Bundesregierung wieder Garantien für die Investition westdeutschen Kapitals in Chile gegeben, um den imperialistischen Konzernen Westdeutschlands die Ausbeutung des chilenischen Volkes zu erleichtern. Die bundeseigene "Deutsche Entwicklungsgesellschaft" ist am Hoechst-Zweigwerk in Chile, das bekannt ist für seine unmenschlichen Arbeitsbedingungen und Niedrigstlöhne, mit 20 % – etwa 4 Mio Mark – beteiligt. Als ob es dies alles nicht gäbe, heuchelt die SPD-Führung heute Solidarität. Die SPD-Führung konnte sich nicht leisten, nichts zu sagen. Viele ihrer Mitglieder unterstützten die Chile-Woche und nahmen an der Demonstration teil, deren eine Forderung war: keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse. Die Enthüllungen des Generals Prats bieten deswegen für die Chile-Solidaritätsbewegung guten Boden, die konterrevolutionären Machenschaften der westdeutschen Kapitalistenklasse und all ihrer Parteien ans Licht zu ziehen und gemeinsam mit allen, die für den Sturz der Junta eintreten, diese zu bekämpfen. –pf–

Die VR China kennt keine Inflation!

Die VR China kennt keine Inflation!

In einem Interview hat Bundesfinanzminister Apel neulich behauptet, die BRD sei Spitzenreiter in Punkto Stabilität in der ganzen Welt. Bei einer Teuerungsrate von wenigstens 7,2 % ist das wirklich eine kühne Behauptung. Für Bundesfinanzminister Apel gehört die Volksrepublik China offensichtlich nicht zu dieser Welt. Die Volksrepublik China, dieses große sozialistische Land, kennt im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern heute keine Inflation mehr.

Bevor die Arbeiterklasse in China die politische Macht erobert hatte, kannte auch China die Inflation. Jetzt ist die Währung seit über 20 Jahren stabil. Das beweist: Die Teuerung ist kein Naturereignis, sondern ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

In einem Artikel der chinesischen Nachrichtenagentur vom 23. September erklärt ein Journalist, warum es in der Volksrepublik China keine Inflation gibt. Die entscheidende Ursache ist, daß die Arbeiterklasse in der Volksrepublik China die politische Macht hat und daß der Staat kein Staat der Kapitalistenklasse ist, sondern ein Staat der Arbeiterklasse. In dem Artikel wird berichtet:

"In China werden die Verkaufspreise durch den Staat festgelegt. Um den Aufbau und die Lebenshaltung des Volkes zu sichern, versorgt der Staat den Markt ständig mit Waren zu festgelegten stabilen Preisen. Seit über 20 Jahren sind die Preise der lebensnotwendigen Güter gehalten worden – so die Getreidepreise, der Preis für Baumwolle, Salz und Kohle. Der Preis für eine ganze Anzahl von Produkten ist beträchtlich gesenkt worden, zum Beispiel für Medikamente, Büromaterial und Lehrmittel Um den Preisunterschied zwischen Industrieprodukten und Landwirtschaftsprodukten, der eine Folge der alten Gesellschaft ist, zu verringern, hat der Staat den Preis für Landwirtschaftsprodukte und Rohstoffe mehrmals erhöht und den Preis für chemische Düngemittel, Insektenvernichtungsmittel, für Mazout und andere Güter, die die Landwirtschaft braucht, gesenkt. Er hat dies planmäßig gemacht. Diese Maßnahmen haben nicht nur das Einkommen der Bauern vermehrt, sondern haben ihnen auch erlaubt, mehr Industriegüter zu kaufen, ohne mehr Geld auszugeben."

Diese Verbesserung der Lage der Bauern geht Hand in Hand mit einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, deren Löhne regelmäßig steigen, während die Preise nicht steigen oder sogar gesenkt werden.

Vergleicht man diese Entwicklung mit der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, dann kann sie wie ein Wunder erscheinen. Sie ist aber kein Wunder, sondern nur Ausdruck der großen Fähigkeiten der Arbeiterklasse und des Volkes, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht besitzt und das ganze Volk auf dem Weg zum Sozialismus führt.

–G.S.–

DDR-und SED-Führung

Verzicht auf jedes marxistisch-leninistische Deckmäntelchen bei der Festigung ihrer Macht und der Auslieferung der DDR an die sozialimperialistische Sowjetunion

Wir sind bereits in der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung auf die Verfassungsänderung in der DDR eingegangen. Inzwischen ist uns noch eine Begründung bekannt geworden, mit der die SED- und DDR-Machthaber diese Verfassungsänderung zu rechtfertigen versuchen.

So führte der amtierende DDR-Außenminister Oskar Fischer auf der UNO-Vollversammlung aus:

"Heute existieren auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat, die Deutsche Demokratische Republik, in dem sich die sozialistische Nation entwickelt, und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland, in der eine kapitalistische Nation besteht." (Neues Deutschland, 2.10.1974)

Was behauptet der DDR-Außenminister mit diesen Worten? Er behauptet, daß es weder in der DDR noch in der BRD eine Klassenspaltung gibt, die die deutsche Nation zerreißt, sondern daß es zwei Nationen gibt, die keine Klassenspaltung mehr kennen. In der BRD gibt es eine "kapitalistische Nation", in der DDR gibt es eine "sozialistische Nation"! Kann man die Tatsachen plumper verdrehen und kann man die deutsche Arbeiterklasse frecher beleidigen? Die westdeutsche Arbeiterklasse wird mit den westdeutschen Kapitalisten in einen Topf geworfen, den Topf der "kapitalistischen Nation". Sind denn die westdeutschen Arbeiter Kapitalisten? In Westdeutschland gibt es einen kapitalistischen Staat, der in der Hand der Kapitalistenklasse ist. Das ist richtig. Aber eine "kapitalistische Nation" kann nur behaupten, wer leugnet, daß es in Westdeutschland nicht nur Kapitalisten gibt, sondern vor allem auch Arbeiter, die von den Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt werden.

Die Arbeiter der DDR werden mit den bürgerlichen Machthabern in Partei und Regierung in einen Topf geworfen und zusammen mit der neuen Bourgeoisie als "sozialistische Nation" bezeichnet. Die Arbeiter in der DDR werden sich dafür bedanken, mit diesen ihren Feinden in einen Topf geworfen zu werden, genauso wie sich die westdeutschen Arbeiter dafür bedanken, mit ihren Kapitalisten in eine Topf geworfen zu werden. Mit seinen Feinden gleichgesetzt zu werden, ist immer unerträglich, ob es nun unter dem Etikett der "kapitalistischen Nation" oder unter dem Etikett der "sozialistischen Nation" geschieht.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, als es die SED- und DDR-Führer darstellen wollen. In der BRD wie in der DDR ist die deutsche Nation in erster Linie in zwei Klassen gespalten: auf der einen Seite dieKapitalistenklasse, bzw. die neue Bourgeoisie, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die ausgebeutet und unterdrückt wird.

In beiden Staaten kommt es darauf an, daß die Arbeiterklasse ihre Ausbeuter und Unterdrücker stürzt. Als Folge davon wird die Arbeiterklasse dann auch die Nation wieder vereinigen können. Auch dann wird es freilich noch eine Klassenspaltung geben. Aber die Arbeiterklasse wird herrschen und die früheren Ausbeuter und Unterdrücker werden der Herrschaft der Arbeiterklasse unterworfen sein. Die Geschichte wird anders verlaufen, als sich die Machthaber in Ost und West das so ausdenken. –G.S.–

Palästina-Frage vor der UNO

New York. Zum ersten Mal seit 26 Jahren steht die palästinensische Frage auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung und zwar nicht als einfaches Flüchtlingsproblem, das mit einem Spendenaufruf schnell wieder beiseitegeschoben werden kann, sondern als politisches Problem: Es geht um die Anerkennung der PLO, der Dachorganisation aller Widerstandsorganisationen des palästinensischen Volkes, als einziger rechtmäßiger Vertretung des palästinensischen Volkes und um das Recht dieses Volkes auf nationale und staatliche Existenz. Bei der Diskussion soll die PLO das Recht haben, anwesend zu sein. Ein entsprechender Antrag wurde von Ägypten auf der Vollversammlung gestellt und 69 Staaten – das sind 50 % aller Mitglieder der Vereinten Nationen – unterstützen ihn inzwischen. Abgestimmt wird er am Montag, dem 14.10., also nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe der KVZ. Wir sind sicher, daß eine große Mehrheit ihm zugestimmt hat. Aber unabhängig davon ist bereits die Tatsache, daß das Palästina-Problem Punkt der Tagesordnung geworden ist, ein großer Erfolg gegen die Zionisten, die diesen Antrag nicht abwehren konnten. Selbst die US-Imperialisten konnten sich der Aufnahme des Punktes in die Tagesordnung nicht entgegenstellen. Die internationale Anerkennung der PLO ist unaufhaltsam geworden. Das ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes.

Die Anerkennung der GRUNK als rechtmässiger Regierung Kambodschas steht ebenfalls auf der Tagesordnung der UNO. Siehe dazu den Bericht auf Seite 15. –g.j.–

Freie Wahl zwischen Wehr-und Zivildienst?

Ab 1976, so verkündete Verteidigungsminister Leber, soll das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wegfallen. Und dann, fährt Leber fort, soll jeder Jugendliche selbst frei entscheiden, ob er zu den Soldaten kommt oder lieber einen Zivildienst ableisten will.

Für einige kommt dieser Vorschlag Lebers überraschend und sie meinen, nun bräche der Wonnemond für die wehrpflichtige Jugend aus. Denn die Ausführungen Lebers, so wie es in den Zeitungen stand, hörten sich nicht schlecht an. Sie kamen auch noch rechtzeitig zu den für die SPD wichtigen Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Doch ist bekannt, daß Leber noch nie ein Freund der Kriegsdienstverweigerer war. Auch hatte er bisher viel, nur keine Verbesserungen der Lage der wehrpflichtigen Jugend im Kopf. Deshalb muß man an solche Äußerungen Lebers mit einer gesunden Portion Mißtrauen rangehen und untersuchen, ob sie tatsächlich Verbesserungen bringen für die wehrpflichtige Jugend. Und untersucht man den Vorschlag Lebers, so merkt man schnell, daß er mit den Interessen der wehrpflichtigen Jugend nichts, mit der allumfassenden militärischen Einbeziehung der Jugend aber sehr viel zu tun hat.

1. Die Planer auf der Hardthöhe stehen vor folgendem Problem: Die nächsten Jahrgänge, die zur Musterung anstehen, sind so stark, daß sie nicht alle zur Bundeswehr eingezogen werden können. Doch die Regierung will die Jugendlichen, die keinen Platz mehr in der Bundeswehr haben, nicht in Ruhe lassen, sondern sie treibt verstärkt den Ausbau des Zivildienstes voran, damit für jeden Jugendlichen ein Plätzchen da ist.

2. Den ausgebauten Zivildienst wollen sie militärisch organisieren. Zudem soll er 18 Monate dauern, also drei Monate länger als der Grundwehrdienst. Das soll verhindern, daß zuviel Jugendliche sich zum Zivildienst melden und der Bundeswehr die Soldaten ausgehen. Doch selbst unter diesen erschwerten Bedingungen trauen die Generäle und Spitzenbeamten in dem Verteidigungsministerium der Zugkraft der Bundeswehr auf die Jugendlichen nichts zu und das mit Recht. Denn sollten sich immer noch zuviele Jugendliche zu dem Zivildienst melden, soll nach den Vorstellungen des obersten Kriegsherren Leber ein sogenanntes 'einfaches Anerkennungsverfahren' eingeführt werden, was dem Bund die nötigen Soldaten wieder ranschafft. Dieses 'einfache Anerkennungsverfahren', das auch bei Kriegsdienstverweigerern, die bereits Soldaten sind, angewandt werden soll, verdient sich die Bezeichnung 'einfach' dadurch, daß es keine Berufung und nächste Instanz mehr geben soll. Der erste Spruch des Gremiums, das das Gewissen prüfen soll, ist gültig und kann nicht mehr angezweifelt werden.

3. Admiral Zimmermann, Generalinspekteur der Bundeswehr, hat zu den Vorstellungen Lebers bereits seinen Senf und Segen dazugegeben. Er erhofft sich von der neuen Regelung eine "Verbesserung des Betriebsklimas der Truppe" (Süddeutsche Zeitung vom 30.9.74). Dabei spekuliert er auf eine Schwäche der antimilitaristischen Bewegung, die darin besteht, daß gerade die Jugendlichen, die gegen die Bundeswehr eingestellt sind, von allerlei pazifistischen Organisationen aufgerufen werden, den Kriegsdienst zu verweigern. Diese Organisationen, wie DFG/IdK und VK, haben bisher das ihre dazu beigetragen, daß das "Betriebsklima" in der Bundeswehr zur Freude Zimmermanns noch relativ ruhig ist. Er täuscht sich aber sicherlich, daß das so bleibt, und die pazifistischen Strömungen werden auf die Dauer sicherlich nicht Bestand haben, um zusammen mit Zimmermann (wenn auch auf eine andere Art) für das gute "Betriebsklima" der Truppe zu sorgen.

4. Neben dem "einfachen Anerkennungsverfahren" auf der einen Seite will die Bundeswehr auf der anderen Seite diejenigen, die "gerne Soldat" sind, mit "erweiterten Ausbildungsmöglichkeiten" ködern. Dabei verweisen die hohen Offiziere auf die "angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt" (vgl. FAZ vom 30.9.74). Die Generalität reibt sich bei jedem Prozent mehr Arbeitslosigkeit, was für die Werktätigen mehr Elend bedeutet, grinsend die Hände. Sie hoffen, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeiter in die Bundeswehr treibt, um dort die etwas lichten Reihen der Unteroffiziere zu füllen. Denn nur das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit kann viele Kollegen dazu bringen zum Bund zu gehen, die sonst nie einen Gedanken an den Bund verschwendet hätten.

Die Rechnung geht freilich in zweierlei Hinsicht für die Bundeswehrspitze nicht auf. Erstens werden die klassenbewußten Arbeiterjugendlichen in die Armee gehen, um sie auch von innen her zu bekämpfen und die zunehmende Unterdrückung im Zivildienst wird auch die Jugendlichen auf die Barrikaden treiben. Und zweitens: Mögen die Generäle sich wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit auch noch so die Hände reiben, die zunehmende Krise des Kapitalismus wird nicht in erster Linie zur Folge haben, daß die Arbeiter in die Armee strömen, sondern daß sie sich zunehmens bewußt werden, daß der Kapitalismus immer weniger in der Lage ist, die einfachsten sozialen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Sie merken zunehmend, daß der heutige Staat und seine Armee, die Bundeswehr, weg muß und daß der Sozialismus die Alternative für die Menschen ist.

–ws–

Cabora-Bassa - Prozess :

Urteilsbegründung

Sie wollen "jeden Eindruck der Schwäche des Staates" vermeiden.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat jetzt die schriftliche Begründung des Urteils im Cabora-Bassa-Prozeß zugestellt. Mit diesem Urteil versucht die bürgerliche Justiz einen Schlag gegen den KBW zu führen, indem sie leitende Mitglieder des KBW ins Gefängnis zu bringen sucht. Zu diesem Zweck hat sie ein Verfahren von 1972 wieder aufgerollt, das damals ausgesprochene Strafmaß verdoppelt und die damals ausgesprochene Aussetzung zur Bewährung für fünf der sieben Angeklagten aufgehoben.

Die angeklagten Genossen hatten 1970 in vorderster Reihe an einer Demonstration gegen die Entwicklungshilfekonferenz in Heidelberg teilgenommen. Zu dieser Konferenz waren Entwicklungshilfeexperten wie der ehemalige Kriegsminister der USA, Robert Mc Namara, zusammengekommen, um darüber zu beraten, wie der wachsende Widerstand der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung gebrochen werden könne. Eines der dort besprochenen Projekte war der Cabora Bassa Staudamm in Mozambique, der billige Energie für die Rassistenregimes in Südafrika und Rhodesien liefern sollte und zugleich zu einem Stützpunkt des Imperialismus in Mozambique ausgebaut werden sollte durch Ansiedlung einer Million weißer Einwanderer und Umsiedlung der einheimischen Bevölkerung in Wehrdörfer und Arbeitslager. Durch die Aufdeckung dieses Projektes hatten wir damals klargemacht, was die Entwicklungshilfekonferenz für Pläne schmiedet, und daß dem Einhalt geboten werden muß. Deshalb bekam die Demonstration, an der sich damals 3 000 beteiligten und die auf großes Interesse und Zustimmung gestoßen ist, den Namen Cabora Bassa Demonstration. Diese Demonstration wurde von der Polizei, obwohl angemeldet, zunächst von einem Polizeikordon umstellt und dann angegriffen. Von den Demonstranten wurde dagegen das Demonstrationsrecht mutig verteidigt. Die Polizei wurde bis zum Abend nicht Herr der Lage, und die völkerfeindliche Konferenz nahm dadurch einen so ungemütlichen Verlauf, daß der Kriegsverbrecher Mc Namara vorzeitig den Konferenzort verließ.

Der Prozeß, der 1972 daraufhin gegen diejenigen angezettelt wurde, die man als politische Rädelsführer erkannt haben wollte, erhielt den Namen Cabora Bassa Prozeß.

Der Prozeß endete zunächst mit Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft einen Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof ein, der ein Jahr später an das Landgericht Mannheim den Auftrag erteilte, in einem weiteren Verfahren die Strafen zwecks Erhöhung zu überprüfen und die Bewährung zu kassieren.

Keine Bewährung im Sinne der Bourgeoisie

In der Zwischenzeit hatten die Angeklagten keineswegs von ihrer Überzeugung abgelassen. Sie hatten sich nicht im Sinne der Bourgeoisie bewährt, sondern den Kampf gegen Imperialismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung weiter geführt. Sie treten ein für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei und wurden zum Teil in die Leitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gewählt. Daß die Bourgeoisie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sich einen Nachschlag auf das erste Urteil holen will, um dem Kommunistischen Bund Westdeutschland einen Schlag zu versetzen, kann man schon daraus sehen, daß der erste Richter, der mit dieser Aufgabe betraut wurde, durch einen Befangenheitsantrag der Staatsanwaltschaft zurückgezogen wurde, nachdem er nur bescheidene Kritik an einigen logischen Unstimmigkeiten in der Revisionsbegründung des Bundesgerichtshofes geäußert hatte.

Ein eilig neu zusammengestelltes Gericht unter Vorsitz des Richters Herr konnte zwar in der Gerichtsverhandlung selbst gegen die politische Beweisführung der Angeklagten keinen Punkt für die Bourgeoisie gewinnen. Denn die Bourgeoisie kann politisch das Volk nicht davon überzeugen, daß es gerechten Widerstand einzustellen habe, nur wenn die Staatsmacht mit großem Polizeieinsatz das zu erzwingen versucht. Und was kann sie schon vorbringen gegen den historischen Beweis, daß die Demonstration gegen die Planer des Imperialismus auf der Seite des Fortschritts und der Zukunft der Völker stand, wo inzwischen das Volk von Mozambique den Cabora Bassa Staudamm in eigene Regie übernommen hat und die Unterdrücker gewaltige Niederlagen einstecken mußten.

Das Urteil und die Begründung

12 Monate ohne Bewährung für den Genossen Dietrich Hildebrandt, Mitglied der KBW-Ortsleitung Heidelberg; 8 Monate ohne Bewährung für den Genossen Joscha Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, Burkhart Braunbehrens, Mitglied des Zentralen Komitees, Redakteurs der Kommunistischen Volkszeitung, Jochen Noth, Mitglied des Zentralen Komitees und Sekretär der Ortsleitung Heidelberg und den Genossen Uwe Kräuter; und fünf Monate mit Bewährung für die Genossen Claudia Stecher und Peter Tesarz.

Die Urteilsbegründung verdient Erwähnung, weil sie nichts zeigt als den nackten Gewaltanspruch der herrschenden Klasse und ihrer Staatsorgane. Es heißt darin, das Grundgesetz verbürge das Demonstrationsrecht "aber nicht die Ausschreitungen, an denen sich die Angeklagten beteiligten". Das heißt zu deutsch, das Grundgesetz billigt den Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht, wenn diese das Demonstrationsrecht mit Polizeigewalt unterdrückt. Das heißt, das Grundgesetz verbürgt die Staatsgewalt aber nicht das Demonstrationsrecht.

Das Urteil führt dann weiter aus, daß die Angeklagten hätten wissen müssen, daß sie gegen die Staatsgewalt niemals im Recht sein können. Um dies zu beweisen, führt das Gericht im weitaus umfangreichsten Teil der Urteilsbegründung eine Unmenge von Verfahren und Urteilen in aller Breite an, die seinerzeit unter die von Heinemann verkündete "Amnestie für politische Straftaten" gefallen waren und die jetzt zur Begründung des verschärften Strafmaßes wieder hervorgezogen wurden.

Allein daß sie mit der Staatsmacht bei der Betätigung ihrer politischen Rechte in Berührung gekommen waren, mußte den Angeklagten nach Ansicht des Gerichts zeigen, daß ihr politisches Verhalten "von der Rechtsordnung nicht hingenommen wird". Das heißt zu deutsch: Der Polizeiknüppel über dem Kopf und die Nachstellungen der Justiz sollen zeigen, daß man lieber auf seine Rechte verzichten soll als sie anwenden. Doch unsere Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen mit Polizei und Justiz laufen diesen Nötigungsversuchen des Gerichts strikt zuwider. Wir haben aus diesen Erfahrungen gelernt, daß ein Staat, der die Rechte des Volkes mit Füßen tritt, den Widerstand notwendig hervorruft und bekämpft werden muß. Wir haben schließlich aus diesen Erfahrungen gelernt, daß dieser Staat so mächtig unterdrücken muß, weil er gegen die große Mehrheit der Bevölkerung die Ausbeuterordnung einer Minderheit aufrechterhalten will und daß die Arbeiterklasse zusammen mit den breiten Volksmassen diesen Staat beseitigen muß um sich von der Ausbeutung zu befreien. Das haben wir auch vor Gericht gesagt.

"... der Eindruck jeder Schwäche des Staates ..."

Wo Unterdrückung herrscht, da wächst der Widerstand – diese Einsicht und Erfahrung, die die unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Klassen immer wieder ermutigt, sich zu erheben und die auf der ganzen Welt gegenwärtig die Geschichte bestimmt, diese Einsicht versucht ein Gericht per Urteil vergeblich zu unterdrücken.

Im Urteilstext heißt es am Schluß: "Die ungenügende Ahndung ... würde künftigen ähnlichen Rechtsverletzungen potentieller Täter nicht genügend vorbeugen, ... weil der Eindruck jeder Schwäche des Staates ... andere ... zur Selbsthilfe oder zu ähnlichen Gewalttaten reizen kann.

In der Tat, daß das Volk zur Selbsthilfe greift, daß es seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt, muß dieser Staat fürchten, der im Gegensatz zum Volk steht, der das Volk nur als "potentielle Täter" sieht. Doch wer den "Eindruck jeder Schwäche" vermeiden muß, zeigt doch nur, daß er nicht stark ist.

–bb–

Miguel Enriquez

Der Generalsekretär des MIR im Kampf gegen die Junta gefallen

Aus der Erklärung des MIR

Die Arbeiterklasse, die Unterdrückten von Chile und die Mitglieder vom MIR sind in tiefer Trauer, zugleich jedoch haben wir eine Kriegsfahne gegen die Diktatur gewonnen.

Der Generalsekretär des MIR, der Genosse Miguel Enriquez, ist in ehrenhaftem Kampf gefallen, nachdem er über zwei Stunden mit seinem Maschinengewehr gegen die Belagerung seiner Feinde Widerstand leistete. Neben ihm war seine Frau, Carmen Castillo, im siebten Monat schwanger. Sie wurde im Kampf verletzt und verhaftet.

Mit dem Tode Enriquez hat die chilenische Arbeiterklasse einen ihrer mutigsten und unermüdlichsten Organisatoren des Widerstandes gegen die Diktatur verloren.

Der MIR verliert seinen Generalsekretär, seinen Gründer und seinen unbestrittenen Führer. Aber Miguel Enriquez hat ein kämpferisches Beispiel und eine ihn überlebende Partei hinterlassen. Sie wird der Alptraum für Pinochet und seine Häscher sein.



Das Werk des Generalsekretärs der MIR endet nicht mit seinem Tode.

Der MIR übersteht diese Schwierigkeit gestärkt und gekräftigt. Er ist bereit, keinen Schritt bei seinem Kampf gegen die Diktatur preiszugeben.

Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt auf, eine breite Solidaritätskampagne für Carmen Castillo zu organisieren, um zu verhindern, daß sie von Pinochet und seinen Häschern gefoltert oder ermordet wird.

Ehre und Würde für Miguel Enriquez, den gefallenen Generalsekretär!

Der MIR unterwirft sich nicht!

Ein Anderer hat das Gewehr des Gefallenen aufgehoben!

Der Volkswiderstand wird siegen!

Es lebe die chilenische Bauern- und Arbeiterrevolution!

Edgardo Enriquez
Mitglied der politischen Kommission der MIR
Paris, den 7.10.1974

Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront!

Die Arbeiterklasse ist eine große und starke Klasse. Wenn sie einig ist und einheitlich vorgeht für ihre Interessen, dann kann sie die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat besiegen. Das weiß die Kapitalistenklasse gut. Deshalb versucht sie, die einzelnen Teile der Arbeiterklasse getrennt anzugreifen, die Arbeiterklasse zu spalten, um sie insgesamt erfolgreich auszubeuten und zu unterdrücken.

Die Kapitalistenklasse setzt mit ihren Spaltungsversuchen immer dort an, wo die bürgerliche Gesellschaft in der Arbeiterklasse tatsächlich Trennlinien hervorgebracht hat: zwischen hohen und niedrigen Lohngruppen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und vor allem zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Auch die ausländischen Arbeiter untereinander versucht sie zu spalten. Die Fähigkeit der Arbeiterklasse, den Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu führen, entspricht ziemlich genau ihrer Fähigkeit, diese Spaltungsmanöver zu durchbrechen und ihre Einheit herzustellen.

Die Kindergeldsonderregelung für ausländische Arbeiter ist ein solches Spaltungsmanöver.

Im Rahmen der Steuerreform, auf die sich alle bürgerlichen Parteien geeinigt haben, wird den ausländischen Arbeitern, die ihre Kindern in ihrer Heimat zurücklassen mußten und die aus Nicht-EG-Staaten kommen, das Kindergeld beträchtlich gekürzt:

1.Kind 10 DM (statt 50 DM)
2.Kind 25 DM (statt 70 DM)
3. und 4.Kind 60 DM (statt 120 DM)
5. und jedes weitere Kind 70 DM (statt je 120 DM).

Betroffen von dieser Verschlechterung sind ungefähr 350 000, vor allem spanische, türkische, griechische, jugoslawische und portugiesische Arbeiter (vgl. dazu KVZ Nr.19 vom 18.September 1974).

Eine solche ausdrückliche und in die Augen springende Verschlechterung der Lage eines Teils der Arbeiterklasse hat der bürgerliche Staat seit Gründung der Bundesrepublik noch niemals gewagt.

Warum wagt er diese Maßnahme? Er wagt diese Maßnahme, weil er hofft, daß die unmittelbar Betroffenen zu schwach sind, um diese Maßnahme abzuwehren. Außerdem hofft er, daß die unmittelbar Betroffenen bei den übrigen Arbeitern nicht viel Unterstützung finden werden. Dabei verläßt er sich auf all die vielfältigen Vorurteile, die bei deutschen Arbeitern gegenüber ihren ausländischen Kollegen vorhanden sind und die die bürgerliche Presse mit allen Mitteln nährt. Daß der bürgerliche Staat gerade mit dem Kindergeld anfängt, ist natürlich kein Zufall. Hier vermutet er die meisten Vorurteile: "Die ausländischen Arbeiter setzen sowieso viel zu viele Kinder in die Welt und 'da unten' brauchen die auch nicht soviel Geld." Auf solche und ähnliche Sprüche bauen die bürgerlichen Politiker und setzen sie selbst in die Welt. In Wirklichkeit ist die Sache einfach so: Die bundesdeutschen Kapitalisten wollen ausländische Arbeiter hier in der Bundesrepublik ausbeuten und gleichzeitig die eigenen Kosten drücken, indem sie sich weigern, für die Ernährung, Erziehung usw. der Familien dieses Teils der westdeutschen Arbeiterklasse aufzukommen. Deshalb tut die westdeutsche Kapitalistenklasse einerseits alles, um die Familien der ausländischen Arbeiter draußen zu halten und andererseits nimmt sie das jetzt zum Anlaß, auch noch das Kindergeld zu kürzen. Getrennt von Frau und Familie sollen die ausländischen Arbeiter in Westdeutschland gehalten werden als bloßes Arbeitsvieh, für das man nichts braucht als einen Stall. Frau und Familie eines solchen Arbeitstiers kann dann getrost auch noch das letzte Recht genommen werden, das Recht auf das bißchen Kindergeld.

Die betroffenen ausländischen Arbeiter lassen sich das nicht gefallen.

Auch wenn die ausländischen Arbeiter von den westdeutschen Kapitalisten und vom bürgerlichen Staat behandelt werden wie Arbeitsvieh – sie sind es nicht. Sie sind Arbeiter, sie wissen, daß sie hier in Westdeutschland zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums beitragen, den sich die westdeutschen Kapitalisten aneignen, sie wissen, daß sie sich darin kein Härchen von irgendeinem anderen westdeutschen Arbeiter unterscheiden. Die Würde des Arbeiters beginnt da, wo er sich nicht länger als bloßes Arbeitstier behandeln läßt, dort, wo er sich wehrt. Die ausländischen Arbeiter wehren sich gegen die neue Kindergeldregelung, sie schließen sich in Komitees zusammen, sie haben an verschiedenen Orten bereits Demonstrationen durchgeführt und planen eine zentrale Demonstration. Diese Initiative der ausländischen Arbeiter verdient die volle Unterstützung aller Arbeiter.

Wenn ein Teil der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse angegriffen wird, ist das die Sache der ganzen Arbeiterklasse.

Nur in seltenen Fällen wagt es die Kapitalistenklasse, alle Arbeiter gleichzeitig und in der gleichen Weise anzugreifen. Die Kapitalistenklasse ist feige und fürchtet die Arbeiterklasse. Deshalb geht sie immer Zug um Zug vor oder versucht das wenigstens. Aber jeder Zug, den sie macht, zielt darauf, die ganze Klasse mattzusetzen. Es ist deshalb keine Frage der bloßen Gerechtigkeit, wenn wir Kommunisten sagen, alle Arbeiter müssen sich gegen die offensichtliche Verschlechterung der Lage ihrer ausländischen Kollegen wehren. Die Einheit und die Geschlossenheit der Klasse ist das einzige, was die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse entgegensetzen kann. Diese Einheit kann nur hergestellt werden, wenn die Arbeiterklasse gegen jeden Angriff auf einen Teil der Klasse gemeinsam antwortet. Sonst gibt es am Ende auch eine "Einheit", die Einheit in Elend und in der Wehrlosigkeit. Letztenendes haben alle Arbeiter die gleichen Interessen: sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse zusammenzuschließen, um sie schließlich zu beseitigen. Um dieses gemeinsame Interesse zum Tragen kommen zu lassen, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse gleiche Rechte für all ihre Teile erkämpft. Die ausländischen Arbeiter fordern deshalb nicht nur eine gleiche Kindergeldregelung, sondern sie fordern grundsätzlich Gleichberechtigung. Das ist eine notwendige Forderung und sie ist vollständig im Interesse der ganzen Arbeiterklasse und insbesondere auch der einheimischen Arbeiter. Solange ein Teil der Klasse wenige oder gar keine Rechte hat, solange kann er besonders unterdrückt werden. An der Verteidigung und Erweiterung der Rechte der anderen Arbeiter kann er nicht teilnehmen. Nehmen wir die Kindergeldregelung: Arbeiter, die praktisch ganz aus dieser Regelung ausgeschlossen werden, werden sich nicht am Kampf für eine allgemeine Erhöhung des Kindergeldes beteiligen. Das schwächt die Klasse. So ist es auch in anderen Punkten. Deshalb hat die ganze Arbeiterklasse ein großes Interesse daran, daß die Arbeiter die gleichen Rechte genießen.

Gleiches Recht für ausländische und deutsche Arbeiter

Je mehr die gegenwärtige wirtschaftliche Krise des Kapitalismus fortschreitet, um so mehr wird die westdeutsche Kapitalistenklasse versuchen, die deutschen und ausländischen Arbeiter zu spalten. Ein wichtiger Hebel bei dieser Spaltung ist die Tatsache, daß die ausländischen Arbeiter noch viel weniger Rechte haben als die deutschen. Insofern bilden sie das schwächste Glied in der Klassenfront des Proletariats. Diese Tatsache, an der die große Kampfbereitschaft vieler ausländischer Arbeiter zunächst nichts ändert, kann aber auch zum Ausgangspunkt wichtiger Kämpfe für die Einheit der Klasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat werden: dann, wenn die deutschen Arbeiter die Forderung nach Gleichberechtigung ihrer ausländischen Kollegen zu ihrer eigenen Sache machen. Daß dies geschieht, wird eine wichtige Voraussetzung dafür sein, daß die bevorstehenden schweren Klassenkämpfe wirklich erfolgreich von der ganzen westdeutschen Arbeiterklasse, d.h. von allen Arbeitern in Westdeutschland geführt werden können. Um die vollständige Gleichberechtigung aller ausländischen Arbeiter durchzusetzen, treten wir Kommunisten deshalb dafür ein, daß die Bundesrepublik verpflichtet wird, alle ausländischen Arbeiter nach einer gewissen Zeit (drei Monate) einzubürgern und ihnen damit grundsätzlich alle Rechte zu geben, die die westdeutsche Arbeiterklasse insgesamt für sich erkämpft hat.

Wir wissen gut, daß es im Kampf um die Kindergeldregelung und die Gleichbehandlung der ausländischen Arbeiter noch kaum gelingen wird, über die Betroffenen hinaus große Teile der westdeutschen Arbeiterklasse einzubeziehen. Wir werden dafür unser bestes tun. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel uns und jedem bewußten Arbeiter, welche Bedeutung der Kampf für grundsätzliche Gleichberechtigung aller Arbeiter hat. Vor allem in der Vorbereitung des 1.Mai, des internationalen Kampftages der Arbeiterklasse, werden wir alles tun, um die Bedeutung dieser Frage allen Arbeitern klar zu machen und die entsprechenden Forderungen zu verankern. Dies ist insbesondere auch in den Gewerkschaften nötig.

In der Kindergeldfrage werden die ausländischen Arbeiter von den Gewerkschaften praktisch nicht unterstützt. Im Gegenteil wagen sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, diese Regelung zu verteidigen. Hier ist es die Pflicht aller gewerkschaftlichen Gremien, Beschlüsse zu fassen, diese Regelung zu verurteilen und die Unterstützung des gerechten Kampfes der ausländischen Kollegen zu organisieren. Nicht aus Gefühlsduselei heraus, sondern weil dieser Kampf der Kampf aller Arbeiter ist und als solcher verstanden werden muß.

Joscha Schmierer

Mit Streik geantwortet!

Die Kollegen von Intermetall nehmen Lohnkürzungen nicht hin

Freiburg. Da Intermetall immer mehr in Konkurrenzschwierigkeiten kommt und die Aufträge knapp werden, sehen die ITT-Kapitalisten ihren Profit immer kleiner werden. Das versucht die Geschäftsleitung damit zu verhindern, daß sie die Schwierigkeiten rücksichtslos auf die Kolleginnen abzuwälzen versucht. In den letzten zwei Wochen ist bei Intermetall einiges passiert:

- 50 bis 60 Kolleginnen und Kollegen wurden während der Probezeit rausgeschmissen.
- Viele ausländische Kolleginnen haben erfahren, daß ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert wird.
- Der Betriebsrat hat mit der Geschäftsleitung eine Vereinbarung ausgehandelt, nach der über Weihnachten und Neujahr der Betrieb für fast 3 Wochen dichtgemacht wird. Dafür müssen alle 5 Tage Urlaub hergeben.
- Am Montag, 30.9., hatten die Bonderinnen in der Halle 1 erfahren, daß ihnen der Lohn um 1,80 DM in der Stunde gekürzt werden sollte. Sie waren darüber so empört, daß sie sofort die Arbeit niederlegten und für 2 1/2 Stunden in die Kantine zogen. Der Geschäftsleitung wurde so Angst und Bange, daß sie jetzt nur 60 Pfennig abziehen will.

Die Geschäftsleitung mit samt Betriebsrat versuchten nun, den Streik geheim zu halten und die Kolleginnen zu beruhigen. Als wir zwei Tage später ein Flugblatt mit den Meldungen verteilten, waren diese im Nu weg. "Da hätt' ich auch mitgemacht, die sollen uns mal kennenlernen", meinte eine Frau in der Pause, nachdem sie das Flugblatt gelesen hatte. Dieser Streik war ein wichtiger Schritt der Kolleginnen gegen die immer unverschämter werdenden Angriffe der Geschäftsleitung. Die Kolleginnen haben die Erfahrung gemacht, daß sie sich nicht wie bei der letzten Krise alles gefallen lassen dürfen, wenn die Kapitalisten von Schwierigkeiten und von Gemeinsamkeit jammern. Denn wenn die Kapitalisten in der Krise von Gemeinsamkeit reden, dann heißt das, daß den Kollegen der Lohn gekürzt wird, daß sie kurzarbeiten müssen oder gar auf die Straße gesetzt werden, die Kapitalisten aber dicke Profite einstreichen können.

–Intermetall-Zelle des KBW, OG Freiburg–

10% müssen dringend zum Arzt

Nach Meinung eines Professors wegen "abwegiger Lebensweise, Zukunftsangst und übersteigertem Mißverhältnis zum Beruf"

Freiburg. In Freiburg wurde neulich die Badische Handwerks- und Gewerbeausstellung durchgeführt. Die Innungskrankenkassen hatten einen Stand aufgebaut, an dem ärztliche Kurzuntersuchungen durchgeführt wurden.

Über 28 000 Menschen ließen sich untersuchen. Das Ergebnis der Blutdruckmessungen wurde als "wenig ermutigend" bezeichnet. 10 % (das sind also über 2 800) mußte ein Besuch beim Arzt **dringend** angeraten werden. Diese 10 % stellten also nur die Fälle dar, die schon extrem gefährdet sind.

Weiter wurde festgestellt, daß 22 % zudem Augenfehler aufwiesen.

Sieht man sich die Statistik der Todesursachen in Freiburg für das Jahr 1973 an, so findet man hier: Von 1 799 Todesfällen in diesem Jahr **starben 42 % an Kreislaufkrankheiten**, also Herz-, Hirngefäß-, Arterien-, Venenkrankheiten. 21 % starben an bösartigen Neubildungen wie Krebs. Was sagt die medizinische "Wissenschaft" zu dem Problem?

Professor Reindell, einer der "bedeutendsten" Sportmediziner der BRD, führt in einem Lehrbuch der Inneren Medizin aus:

"Eine tiefere Ursache für das gehäufte Auftreten von Zivilisationsschäden, zu denen auch eine große Zahl der Kreislaufregulationsstörungen zu zählen ist, ist das **übersteigerte Mißverhältnis des modernen Menschen zu seinem Beruf**, zu seiner Welt und zu sich selbst." "Die **abwegige Lebensweise**" trägt wesentlich zu diesen Krankheiten bei. Unter den ursächlichen Faktoren für den Hochdruck führt Reindell auf:

"Heutige Lebensform (**Gespanntheit des modernen Lebens**, mangelnde seelische und körperliche Entspannungsfähigkeit, Schlaflosigkeit, chronische Übermüdung . . .);

Politische und geistige Zeitsituation (politische Unsicherheit, **Zukunftsangst** . . ., Fehlbezug zu Besitz und Arbeit)."

Mit solchen Phrasen werden heute Medizinstudenten "ausgebildet".

Statt "abwegiger Lebensweise" sollte man klipp und klar feststellen, daß Nachtarbeit und Akkordschinderei die Arbeiter körperlich ruiniert.

Statt "übersteigertem Mißverhältnis zu seinem Beruf" sollte man sagen, daß der Arbeiter gezwungen wird, unter miserablen Bedingungen zu arbeiten, weil die Ausbeuter und Eigentümer das Kommando haben.

Statt "Zukunftsangst" sollte man sagen, daß der Arbeiter solange Angst um seine Existenz haben muß, solange die Frage, ob er Arbeit und Auskommen hat, von der Profitmacherei der Kapitalisten abhängt.

Die Untersuchung anläßlich der Handwerksausstellung in Freiburg zeigt zweierlei:

Erstens zeigt sich, daß es um die Gesundheit der Werktätigen schlecht bestellt ist.

Zweitens zeigt sich, daß Krankheiten, die unsereins mit sich rumschleppt, nur per Zufall entdeckt werden, dann nämlich, wenn irgendeine Krankenkasse zu **Reklamezwecken** einen Untersuchungsstand aufbaut.

Gelehrte Mediziner sagen ihren Schülern immer wieder: "Vorsorge ist besser als Heilen."

Trotzdem tun die Ärzteverbände keinen Strich für eine gute Vorsorge, eine planmäßige Erfassung der Krankheit in ihren Anfängen, wenn sie noch keine verheerenden Folgen hat. In Baden-Württemberg sollen jetzt ja auch alle Anstrengungen gemacht werden, das Gesundheitswesen "kostendeckend" zu machen. Da liegt der Hund begraben. Die Gesundheit des Volkes darf nichts kosten.

"Wenig ermutigend" ist das Ergebnis der 10 % Hochdruck-Kranken für die, die im System der Ausbeuterordnung von einer "vernünftigen" Gesundheitsversorgung träumen. Ermutigen sollte das Ergebnis, mit Unvernünftigem endlich aufzuräumen. –kkw–



Umschlagplatz Hamburg Hafen, Tollerort-Terminal:
Ständige extreme Belastung führt hier laufend zu Arbeitsunfällen.

Wieder tödlicher Arbeitsunfall im Hamburger Hafen

Hamburg. Am 3.10.1974 wurde der Schauermann Ernst L. (63) am Schuppen 72 auf dem Motorschiff "Hattingen" von einem umstürzenden Container erdrückt.

Zwei Tage vorher wurde der Arbeiter Walter D. (45) am Griesenwerder Damm bei Holz Müller durch eine Kranlast von der Kaimauer geschleudert. Er fiel 7 Meter tief auf eine Schute und anschließend ins Wasser. Er konnte schwerverletzt von Kollegen geborgen werden. Es ist nicht bekannt, ob er noch lebt.

Diese beiden Betriebsunfälle sind Teile einer nicht abreißenden Kette von ähnlichen Unfällen im Hafen.

Dabei ist es nicht so, daß die Kollegen im Hafen besonders fahrlässig sind. Nein, schuld an diesen Unfällen ist die ständige Arbeitshetze und die Schichtenklopperei, besonders wenn beides zusammen kommt.

Wie sieht das im Hafen aus? Die meisten Hafenarbeiter machen mindestens 3 Zusatzschichten die Woche – einige machen aber auch in einer Woche insgesamt 12 Schichten.

Wenn man uin einer Woche für die erste Schicht eingeteilt ist, muß man so zwischen 4.30 und 5.00 Uhr aufstehen (je nach Wohnort), um um 6.00 Uhr in der Einteilungsstelle zu sein. Dann wird man eingeteilt und fährt zur Arbeitsstelle. Um 7.00 Uhr beginnt die Schicht und geht mit einer halbstündigen unbezahlten Pause bis 15.00 Uhr. Wenn man anschließend 2.Schicht macht (Ende 23.00 Uhr), ist man vielleicht gegen 24.00 Uhr im Bett, unter Umständen auch später und muß am nächsten Morgen wieder um 4.30 oder 5.00 Uhr aufstehen. Diese ca. 5 Stunden reichen aber in keiner Weise aus, sich von der schweren Arbeit zu erholen.

Um früher zu Hause zu sein, versucht man, Pensum zu arbeiten. (D.h. man bekommt eine bestimmte Anzahl Kaffeesäcke oder Baumstämme oder ähnliches zugeteilt. Wenn die verladen sind, kann man nach Hause gehen.) Dann ist man zwar früher zu Hause – man hat mehr Schlaf, aber dafür ist die Arbeit auch viel schwerer, und man braucht auch mehr Schlaf, um sich wiederherzustellen. Außerdem wird bei Pensum nicht so auf mögliche Unfallgefahren geachtet. Dann steht man halt unter der schwebenden Last und hofft, daß nichts passiert und sieht zu, daß man bald fertig wird. Und dann passierts halt. Kaum geschlafen – müde – Arbeitshetze, da achtet man mal nicht darauf, ob das Geschirr richtig sitzt, da hält man nicht Ausschau, da zieht man beim Absetzen nicht rechtzeitig den Fuß weg oder kriegt die Hand dazwischen.

Als wir heute in der Einteilungsstelle einen **einzigen** Satz über den tödlichen Arbeitsunfall in der "Bild" lasen, waren wir ziemlich empört. Wenn irgendein Minister im Luxusbett absemmelt, dann schreiben die eine ganze Seite. Aber gestern, da hat's ja nur einen Arbeiter erwischt. Einer meinte: "Man dürfte überhaupt nicht Pensum arbeiten – dann wird es besser."

Aber solange die Hafenarbeiter darauf angewiesen sind, Doppelschichten zu schieben, weils sonst nicht für eine Familie zum Leben reicht, solange werden sie sich auch zum Pensumarbeiten hergeben müssen.

Deshalb wird es gerade in der beginnenden Tarifrunde bei der ÖTV darauf ankommen, die Höhe der Forderungen so festzulegen, daß man mit 11 Schichten in zwei Wochen (entspricht 40 Wochenstunden) so viel hat, daß es reicht. –J., Hamburg–

Der Hafenarbeiter muß um 6 Uhr in der Einteilungsstelle und um 7 Uhr am Schuppen oder Kai sein. Bis 15 Uhr arbeiten. Die Fähre fährt erst um 15.15 Uhr zurück, bis Landungsbrücken oft gut 30 Minuten. Dafür gibt es 61,88 DM, dazu noch 8 DM je Woche für die Einteilungszeit.

Arm gebrochen - "kleine Prellung"

Verheerende Zustände im Gesundheitswesen bei Rheinhütte

Wiesbaden. Wir sind vier Kollegen aus der Firma Rheinhütte. Wir wenden uns an Euch mit der Bitte um Veröffentlichung unseres Briefes, da in unserem Betrieb verheerende Zustände im Gesundheitswesen bestehen und diese Zustände an das Licht der Öffentlichkeit müssen, da diese überall anzutreffen sind und bekämpft werden müssen.

Unser Betrieb besteht im wesentlichen aus Gießerei und Maschinenfabrik. Gerade in der Gießerei passieren häufiger Arbeitsunfälle. Demnach müßte an sich gerade ein gutes Gesundheitswesen vorhanden sein. Dem ist aber nicht so.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle von Krankheiten und Unfällen, bei denen die Kollegen vom Werkssanitäter nicht zum Arzt überwiesen worden sind. Bei einigen Fällen waren die Verletzungen so stark, daß selbst der zutreffende Meister dies sah und die Leute nach Hause schickte. Bei fast allen Fällen stellte der Hausarzt dann fest, daß es sich um schwerwiegende Verletzungen handelte.

Zwei Beispiele seien kurz genannt:

Ein Kollege ging wegen starker Schmerzen im Arm zum Sanitäter, wobei er seinen Arm kaum mehr bewegen konnte. Dieser stellte eine "kleine Prellung" fest. Als der Kollege absolut nicht mehr arbeiten konnte, schickte ihn der Meister zum Hausarzt, der ihn ins Krankenhaus überwies. Als der Arm geröntgt wurde, stellte man einen Bruch fest.

Ein anderer Kollege hatte sich stark verletzt, so daß er kaum mehr arbeiten konnte; trotzdem mußte er bis zum Feierabend weiterarbeiten. Der Arzt wies ihn darauf hin, daß er wesentlich früher hätte kommen müssen. Auch er wurde für längere Zeit krankgeschrieben.

Noch mehr Beispiele gibt es bei Krankheiten, wo die einzelnen weiterarbeiten mußten und nach Feierabend vom Arzt für längere Zeit für arbeitsunfähig erklärt wurden.

Solche Zustände gibt es in vielen Betrieben, denn die Kapitalisten haben kein Interesse an einer guten betriebsärztlichen Versorgung. Rentieren tut's sich nur, wenn die Kosten für betriebsärztliche Versorgung und Unfallverhütung geringer sind als die durch Unfälle und den Arbeitsausfall entstehenden Kosten.

Wir, als Werktätige, haben nichts zu verkaufen als unsere Arbeitskraft; davon hängt unsere Existenz ab. Deshalb brauchen wir zum Schutze unserer Arbeitskraft vor Schäden und Erkrankungen unbedingt Organe, die die Erhaltung der erkämpften Arbeitsschutzrechte überwachen. Um solche Organe müssen wir den Kampf führen. In unserem Betrieb werden wir diese Forderung in der Betriebs- und Jugendversammlung vorbringen.

Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebsrat!

Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen!

Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebsrat!

Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten!

–M.D., M.P., H.E., S.P.–

Zur Entlassung von Jugendvertretern

Bremen. In der letzten KVZ habt Ihr über die 8 fristlosen Entlassungen in Bremen berichtet. Ich möchte noch etwas zu den Hintergründen der Entlassungen bei AG Weser ergänzen.

Genau wie bei BWM waren die beiden entlassenen Jugendvertreter und die zwei Lehrlinge bei der AGW den Kapitalisten schon lange ein Dorn im Auge. Auf Jugend-Betriebs- und Vertrauensleuteversammlungen haben die vier die Forderungen ihrer Kollegen vorgebracht. Drei von ihnen erhielten deshalb nach dem Metallerstreik auf Vertrauensleutevollversammlungen Redeverbot. Begründung: Sie waren von der IGM-Ortsverwaltung als Vertrauensleute noch nicht anerkannt. Zu den Jugendvertreterwahlen im Juni haben die vier Kollegen sich öffentlich für ein Jugendvertreterprogramm eingesetzt.

Auf der Jugendversammlung am 6.9. (offizieller Kündigungsgrund) hatte der Betriebsrat zu Beginn der Versammlung gesagt, daß die über 18-jährigen den Saal verlassen sollten. Daraufhin hatte einer der entlassenen Lehrlinge den Vorschlag gemacht, die Versammlung in eine Lehrlings- und Jungwerkerversammlung umzuwandeln. Geschäftsleitung und Betriebsrat lehnten dies ohne Begründung ab. Die beiden entlassenen Jugendvertreter führten dann eine Abstimmung durch. 100 % der Kollegen waren für die Weiterführung der Versammlung mit allen Lehrlingen und Jugendvertretern. Die Versammlung konnte dann nur aufgelöst werden, weil einige Ausbilder gezielt zu den Lehrlingen gingen, die noch in der Probezeit waren und sie zum Mitgehen zwangen. Auf der Versammlung waren zirka 150 Lehrlinge und Jungwerker, davon etwa 20 über 18 Jahren.

Die IGM-Ortsverwaltung verweigert den Rechtsschutz für die vier Kollegen von der AG Weser, "weil ihr Prozeß keine Aussicht auf Erfolg habe". Der Ortsjugendausschuß hat sich praktisch dieser Meinung angeschlossen. Er hat sich weder auf der Solidaritätsversammlung des Gesamtschülerringes noch auf der Demonstration der 200 bis 250 Arbeiterjugendlichen mit allen Entlassenen solidarisiert. Ebensowenig die DKP und die KPD/ML. Die einzigen Organisationen, die sich bisher geschlossen hinter alle acht entlassenen Kollegen, unabhängig von ihren politischen Ansichten, gestellt und den Kampf für die Wiedereinstellung aktiv geführt haben, sind der KBW und der KAJB.

Nach den Entlassungen fand auf der Werft eine Jugendversammlung ohne die über 18-jährigen statt. Auf dieser Versammlung haben die Geschäftsleitung und der Betriebsrat die Verabschiedung einer Protestresolution verhindert. Dies konnte ihnen gelingen, weil die jetzige Jugendvertretung auch in diesem Punkt uneins ist.

Der KPD/ML-Jugendvertreter wollte eine Resolution verabschieden, wo als Grund für die Entlassung der zwei Jugendvertreter stand, daß diese sich nicht nur für minimale Rechte, sondern auch aktiv für den Sozialismus eingesetzt haben. Der DKP-Jugendvertreter wollte am liebsten gar nichts gegen die Entlassungen sagen. Die Resolution des KPD/ML-Jugendvertreteres lieferte ihm dann endlich den Grund dazu. Nach fünf Minuten war das Thema "Entlassungen" gegessen. Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat waren die lachenden Dritten!

So konnte es auch passieren, daß die Geschäftsleitung es auf dieser Versammlung wagte, ihre Zusage zur Ersetzung des Fahrgeldes für Lehrlinge zurückzuziehen, angeblich weil die Lehrlinge auf ihrer alten Forderung (Zurückerstattung des Fahrgeldes über 15 DM) beharrten. Die Kapitalisten "wollen" erst alles ab 20 DM zurückzahlen. Das zeigt wieder einmal, daß es Geschenke der Kapitalisten nicht gibt, daß wir uns alles erkämpfen müssen. –G., Bremen–

Nordmende: Bespitzelung von Jugendlichen durch Kamera

Um sich bei den Lehrlingen im ersten Lehrjahr beliebt zu machen, veranstalten sie, "auf Kosten des Betriebes, versteht sich", eine mehrtägige "Erholungsfahrt" an die Ostsee. Die Lehrlinge können ihre Zeit stets frei gestalten, die Teilnahme an Diskussionen ist freiwillig. Obendrein spendieren die Mende-Kapitalisten jedem Lehrling 50 DM Taschengeld. Nur an allgemeinen "zwanglosen Einführungsgesprächen" nehmen alle teil.

Haben die Mende-Kapitalisten plötzlich ihr Herz für die Lehrlinge entdeckt? Nein, gewiß nicht. Sie verfolgen mit dieser Fahrt eine ganz schmutzige Absicht – die Bespitzelung der Lehrlinge. Denn, was den Lehrlingen nicht gesagt wurde: Sie wurden während der "zwanglosen Gespräche" von versteckten Kameras gefilmt (nicht nur bei den freiwilligen Diskussionen!). Natürlich läuft auch ein Tonband . . .

Auf diese schmutzige Tour hoffen die Kapitalisten, die sogenannten "Rädelsführer" und "Aufwiegler" unter den Lehrlingen rechtzeitig herauszupicken. Diese können dann noch während der Probezeit ohne viel Aufsehen aus dem Betrieb gesäubert werden. –G.–

VW: Entlassungen, Lohnkürzungen und steigende Arbeitshetze

Allein in den sechs inländischen VW-Werken ist die Belegschaft seit Anfang 1974 um 8 000 Arbeiter und Angestellte verringert worden. Seit Oktober werden wieder "freiwillige Kündigungsaktionen" durchgeführt. Mit ihnen sollen weitere 6 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dazu VW-Chef Leiding: "Wenn diese neuen Aktionen nicht zu einer freiwilligen Kündigung von 6 000 VW-Mitarbeitern führen, muß VW Massenentlassungen beantragen." Mittlerweile soll – wie die "Bild"-Zeitung herausgefunden haben will – die Belegschaft bis zum Jahresende nicht um 6 000, sondern sogar um 15 000 Arbeiter und Angestellte reduziert werden. Außerdem sind neue Kurzarbeitsperioden vom 25.11. bis 29.11. und vom 16.12. bis zum 20.12. angesetzt.

Um die direkten Auswirkungen der Produktionsdrosselung für die Arbeiter und Angestellten in der Automobilindustrie zu untersuchen und die Politik der IG Metall danach auszurichten, fand am 2.September in Braunschweig eine Automobilkonferenz statt. In dem einleitenden Referat stellte der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, fest, daß die Produktionsdrosselungen Schwierigkeiten für die Arbeiter und Angestellten mit sich gebracht haben. Jedoch müsse man berücksichtigen, daß sich die Entwicklung bis jetzt ohne größere Paukenschläge vollzogen habe, daß daher die Lage der Automobilarbeiter im großen und ganzen noch erträglich sei. Es hätte bisher noch keine Massenentlassungen gegeben, unter der SPD/FDP-Bundesregierung wäre ein Kurzarbeitergeld gezahlt, was größere Lohneinbußen vermeidet. Diese Einschätzung entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen, unter denen die Werktätigen in der Automobilindustrie bereits heute schon arbeiten müssen. Im VW-Werk Wolfsburg hat es zwar offiziell noch keine Massenentlassungen gegeben, jedoch die Auflösungsverträge sind nichts anderes. Bis jetzt haben bereits 1 100 Kollegen davon Gebrauch gemacht. Das scheint zu bestätigen, daß die Lage in den Betrieben halb so schlimm ist, da noch freiwillig gekündigt wird. Tatsächlich sieht es aber genau umgekehrt aus. Die Kollegen, die jetzt gekündigt haben, sind fertiggemacht worden durch die Verhältnisse, die im Volkswagenwerk herrschen. Bei Schichtbeginn wissen viele Produktionsarbeiter noch nicht, wo sie arbeiten werden. Nach langen Wartezeiten werden sie von einem Meister zum anderen geschickt.

Eine Kollegin berichtet, daß sie an einem Tag an 16 verschiedenen Arbeitsplätzen arbeiten mußte. Die Meister behandeln die Kollegen wie Dreck. Besonders die älteren machen die Unsicherheit und die Anpöbeleien der Meister fertig, denn sie wissen, wenn sie aus dem Werk rausfliegen, kriegen sie in Wolfsburg keinen Arbeitsplatz mehr. Die Arbeitslosenquote ist bereits jetzt im Bereich des Arbeitsamtes Helmstedt – dazu gehört auch Wolfsburg – auf 4,6 % angestiegen, obwohl der saisonbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit noch nicht begonnen hat. Ein älterer Kollege erzählt: "Wenn man so von einer Meisterschaft in die andere gehen muß, dann behandeln einen die Meister, als ob man nicht arbeiten will. Dabei liegt es doch nicht an uns, wenn uns kein Arbeitsplatz zugewiesen wird." So wird den Kollegen ein Vorgeschmack gegeben, was sie erwartet, wenn sie für die Kapitalisten nicht mehr gewinnbringend eingesetzt werden können. Die drohende Entlassung marschiert mit jedem von Halle zu Halle mit.

Der Betriebsrat ließ verlauten, daß auch die Arbeitsplätze der Facharbeiter nicht mehr als gesichert angesehen werden können. 72 junge Facharbeiter sind nach Beendigung der Lehre in die Produktion versetzt worden, nachdem sie tagelang von Fachabteilung zu Fachabteilung gelaufen sind, um einen Arbeitsplatz zu kriegen. Auf die Frage eines Genossen der Betriebszelle, wer jetzt die Wahlkampfrede der Landtagskandidatin bei den letzten Niedersachsenwahlen, Danüel-Wettigmeyer, beurteilt, die sagte, wenn man einen zeitgemäßen Beruf erlernt hat, kann man seine Zukunft als gesichert betrachten, antwortete der Kollege, von Beruf Werkzeugmacher:

"Was wissen die denn? Die macht schöne Worte vor der Wahl, weil sie einen Platz an der Futterkrippe zu verlieren hat. Wie das tatsächlich aussieht, interessiert sie gar nicht. Ich muß jetzt froh sein, wenn ich überhaupt Arbeit kriege. Und außerdem – was ist mit den Kollegen, die keinen Beruf haben? " Unter dem Vorwand, den "Wasserkopf" abzubauen, wird auch bei den Angestellten überall rationalisiert.

Diese Verhältnisse sind es, die die Kollegen dazu bringen, Auflösungsverträge zu nehmen, obwohl bis heute noch nicht einmal klar ist, wieviel Abfindung es gibt, und ob diese Abfindung nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird. (Sie wird angerechnet. Red.)

Ein Kollege, der einen Auflösungsvertrag machen will, berichtet, daß es im zuständigen Büro der Personalabteilung ein Chaos gibt: "Im Büro wissen sie noch nicht einmal, wieviel Geld wir überhaupt bekommen. Und es sieht so aus, als ob die sich überhaupt nicht bemühen, das rauszukriegen. Sie behandeln die Kollegen dort wie ein Stück Vieh, das einzig froh sein muß, nicht geschlachtet zu werden, das heißt, nicht so rauszufliegen."

Auf der anderen Seite nutzen die Kapitalisten die Drosselung der Produktion aus, um die, die weiter arbeiten sollen, gefügig zu machen. So ist jetzt im Werk im Zuge der Produktionsumstellung auf die neuen VW-Modelle auch die berüchtigte Hänge-Montage eingeführt worden. Außerdem müssen die Kollegen in der Endmontage mehr Arbeitsgänge machen. Zynisch erklärt ein Pressesprecher der VW AG in den Wolfsburger Nachrichten dazu:

"Die Arbeit an den Bändern ist abwechslungsreicher geworden."

Durch das ständige Umsetzen an andere Maschinen ist es den Kollegen kaum noch möglich, die Stückzahlen zu überprüfen. Sie können sich die Zeit nicht mehr einteilen, und die früher geduldeten Kaffeepausen fallen dadurch weg, weil man sich nicht mehr darauf berufen kann, trotzdem seine Stückzahl zu schaffen. Auch zum Schichtschluß wird die Arbeit ausgedehnt. Früher sind die Kollegen, wenn sie ihre Stückzahlen geschafft hatten, kurz vor Schichtschluß in die Waschkauen gegangen. Auch das ist kaum noch möglich. Dafür will der VW-Vorstand mit den Stadtwerken Wolfsburg verhandeln, daß die Busse, mit denen die Arbeiter nach Hause fahren, später abfahren. Kollegen, die früher in der Käfer-Produktion gearbeitet haben, heute in der Golf- oder Passat-Produktion tätig sind, werden die Lohngruppen gekürzt, weil sie jetzt angeblich leichtere Arbeit machen. Dabei kommt es vor, daß Kollegen um zwei Lohngruppen zurückgestuft werden. Auch der Lohnverlust durch die Kurzarbeit ist entgegen den Aussagen Eugen Loderers keineswegs erträglich. Ein Kollege, der viermal hintereinander kurzarbeiten mußte, erklärt:

"Bei der ersten Kurzarbeit war ich noch froh, aus der Tretmühle raus zu sein. Aber jeden Monat 130 DM weniger verkraftet man auf die Dauer nicht."

Die Lage der Arbeiter in den VW-Werken hat sich also so drastisch verschlechtert, obwohl sich "die Entwicklung ohne große Paukenschläge" vollzogen hat. Weil dies so ist, nutzt es auch nichts, daß Loderer der IG Metall vorschlägt, daß es von entscheidender Bedeutung ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter wieder Vertrauen in die Wirtschaft der BRD fassen, damit sie wieder zu ihren alten Konsumgewohnheiten übergehen. Denn kein Arbeiter ißt weniger Fleisch, kauft sich kein neues Auto oder bezieht keine Wohnung, weil er das Vertrauen in das Wirtschaftssystem verloren hat, sondern weil sein Lohn weniger wert ist. Daß viele Arbeiter das Vertrauen in dieses Wirtschaftssystem verloren haben, liegt an dem Wirtschaftssystem selber, das den Arbeitern ihre Existenz nicht sichern kann. In diesem System sind sie zu dem unwürdigen Dasein des Lohnarbeiters verdammt, der nur dann eine Existenzberechtigung hat, wenn die Entwicklung dieses Wirtschaftssystems es zuläßt, daß er den Profit der Kapitalisten vermehrt.

Der Vorschlag Loderers, daß sich die IG Metall dafür einsetzen soll, daß die Bundesregierung und Bundesbank die Restriktionskurse aufgeben sollen, und den Expansionskurs umzuschalten, nützt den Arbeitern herzlich wenig. Das Projekt VW-Werk in den USA scheitert zur Zeit nur noch daran, daß Leiding das Kapital dafür fehlt. Die Vorteile, die diese Ausdehnung für die Großaktionäre bringt, liegen auf der Hand. Keine Transportkosten; die Arbeiter in den USA müssen 30 Tage mehr im Jahr arbeiten, niedrigere Löhne, keine Importerschwernisse durch die US-Regierung.

Was das für die Arbeiter in den Werken in der BRD bringt, liegt auch auf der Hand. Bereits jetzt hat VW 21 ausländische Produktionsstätten. Fünf im europäischen Ausland, drei in Afrika, sechs in Lateinamerika, sechs in Asien, eine in Australien. Die Verlegung des größten Teils der Käferproduktion ins Ausland hat schon schlimme Auswirkungen gezeigt. Für die Arbeiter kommt es vielmehr darauf an, gegen den kapitalistischen Staat und die Kapitalisten für Forderungen zu kämpfen, die die schlimmsten Folgen der im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidlichen Krisen beschränken. Daran muß die IG Metall ihre Politik ausrichten.

Damit für die Arbeitslosen ein erträgliches Leben gesichert wird und sie nicht als Lohndrücker gegen die, die Arbeit haben, eingesetzt werden können, gilt es, für die Zahlung eines Arbeitslosenentgeltes von mindestens 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Damit die Arbeitskraft eines jeden Arbeiters nicht vorzeitig verschlissen wird und er damit seines einzigen Kapitals beraubt wird, müssen die Akkordarbeit und alle akkordähnlichen Lohnsysteme verboten werden, und außerdem muß der Arbeitstag auf sieben Stunden an fünf Wochentagen verkürzt werden. Gegen die Kapitalisten muß der volle Lohnausgleich bei Kurzarbeit erkämpft werden.

–H.R., Betriebszelle VW–

Interview mit einem arbeitslosen Eisenflechter

Nur eine Lösung: "Die Arbeiter übernehmen selbst die Produktion"

KVZ: Herr D., wie lange haben Sie schon in Ihrem Beruf gearbeitet und wie kam es, daß Sie arbeitslos wurden?

Herr D.: Ja, ich habe so rund 20 Jahre als Eisenflechter gearbeitet. Einmal 67/68, als es in der Bauindustrie schlecht ging, habe ich schon mal einige Wochen gestempelt. Jetzt bin ich arbeitslos seit Dezember '73. Ich habe damals krank gefeiert und genau in der Zeit bin ich entlassen worden. Der Unternehmer ist dann kurz darauf sowieso pleite gegangen; der hat keine Löhne bezahlt, dem sind die Leute abgehauen und nachher ist er selbst von der Baustelle gejagt worden.

KVZ: Welche Arbeitsplätze sind Ihnen seitdem vom Arbeitsamt angeboten worden?

Herr D.: Sicher, ich habe Angebote gekriegt, als Eisenflechter zu arbeiten. Aber das war alles bei Subunternehmern und da verdiene ich ja heutzutage kaum mehr, als was ich als Stempelgeld bekomme. Da macht man dann Arbeitsverträge, in denen steht, daß man 8 DM Stundenlohn bekommt und je nach Akkord noch Zuschläge. Aber wie sieht das dann aus? Da malocht man im Akkord, eine der Tonnen, die dabei gemacht werden, sind so wenig, weil nur leichtes Eisen verarbeitet wird, daß man nachher weniger als 8 DM kriegt, weil die Mindest-Tonnenzahl gar nicht erreicht werden kann.

Bei diesen Subunternehmern sind sowieso zwei von zehn Halsabschneider.

KVZ: Welches Arbeitslosengeld bekommen Sie jetzt und wie kann eine so große Familie wie Ihre davon leben?

Herr D.: Davon leben ist gut! Ich bekomme rund 800 DM Stempelgeld, dazu 400 DM Sozialhilfe, weil ich ja soviel unter 1 200 DM liege mit meinem Stempelgeld, obwohl das schon der Höchstsatz ist. Und dann kriegen wir noch 600 DM Kindergeld im Monat. Zusammen haben wir also 1 800 DM für 12 Personen. Zwar sind zwei schon in der Lehre, aber die verbrauchen ja mehr, als sie bekommen. Und um zu leben, muß dann meine Frau arbeiten, obwohl das wegen der Kinder eigentlich unmöglich ist. Und dann versuchen meine Frau und ich noch nebenbei, noch hier oder da ein paar Mark zu machen.

KVZ: Welche Chancen sehen Sie für sich, wieder eine richtige Arbeit zu kriegen und ausreichend Geld zu verdienen?

Herr D.: Au, da sieht's schlecht aus. Da gibt's wohl fürs erste nicht viel Chancen. Da ändert auch die CDU nichts dran; die wollen die Arbeiter sowieso nur doof machen. Es wird eben weniger gebaut, weil die Leute, die das Geld haben, nicht mehr bauen wollen; wahrscheinlich können die mit ihrem Geld woanders mehr verdienen.

KVZ: Von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind ja alle Arbeiter irgendwie betroffen. Die einen werden arbeitslos, bei den übrigen versuchen die Unternehmer die Löhne zu drücken. Was glauben Sie, wie können sich die Arbeiter dagegen wehren?

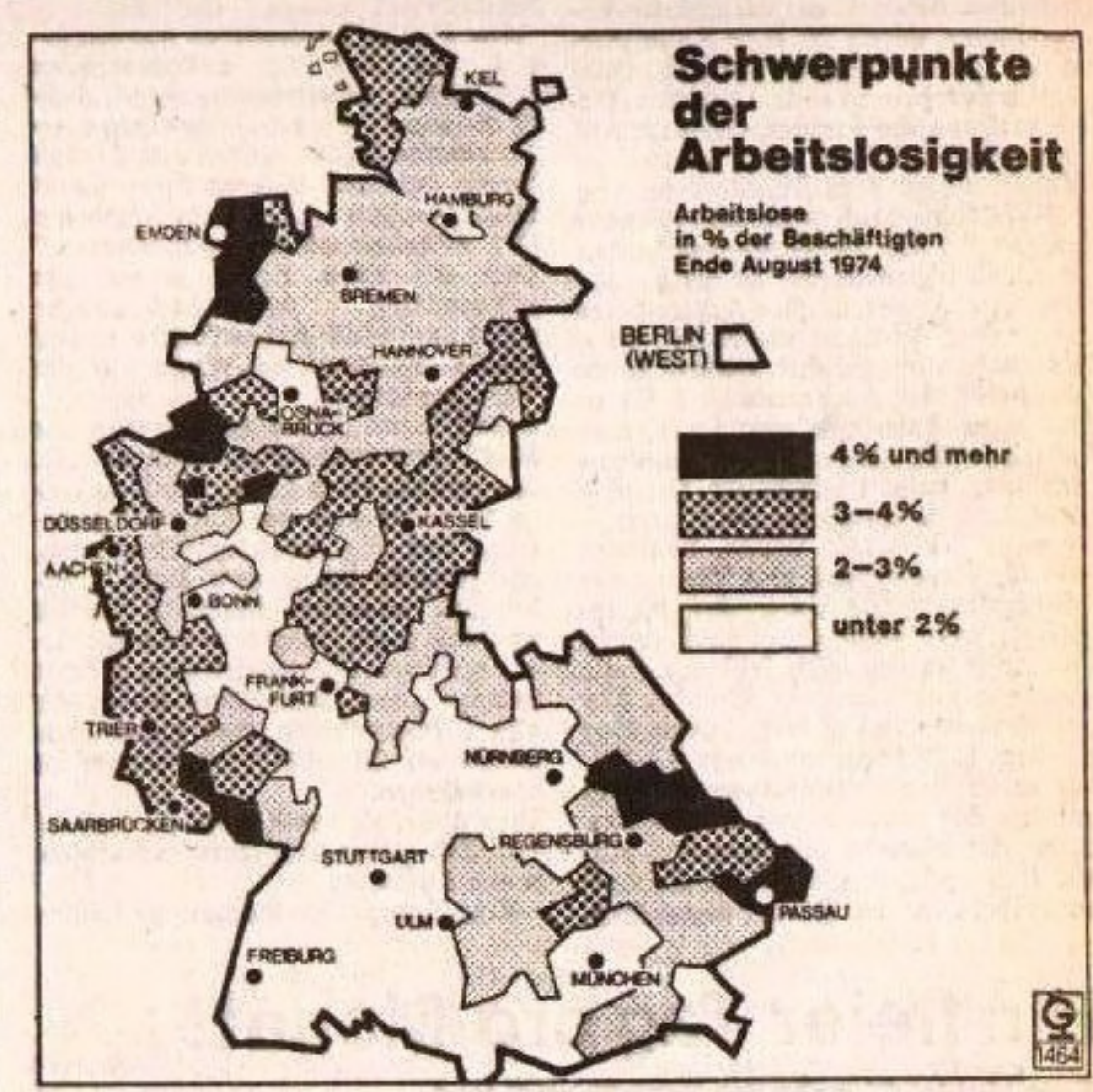
Herr D.: Die versuchen uns ja immer einzureden, daß die Krise vom Öl kommt. Aber das ist doch nur Gerede, um die Leute verrückt zu machen. Mit Streiks und so kommt der Arbeiter ja auch nicht weit. Denn die Preise gehen immer höher und gerade, wenn eine Lohnerhöhung war, werden die Preise wieder hochgesetzt. Die Besitzer und Unternehmer kommen nie zu kurz. Deshalb gibt's überhaupt nur eine Lösung: diese Leute packen, in die Wüste schicken und die Arbeiter übernehmen selbst die Produktion.

–B.S., Zelle Hoesch, Dortmund–

Die Einheit herstellen im Kampf für Lohn und gegen Arbeitslosigkeit

Mit den Korrespondenzen über Arbeitslosigkeit und die gleichzeitig immer übleren Arbeitsbedingungen, die die Kapitalisten unter dem Druck der Entlassungsdrohung durchsetzen, hätten wir gut die Hälfte der Zeitung füllen können. Die Krise, die das werktätige Volk ertragen muß; der Überfluß an Waren, während die Lebensbedingungen immer schlechter werden; die Mehrarbeit der Beschäftigten auf der einen Seite, die erzwungene Untätigkeit der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf der anderen Seite; die brachliegenden Produktionsmittel und die damit verbundene Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums, während die Lohnabhängigen, die den Reichtum geschaffen haben, Mangel leiden; die leerstehenden Wohnungen, die niemand bezahlen kann, obwohl soviele in unwürdigen Wohnverhältnissen leben – all dies zeigt den Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise, die nur nach dem Profit, nicht aber nach den Bedürfnissen des werktätigen Volkes geht. Viele von denen, die uns darüber geschrieben haben, sagen auch, daß nur der Aufbau des Sozialismus diese Lage grundsätzlich ändern kann. Und die Frage: Wie kommen wir dahin? wird immer dringlicher gestellt.

Eine erfolgreiche Verteidigung gegen die Angriffe der Kapitalisten, gegen die Erpressungs- und Einschüchterungsversuche ihrer Regierung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen ist entscheidend, um die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln für den Ansturm gegen das herrschende kapitalistische System. Umgekehrt kann man an der Politik der Gewerkschaftsführer sehen, daß nicht einmal die minimale Verteidigung gegen die Auswirkungen der Krise möglich ist, ohne geleitet zu sein von der prinzipiellen Unversöhnlichkeit der Arbeiterklasse und ihrer Interessen mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staat. Da sie ihre einzige Hoffnung in die Wiederbelebung des Geschäfts der Kapitalisten setzen und auch den Arbeitern weismachen wollen, daß darin ihr Ausweg aus der Krise liege, sagen sie auf der einen Seite gegenüber der Forderung nach den notwendigen Lohnerhöhungen, daß es jetzt in erster Linie auf Unternehmerinvestitionen ankäme, während sie auf der anderen Seite die Probleme der Arbeitslosen damit verneinen, daß sie sagen, die Krise sei doch nur Schwarzmalerei der Unternehmer, die Lage sei nicht so schlimm.



Die Karte ist vom August. Seitdem sind die Arbeitslosenzahlen weiter gestiegen: auf 557 000.
Schon im August gab es in 9 Arbeitsamtsbezirken mehr als 4 % Arbeitslose. Die Bezirke sind: Emden und Leer in Ostfriesland; Gelsenkirchen, Coesfeld und Hamm in Nordrhein-Westfalen; Pirmasens und Neunkirchen in Rheinland-Pfalz bzw. Saarland; Passau und Schwandorf in Bayern. (Nach: Schwäbische Zeitung, 7.10.1974)

Eine solche Politik führt notwendig zur Entwaffnung und Spaltung der Arbeiterklasse. Dagegen ist es notwendig, sowohl den Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen und gegen die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit umzusetzen als auch den Kampf um Arbeiterschutzrechte bei Arbeitslosigkeit zusammen zu führen. Die Forderung nach 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und nach Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten muß in den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Nur so kann die Arbeiterklasse einheitlich den Kapitalisten in der Krise begegnen. Und dieser Kampf ist notwendig, um die Kraft der Arbeiterklasse zu erhalten und zu schmieden, um die einzige Lösung zu erreichen, wie der Kollege aus Dortmund sagt: diese Leute, die Kapitalisten, packen, in die Wüste schicken und die Arbeiter übernehmen selbst die Produktion.

Red.

ÖTV-Tarifrunde

Die Diskussion eröffnet

Ein gutes Beispiel des ÖTV–Arbeitskreises Tarifpolitik Dortmund

Dortmund. Ein gutes Beispiel, wie die Diskussion in diesem Jahr eröffnet und Kenntnisse in die Debatte unter den Kollegen eingebracht werden können, bietet das Vorgehen des ÖTV-Arbeitskreises Tarifpolitik bei der Stadtverwaltung Dortmund. Er hat eine Informationsbroschüre erstellt, die an alle Vertrauensleute im ÖTV-Bereich "Gemeinden" verteilt wird. Hierin wird zum einen auf die Angriffe gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingegangen und zum anderen beispielhaft die Auswirkung von Prozent-, Misch- und Festbetragsforderung beleuchtet.

Anhand dieser Beispiele bedarf es keiner langen Überlegungen oder Diskussionen darüber, welche für uns die geeignete Forderung ist. Der Arbeitskreis macht denn auch aus seinem Votum für einen Festbetrag keinen Hehl. Ein einheitlicher Betrag mehr für alle entzieht allen Versuchen, die Beschäftigten schon durch die Forderung zu spalten, ehe der Kampf richtig begonnen hat, den Boden. Vielmehr schafft ein genügend hoher Festbetrag ein klares Ziel, auf dessen Durchsetzung die ÖTV-Mitglieder alle Kräfte konzentrieren können. Die Forderung müßte nach dem Vorschlag der Arbeitskreismitglieder bei einem Durchschnittseinkommen von 1 670 DM brutto zwischen 250 und 280 DM liegen. Wobei zu berücksichtigen ist, daß bei Durchsetzung einer solchen Forderung nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungsbeiträge usw. wir ohnehin nur 3/4 des Betrages erhalten. Einig war sich der Arbeitskreis jedenfalls darin, die ausstehende Forderung nach einem Urlaubsgeld mit in den Forderungskatalog aufzunehmen .

Nach dem Beschluß der Abteilungsvorsitzenden im Bereich Gemeinden werden die Diskussionsergebnisse in den Mitgliederversammlungen in einer anschließenden Vertrauensleuteversammlung beraten und zusammengefaßt und als Antrag in die Kreisdelegiertenkonferenz eingebracht. Nach dem Willen vieler Kollegen soll künftig anstelle des Kreisvorstandes die Kreisdelegiertenkonferenz letztlich über die Höhe und Struktur der Forderungen der ÖTV-Mitglieder am Ort entscheiden. Zur Vorbeugung gegen ähnliche Hetzkampagnen in der bürgerlichen Presse wie im Frühjahr wollen sich die Kolleginnen und Kollegen bei der Stadtverwaltung schon vor der Ergreifung von möglichen Kampfmaßnahmen an die übrigen Lohnabhängigen wenden und sie über ihre berechtigten Forderungen informieren.

—O.R., Dortmund—

Was hat die ÖTV-Führung vor?

Soll der Lohnkampf im öffentlichen Dienst verschoben werden ?

Wir drucken hier die Überlegungen eines ÖTV-Kollegen aus Hannover ab, der uns gut unterrichtet scheint. Er berichtet, daß der ÖTV-Tarifkampf hinausgezögert werden soll. Gegenwärtig kann man noch nicht sagen, ob dies tatsächlich beabsichtigt wird. Sicher ist, daß eine Verzögerung keineswegs den öffentlichen Arbeitgeber zum Nachgeben bringen wird. Der Lohnkampf im öffentlichen Dienst wird zweifellos hart. Er muß vorbereitet werden, nicht verschoben. Das dunkle Gerede über eine eventuelle Verschiebung hat bloß zum Ergebnis, daß die selbständige Vorbereitung des Lohnkampfes durch die Belegschaften gestört wird. Was hier verschoben wird, ist keineswegs bloß der Zeitpunkt der Auseinandersetzung, sondern die Kampfkraft der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

"Zu Eurem Artikel über die anstehende ÖTV-Tarifrunde in der letzten KVZ möchte ich noch einige Informationen geben.-

Es sieht nämlich so aus, als hätte die ÖTV-Führung vor, die Tarifrunde auf ca. März 1975 zu verschieben.

Ich schließe das aus folgendem:

Aus Gesprächen mit Kollegen habe ich erfahren, daß Anfang September (an einem Mittwoch) der Kollege Kurt Loose, damals Arbeitssekretär und stellvertretender Bezirksvorsitzender der ÖTV-Bezirksverwaltung in Niedersachsen auf einer ÖTV-Veranstaltung in Hildesheim sinngemäß gesagt hat: Die ÖTV wolle nicht wieder Vorreiter der Tarifrunde sein. Im ÖTV-Hauptvorstand stehe dann in den nächsten Tagen die Frage zum Beschluß an, ob man nicht die Tarifrunde auf Frühjahr 1975 verschieben solle. Voraussetzung sei, daß die öffentlichen Arbeitgeber Zugeständnisse machen in den Lohngruppenverhandlungen und zum Urlaubsgeld.

Die Möglichkeit einer Hinauszögerung unter den oben genannten Bedingungen hat drei Wochen später Kollege Otto Gräber, auch stellvertretender Bezirksvorsitzender der ÖTV-Niedersachsen auf einer ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz in Osnabrück genannt (also nach der Sitzung des ÖTV-Hauptvorstandes!). **Auf die Verzögerungstaktik dürfen sich die Kollegen nicht einlassen.**

Was hat das zu bedeuten?

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie steht an. Die IG-Metall kann es sich aufgrund der guten Auftragslage und den dadurch verstärkten Druck der Mitglieder nicht leisten, mit 9,5 % (Friedrichs Orientierungsdaten in der Konzertierten Aktion) abzuschließen. Danach steht die ÖTV-Tarifrunde an. Die ÖTV-Führung kann es sich dann kaum erlauben, unter den Ergebnissen der Stahlrunde abzuschließen. Um nun den Beschlüssen der Konzertierten Aktion zu folgen, will sie die Kollegen mit Lohngruppenänderungen und Zugeständnissen zum Urlaubsgeld auf einen späteren Zeitpunkt vertrösten. Auf den Zeitpunkt nämlich, wo die Autoindustrie abgeschlossen hat und wahrscheinlich wird dies ein sehr niedriger Abschluß sein. (Loderer in "Bilanz", ZDF: Man muß in den einzelnen Metallbranchen differenzieren. Unterschiedliche Ergebnisse sind durchaus möglich.

Zu diesem Zeitpunkt kann die ÖTV-Führung unter Hinweis auf die durch die Presse angeblich repräsentative öffentliche Meinung es wagen, mit etwa 10 % abzuschließen. Außerdem haben dann einige Kollegen in den unteren Lohn- und Vergütungsgruppen aufgrund der Steuerreform ein paar Mark weniger Lohnsteuer.

Hierzu ist auch die geplante Mitgliederbefragung zu sehen. Unter Hinweis darauf, daß "die Fragebögen immer noch nicht vollzählig abgeben worden bzw. ausgezählt sind", könnte die ÖTV-Führung, um ja dem Mitgliederwillen "gerecht" zu werden, die Tarifrunde lässig hinauszögern.

Außerdem sollte man bei der Fragebogenaktion folgendes beachten:

1. Mit den Fragebögen wird die ÖTV-Führung versuchen, von den Mitgliedern eine Zustimmung zur bisherigen Tarifpolitik zu bekommen.

2. In vielen kleinen Gemeinde - und Landkreisverwaltungen gibt es ÖTV-Mitglieder, die an den lokalen Tarifauseinandersetzungen nicht aktiv beteiligt waren, die sich kaum Gedanken gemacht haben über Sockel- oder Prozentforderung usw. Hier wird die ÖTV-Führung versuchen, Zustimmung zu einer Prozentforderung zu finden.

3. Und das Wichtigste: Die ÖTV-Mitglieder haben wahrscheinlich, wie bei der Urabstimmung im Februar, keine Möglichkeit der Kontrolle über die richtige Auswertung der Fragebögen. Die ÖTV-Führung wird bestimmt versuchen, die Fragebögen als ein Mittel für eine niedrige Lohnforderung zu benutzen, "die Mehrheit der Mitglieder hat es ja so gewollt!" (wobei natürlich die Art der Berechnung der Forderung eine Frage für sich ist).

Meiner Ansicht nach kann man dem nur entgegentreten, indem auf Vertrauensleute- und Betriebsgruppensitzungen, auf betrieblichen und überbetrieblichen Mitgliederversammlungen gefordert wird:

Keine Verzögerung der Tarifrunde! Veröffentlichung der Fragebogenergebnisse auf Betriebs-, Kreis-, Bezirks- und Bundesebene.

–C.C.C.L., Raum Hannover–

"Wir wissen, wie unsere Lebenshaltungskosten steigen."

Westberlin. Am 8.10.74 hatte der Vorstand der ÖTV in Westberlin zu einer Konferenz eingeladen. Auf die Fragen der Kollegen nach der anstehenden Tarifrunde '75 wurde von dem Vorstand erklärt: Die Diskussion um die Tarifrunde könne diesmal erst später beginnen, weil die Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute dem Hauptvorstand noch nicht vorlägen. Als ob wir nicht selber wüßten, wie unsere Lebenshaltungskosten steigen! Zum Urlaubsgeld 1974 habe am 4.10. immerhin schon ein "Spitzengespräch" stattgefunden.

-He.-

300 DM mehr für alle

Hildesheim. Der Kreisjugendausschuß der ÖTV und dessen Arbeiterausschuß stellte eine Forderung nach 300 DM mehr für alle auf. Der IGM-Ortsjugendausschuß und der ÖTV-Kreisjugendausschuß sowie Jugendvertretungen planen Veranstaltungen zur Lage der Arbeiterjugend und zur Tarifauseinandersetzung. Dies hat bis in die Kreise der am Ort noch sehr schwachen HBV (Handel, Banken und Versicherungen) gewirkt, die ihrerseits mit dem Aufbau eines Ortsjugendausschusses beginnt.

Urlaubsgeldforderung durchsetzen

Bremerhaven. Obwohl seit sechs Jahren keine Personalversammlung in den Städtischen Krankenanstalten stattgefunden hatte und der Betriebsrat es weiterhin dabei lassen wollte, setzten 120 Kollegen mit ihrer Unterschrift eine Personalversammlung durch, auf der über die Mieterhöhung in den Schwesternwohnheimen, die Arbeitszeitregelung in der 40-Stunden-Woche und über den Bau des neuen Krankenhauses in Renkenheide gesprochen werden sollte. Am 17.9. fand die Versammlung statt.

In Bremerhaven waren eine Woche vorher die Tarifverhandlungen über das Urlaubsgeld für gescheitert erklärt worden. So mußte der ÖTV-Führung ein klarer Auftrag von uns gegeben werden, nämlich daß sie keinen Schritt in den Verhandlungen mit dem Magistrat von der Urlaubsgeldforderung von 300 DM und eines familienbezogenen Zuschlags von 50 DM abweicht.

Die Kollegen vertraten die Forderungen, die auch von der Krankenhauszelle der Kommunistischen Gruppe propagiert wurden:

Für eine halbjährliche Einberufung der Personalversammlung!
Kein Abweichen von der Urlaubsgeldforderung!
Für reellen Freizeitgewinn nach Arbeitszeitverkürzung!
Keine verschärfte Arbeitshetze nach Einführung der 40-Stunden-Woche!
Für Neueinstellungen und Beibehaltung der 4-Stunden-Kräfte!

-W.-

Der Protest hatte Erfolg

Peiner Raumpflegerinnen nahmen Verschlechterung nicht hin

Am Dienstag, 24. September 1974, versammelten sich die Raumpflegerinnen der Stadt Peine, die für die Reinigung der Schulen, der Bücherei, der Festsäle und des Rathauses verantwortlich sind, um gegen die auf sie zukommenden schlechteren Arbeitsbedingungen zu protestieren. 87 der insgesamt 88 Frauen waren anwesend, was ein großer Erfolg ist, da sie das erste Mal geschlossen vorgingen.

Die Stadt Peine hatte wie auch in den Jahren zuvor Ausschreibungen gemacht und der Reinigungsfirma mit dem billigsten Angebot den Auftrag gegeben. Bislang arbeiteten die Frauen etwa vier Stunden täglich. Die neue Firma wollte die Arbeitszeit aber auf zwei Stunden drücken, was für die Frauen also doppelte Arbeit bedeutet hätte. Diese verschärfte Arbeitshetze würde für jede Raumpflegerin eine Mehrarbeit von 50 Quadratmeter pro Stunde bedeuten. Dazu meinten die Frauen, das sei ja Akkordarbeit und es steht in keinem Verhältnis zu dem Stundenlohn von 5,40 DM. Außerdem braucht die neue Firma die Versicherungskosten nicht zu übernehmen, da die Frauen durch die verschärfte Arbeitshetze unter den Verdienst kämen, wo Sozialversicherung gezahlt werden muß. Das heißt, daß die Frauen ab 1. Oktober ohne Schutz wären: Im Krankheitsfall kein Anspruch auf Lohnfortzahlung, kein zusätzliches Urlaubsgeld, und da nichts für die Altersversorgung einbezahlt würde, bedeutet das für viele Frauen den Verlust der Minimalrente, da unter den Raumpflegerinnen viele dabei sind, denen nur noch wenige Jahre fehlen, um die Rente einstreichen zu können. Für die Frauen stand es fest, daß sie eher ab dem 1. Oktober arbeitslos würden, als unter den unzumutbaren Bedingungen der neuen Firma zu arbeiten. Aber das ist nicht das erste Mal, daß die Raumpflegerinnen durch die Ausschreibungen der Stadt Verschlechterungen hinnehmen mußten. In den letzten Jahren wurde ihnen dadurch laufend die Arbeitszeit verkürzt, zusätzliches Weihnachtsgeld und Prämien für langjährige Betriebszugehörigkeit gingen auch verloren.

Auf der Versammlung verfaßten die Frauen folgende Resolution an die Stadt Peine:

"Alle Frauen protestieren hiermit gegen die auf sie zukommenden schlechten Arbeitsbedingungen. Sollte die neue Firma nicht genügend Arbeitskräfte finden, wären alle Frauen bereit, bei einer anderen Firma unter gleichwertigen Arbeitsbedingungen ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen."

Daß die neue Firma wegen der schlechteren Arbeitsbedingungen nicht genügend Arbeitskräfte finden würde, zeichnete sich schon vor der Versammlung ab.

Durch diese Situation sah sich die Stadt Peine zum Einlenken veranlaßt. Schon kurz nach Erhalt der Resolution versicherte sie den Raumpflegerinnen, daß die Sozialversicherungen, egal welche Firma den Auftrag bekommt, weiterhin bestehen bleiben und daß noch Gespräche über die Arbeitszeit mit der neuen Firma geführt werden sollen. Außerdem wurde die alte Firma gebeten, den Reinigungsdienst im Oktober noch einmal zu übernehmen.

Diesen Erfolg verdanken die Frauen nur sich selbst und ihrem entschlossenen Auftreten.

–R.L., Sympathisantengruppe Peine–

Ein freier Tag pro Monat!

Eine Vollkraft mehr pro Schicht muß her!

Bruchsal. Auf der letzten Personalversammlung am Krankenhaus Anfang September hatten bei nur einer Gegenstimme 200 Kollegen gefordert: Für einen freien Tag pro Monat und für mehr Personal.

Nun versuchte die Verwaltung dieses eindeutige Abstimmungsergebnis geschickt zu unterlaufen: 10 Tage nach der Personalvollversammlung wurde von einem Tag auf den anderen plötzlich eine Stationsschwesternversammlung einberufen. Die Verwaltung hatte sich wohl gedacht, wenn sie sich die Verantwortlichen von den einzelnen Stationen besonders vornimmt, dann könnte sie diese schon einseifen, mit ihrem Gerede von unrealistisch usw. Doch es kam ganz anders. Auf den Stationen war inzwischen lebhaft über die 40-Stunden-Woche weiterdiskutiert worden und die Stimmung war klar: Nur der freie Tag pro Monat bringt uns was! Außerdem kamen die Stationsschwestern nicht alleine, sondern brachten alle mit, die auf Station gerade entbehrlich waren. Nach längerer Diskussion, während der vom Personalrat und der Verwaltung immer wieder die 20-Minuten-Regelung als einzig durchführbare angepriesen wurde, kam es zu einer stationsweisen Abstimmung. Das Ergebnis war eindeutig: Jede Station sprach sich einstimmig für den freien Tag im Monat aus.

Trotzdem müssen wir klar sehen, daß wir nur einen Teilerfolg erzielt haben. Denn in der Forderung nach mehr Personal haben wir uns mit der wachsweichen Zusage, "man werde alles in seinen Kräften stehende versuchen", abspeisen lassen. Auf einigen Stationen wurde auch schon eine klare Forderung aufgestellt: eine Vollkraft mehr pro Schicht. Die anstehenden Personalratswahlen sind ein günstiger Zeitpunkt, um diese Forderung breit unter den Kollegen zu diskutieren und für alle Abteilungen entsprechende Forderungen aufzustellen.

–P.W., Bruchsal–

Postler fallen auf Trick der Postleitung nicht herein

Die Postleitung versucht mit einem Trick, die Einführung der 40-Stunden-Woche zu umgehen. Aus mehreren Postämtern schrieben Kollegen an die KVZ Aus Neu-Isenburg schrieb ein Kollege:

Für die Briefzusteller hat man sich ein besonderes Bonbon ausgedacht. Die Amtsleitung war für die 40-Stunden-Woche damit, daß ab 1.10. das Einziehen der Rundfunkgebühren wegfallen würde. Dieser Trick wurde von den Kollegen sofort durchschaut, denn für das Rundfunkkassieren werden allerhöchstens 4 Stunden im Monat benötigt. Die restlichen 4 Stunden wollte man einfach unter den Tisch fallen lassen. Das war vor drei Wochen.

Aber mittlerweile haben sich die Herren von der Oberpostdirektion neue Schikanen einfallen lassen: In einer Verfügung vom 30.9. heißt es: "Die im Zustelldienst eingesetzten vollbeschäftigten Kräfte werden hiermit verpflichtet, vom 1.10.74 bis zum Ablauf des 31.12.75 **außerhalb ihrer regelmäßigen Arbeitszeit** die ihnen bisher obliegende Tätigkeit 'Einziehen der Rundfunkgebühren' als Nebentätigkeit auszuüben."

War die Empörung über die sogenannte 40-Stunden-Woche schon groß genug, so sagten die Kollegen sich jetzt: "Das können wir uns nicht mehr bieten lassen!" Die 40-Stunden-Woche steht zwar auf dem Dienstplan, aber die Zusteller sollen gezwungen werden, den Rundfunk außerhalb der Dienstzeit zu kassieren, und das auch noch ohne Überstundenbezahlung!

Ein erster Schritt im Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen war die Unterschriftenresolution: 40 von 54 Neu-Isenburger und Sprendlinger Briefzustellern traten für die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Wochebei gleichzeitiger Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften ein. Auf einer Gewerkschaftsversammlung wurden der Personalrat und der Gewerkschaftsvorstand aufgefordert, Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen einzuleiten und die Beschlüsse des Bundespostministeriums und des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zurückzuweisen. Zwar versprachen die Herren Gewerkschaftsführer, das Nötige zu tun, aber die Erfahrungen, die die Kollegen mit ihnen bisher gemacht haben, sind alles andere als gut: Schon zu oft sind sie von diesen Herren übers Ohr gehauen worden, wenn es darum ging, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen.

Es kommt jetzt darauf an, die starke Bewegung unter den Zustellern in andere Abteilungen zu tragen. Überall müssen Resolutionen für die Einführung der 40-Stunden-Woche verabschiedet werden. Die Kollegen müssen auf die sofortige Einberufung einer Personalversammlung dringen, um die Aktionen der verschiedenen Abteilungen zu beraten und zusammenzufassen und um vom Gewerkschaftsvorstand Rechenschaft zu fordern über seine bisherigen Aktivitäten im Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der Kollegen.

B.H., Kommunistische Gruppe Neu-Isenburg

Zusätzliche Planstellen

Frankfurt. Am 23.9. fand eine Personalversammlung für den Kindertagesstättenbereich des Stadtschulamtes statt. Die Personalversammlung beauftragte den Personalrat, sich um eine zusätzliche Planstelle pro Kindertagesstätte zu kümmern.

Brief an den Pfarrgemeinderat

Koblenz. In einem Kindergarten mußten die Erzieherinnen bislang von 7.50 Uhr bis 17 Uhr anwesend sein. Jetzt, mit Einführung der 40-Stunden-Woche, sollen sie jedoch bis 17.30 Uhr im Kindergarten bleiben. Begründet wird diese Verlängerung der Arbeitszeit folgendermaßen:

Die Öffnungszeit des Kindergartens ist 7 Stunden täglich, damit kommt man natürlich nicht auf 40 Stunden in der Woche. Dies soll nun durch die Verlängerung der Arbeitszeit auf 17.30 Uhr erreicht werden.

Diese Argumentation ist falsch. Jede Erzieherin arbeitet nicht nur zur Öffnungszeit. Sie muß sich auf ihre Arbeit vorbereiten, hat Einkäufe zu erledigen und hält Elternabende. Ihre tatsächliche Arbeitszeit übersteigt weit die 42- als auch die 40-Stunden-Woche.

Das haben die Erzieherinnen in dem Kindergarten auch erkannt. Sie haben sich zusammengeschlossen und einen Brief an den Pfarrgemeinderat (Presbyterium) geschickt, in dem sie deutlich zu verstehen gaben, daß sie sich nicht an die neue Arbeitszeit halten werden. Gemeinsam haben sie dann auch die halbe Stunde verlängerte Arbeitszeit bestreikt. Und die Forderung nach sofortiger Einführung der 40-Stunden-Woche durch zwei Freistunden wöchentlich erhoben.

–I.L., Koblenz–

Stahltarifrunde

Spaltungsmanövern entgegentreten!

Nachdem die große Tarifkommission Forderungen für die Stahltarifrunde verabschiedet hat, die in einer solch niedrigen Höhe von keinem Bereich gefordert wurden, gehen die Versuche weiter, die Einheit der Stahlarbeiter zu verhindern.

Die Kapitalisten versuchen jetzt, indem sie sich bereit erklären, über die Altersabsicherung zu verhandeln, aber noch kein Angebot zu den Lohnforderungen gemacht haben, die eine Forderung gegen die andere auszuspielen, indem sie sagen werden: Altersabsicherung ja, über 10 % nein. Ideologisch versuchen sie das abzudecken, indem sie etwas von "Humanisierung der Arbeitswelt" und dem "Schutz älterer Arbeiter" faseln, und andererseits vom Ende des Stahlbooms reden. Nachdem nicht mehr zu verbergen war, daß in der Stahlindustrie die Profite ins Unermeßliche gestiegen sind, so Thyssen-Chef Spethmann: "Wir werden das Rekordjahr 1969/70 in diesem Jahr noch überbieten." (Thyssen hatte 1969/70 219 Millionen Mark offiziellen Jahresüberschuß) oder der Vorsitzende von Klöckner: "Der Stahlmarkt bleibt hart. Die Kapazitäten bleiben hinter dem Bedarf zurück.", wird jetzt versucht, eine düstere Perspektive für die Stahlindustrie zu zeichnen, so Otto Wolff: "Man sollte die drohenden Gewitterwolken sehen, die über 1975 schweben." Der Kruppvorsitzende Mommsen meinte zu den Forderungen der IG-Metall, die Stahlindustrie im nächsten Jahr besser nicht mit Lohnmehrkosten von über einer Milliarde Mark zu belasten, sondern, daß besser ein Bonus für 1974 gezahlt werden sollte. (alle Zitate aus: Wirtschaftswoche Nr.42)

Diese Versuche der Kapitalisten fallen durch die Forderungen der IG-Metall auf guten Boden, denn die IG-Metall-Führung ist selbst immer kräftig dabei, die "Humanisierung der Arbeitswelt" auf Kosten der Lohnforderungen zu propagieren. Zweitens begründet die IG-Metall die Lage nicht von der Lage der Arbeiter her, sondern ausschließlich von der Lage im Stahlgeschäft. Wenn dann der Kapitalist Wirtschaftsinstitute anführt, die die IG-Metall in ihren Analysen zur Belegung dieses Standpunktes auch benennt und dieses feststellt, daß es abwärts geht mit der Stahlindustrie, so bleibt der IG-Metall-Führung nicht viel anders über als diesem zuzustimmen.

Wenn in einer solchen Situation dann noch hinzukommt, daß die aufgestellte Forderung in den Betrieben auf breite Ablehnung stößt, in der Westfälischen Rundschau vom 27.9. war zu lesen, daß 11 der 13 Vertreter des Dortmunder Kreises in der Tarifkommission gegen die 14 % gestimmt haben, und sich auch schon die Betriebsleitungen gezwungen sehen, über den Betriebsrat Gerüchte auszustreuen, für Hoesch könne es ja immer noch etwas betriebliches dazu geben (s. nebenstehende Korrespondenz), dann sieht man, wie schnell die Einheit der Stahlarbeiter verspielt werden kann.

Die älteren Kollegen werden sich sagen, na ja, wichtig ist für mich wenigstens die Altersabsicherung, wer weiß, wie lang ich in der Knochenmühle noch im Akkord arbeiten kann.

Die Kollegen aus den hohen Lohngruppen werden sagen: mit 10 bis 14 % könnte es für mich gerade noch reichen.

Die Kollegen von Hoesch werden sagen, na gut, haben sie uns bei der Aufstellung mal wieder beschissen, aber anschließend werden wir hier bei Hoesch noch was kriegen und wenn nicht freiwillig, dann holen wirs uns. Das wird auch gut gehen, denn die Kapitalisten haben sowas ja selbst schon angedeutet.

Am Ende vom Lied soll dann ein Abschluß stehen, der weder dem einen noch dem anderen etwas bringt, aber die Kraft fehlt dann, an dem Verhandlungsergebnis noch etwas zu ändern.

Die Kapitalisten wollen die Tarifrunde überstehen und glauben, mit betrieblichen Streiks im Frühjahr schon fertig werden zu können. Dann wird das Arbeitslosenheer sicherlich noch größer sein und kann gut als Druckmittel eingesetzt werden und Streiks, auf bestimmte Betriebe beschränkt, können leichter zerschlagen werden, als wenn eine ganze Branche in der Zeit der Höchstproduktion einheitlich für eine Forderung kämpft.

Leicht sieht man, wohin es führt, wenn man es der IG-Metall-Führung überläßt, über Höhe und Art der Forderung zu entscheiden. Die Arbeiter sind dem taktischen Spiel der Kapitalisten ausgesetzt. Es ist sehr gut möglich, die Einheit aller Stahlarbeiter herzustellen. So hat der Hoesch-Vertrauenskörper die Forderung nach mindestens 200 Mark aufgestellt. Bei dieser Forderung wissen alle Kollegen, um was es geht und Spaltungsversuche der Kapitalisten werden nicht Fuß fassen können.

Deshalb ist es jetzt ganz falsch, einfach von der Forderung der Tarifkommission von 14 % auszugehen, sondern im Gegenteil muß die Debatte um die Mindestforderung in den Betrieben weiter geführt werden, um sie dann in den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen wieder zur Grundlage aller Stahlarbeiter zu machen.

–db–

Bericht Hoesch-Dortmund

Lohn, Urlaub und Alterssicherung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Dortmund. "Die Vertrauensleute des Werkes Union Hoesch AG geben der Anhebung der Löhne und Gehälter den absoluten Vorrang. Sie sind der Auffassung, daß das materielle Ergebnis vom 28.11.1973 nicht unterschritten werden darf. Die Einkommensverbesserungen in dieser Lohnrunde sollen der Größenordnung von 200 DM bezogen auf die Lohngruppe 6 liegen. Das entspricht einer prozentualen Forderung von 17,8 %."

So beginnt die Entschließung der Vertrauensleute, die Mitte September verabschiedet wurde. Darüberhinaus forderten sie noch die stufenweise Anhebung des Urlaubs auf 30 Tage = 6 Wochen sowie Kündigungsschutz und Einkommenssicherung für ältere Kollegen.

Wenige Tage später beschloß die große Tarifkommission der IG-Metall in Nordrhein-Westfalen bekanntlich, 14 % mehr Lohn und Gehalt, 4 Tage mehr Urlaub und die Sicherung für die älteren Kollegen zu fordern. Als ich daraufhin einen Vertrauensmann von Union ansprach, sagte er mir: "Natürlich waren alle, besonders wir Vertrauensleute unwahrscheinlich sauer. Aber für viele Kollegen ist die Altersabsicherung unwahrscheinlich wichtig. Und dann hat der Vorstand über die Betriebsratsspitze durchsickern lassen, daß für Hoesch außer der Reihe was drin sein wird. Naja und damit waren dann viele schon wieder zufrieden."

Dazu muß man wissen, daß die Belegschaften in der Stahlindustrie sehr überaltert sind, im Durchschnitt Mitte 45. Und genau in die Kerbe haben die Stahlkapitalisten sofort reingehauen. So haben Vertreter des Unternehmensverbands sofort erklärt, daß die Lohn- und Gehaltsforderungen völlig utopisch seien, doch über die anderen beiden Forderungen könne man ernsthaft reden.

Dazu kommt noch das Gerede, daß bei Hoesch außer der Reihe etwas drin sei, also innerbetriebliche Lohnerhöhungen. Konkret ist hier davon die Rede, daß jetzt, wo das 13. Monatsgehalt tariflich abgesichert ist, bei Hoesch damit begonnen wird, den 14.Monatslohn Schritt für Schritt einzuführen! Dieses Gerede ist nicht neu, davon wurde auch schon im Frühsommer gesprochen, als die Kollegen wegen der Inflation unruhig wurden und immer häufiger die Forderung nach einem außertariflichen Lohnausgleich ins Gespräch kam. Und schon damals ging der Witz: bald kriegen wir pro Monat zwei Monatslöhne und beide zusammen reichen nicht für den Monat! Daß den Kapitalisten jedes Mittel, Gerüchte und Lügen, recht ist, um die Einheit der Arbeiter zu spalten und so den Lohn besser drücken zu können, überrascht keinen. Aber auch einigen sozialdemokratischen Betriebsräten und Spitzenfunktionären scheint das Portemonnaie der Arbeiter nicht sehr wichtig; denn mehr oder minder offen reden sie im Werk darüber, daß ein Abschluß so zwischen 9 % und 10 % eigentlich ganz gut wäre, wenn dann noch einiges in Sachen Urlaub und Altersabsicherung erreicht würde.

Damit aber betreiben sie indirekt das Geschäft der Stahlkapitalisten, denn die wollen die Forderungen gegeneinander aufrechnen und ausspielen.

Die Stahlarbeiter brauchen natürlich eine Sicherung für die älteren Kollegen, genau wie der Urlaub unbedingt verlängert werden muß, aber vor allem brauchen sie eine Sicherung ihres gegenwärtigen Reallohns. Diese Forderungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern es liegt im Interesse der Arbeiter, daß diese Forderungen zusammen in einem Schwung durchgesetzt werden.

–B.S., Zelle Hoesch Dortmund–

Fortschrittliche Anträge zum Druckgewerk-

die Rede, daß jetzt, wo das 13. Monatsgehalt tariflich abgesichert ist, bei Hoesch damit begonnen wird, den
Schwung durchgesetzt werden.
–B.S., Zelle Hoesch Dortmund–

Fortschrittliche Anträge zum Druckgewerkschaftstag - Können sie durchgesetzt werden?

Am 13.10. beginnt der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg.

Der Gewerkschaftstag fällt in eine Zeit, in der der Kapitalismus in der Form von Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, durch Rationalisierungen und Inflation die Arbeiterklasse voll trifft.

Einige der Anträge zum Gewerkschaftstag sind ein Ausdruck der Auflehnung der arbeitenden Menschen gegen diese Zustände. Sie sind ein – wenn auch sehr abgeschwächter – Ausdruck dafür, daß es immer mehr Gewerkschaftsmitglieder gibt, die in den Gewerkschaften ausschließlich ihre Kampforganisation zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen sehen.

Bei der **Tarifpolitik** fordern die Landesbezirke Hessen, Niedersachsen und die Bundesjugendkonferenz, daß in Zukunft bei Lohnkämpfen einheitliche Lohnforderungen in Mark und Pfennig aufgestellt werden. Solche Forderungen verhindern die weitere Vertiefung der Lohnunterschiede, sie wirken der ständig steigenden Ausplünderung der gesamten Arbeiterklasse durch die Inflation und die Progression bei den Steuern entgegen und vor allem: Sie stärken die Einheit aller Arbeiter und Angestellten bei den kommenden schweren Tarifauseinandersetzungen.

Die Landesbezirke Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen fordern die **35-Stunden-Woche**, also den **7-Stunden-Tag**. Diese Forderung ist also schon längst fällig. Jeder Kollege und jede Kollegin bekommt es doch täglich am eigenen Leib zu spüren, wie die Kapitalisten heute in einem 8-Stunden-Tag (der oft noch durch Überstunden verlängert wird) die Arbeitskraft bis zum letzten auspressen. Immer raffiniertere Arbeitssysteme und die Entwicklung der Technik helfen ihnen dabei, immer mehr aus den Arbeitern herauszuholen. Unsere Nerven und unsere Gesundheit gehen dabei drauf, die Zahl der Frührentner steigt und die Lebenserwartung der arbeitenden Bevölkerung sinkt. Der 7-Stunden-Tag muß zu einer zentralen Forderung der Gewerkschaften werden!

Wichtig sind hier auch die Anträge nach gemeinsamen Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte und bei Lohn- und Manteltarif. Die bisherige Zersplitterung war für die Entfaltung der gewerkschaftlichen Kampfkraft schon immer schädlich.

Eine Reihe anderer Anträge wendet sich gegen die Knebelung unserer Interessensvertretung, des Betriebsrates, durch das **Betriebsverfassungsgesetz**. So fordert der Landesbezirk Hessen die Beseitigung der Regelung, daß der Betriebsrat vertrauensvoll mit dem Kapitalisten "zum Wohle des Betriebes" zusammenarbeiten muß. Die Kollegen fordern die Aufhebung der sogenannten "Friedenspflicht". (Der Betriebsrat darf den "Betriebsfrieden" nicht stören.) Sie verlangen das Recht auf freie politische Betätigung am Arbeitsplatz. Dazu gehören auch die Anträge vieler Landesbezirke, die sich gegen die zunehmende politische Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst richtet. Die Berufsverbote gegen Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst, die zunehmende Gesinnungsschnüffelei und Kommunistenjagd durch den Staat soll alle Menschen, die die bestehenden Zustände ändern wollen und sich gegen Unterdrückung zur Wehr setzen, einschüchtern. Durch die Berufsverbote soll Gegnern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf kaltem Wege ihre Existenzgrundlage genommen werden.

Von großer Bedeutung sind die Anträge aus Hessen, Hamburg und von der Bundesjugendkonferenz, die sich gegen die gefährliche Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung richten. Durch eine Entschließung des Hauptvorstandes der IG Drupa vom März vergangenen Jahres sollen alle Kommunisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden! Dieser Beschluß ist eine Kampfansage an den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft und läuft auf die Bildung sozialdemokratischer Richtungsgewerkschaften hinaus. Mit diesem Beschluß in der Hand will der Hauptvorstand Kritiker an miesen Tarifabschlüssen, undemokratischen innergewerkschaftlichen Vorgängen und an seiner SPD-Politik insgesamt mundtot machen. Deshalb muß der "Radikalenerlaß" des Hauptvorstandes beim Gewerkschaftstag vom Tisch!

Ob diese fortschrittlichen Anträge auf dem Gewerkschaftstag durchkommen werden, ist mehr als fraglich. Denn die Kollegen aus den Betrieben sind dort spärlich, die sozialdemokratischen Funktionäre aber sehr zahlreich vertreten. Was immer aber auf dem Gewerkschaftstag beschlossen wird, es kommt darauf an, daß wir unsere Interessen in der Gewerkschaft und durch die Gewerkschaft durchsetzen. Dazu ist es notwendig, daß jeder Kollege und jede Kollegin sich verstärkt am gewerkschaftlichen Leben und an der Willensbildung in der Gewerkschaft beteiligt!

aus: Klassenkampf,
KBW-Betriebszeitung für die Kollegen von Rombach/Freiburg

Frister greift AjLE an

Am 5.10. verabschiedete der Hauptausschuß der GEW mit unwesentlichen Änderungen einen Antrag des Bundesvorsitzenden Erich Frister, der quasi die Abschaffung des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW bedeutet. Auch innerhalb des AjLE war seit einiger Zeit darüber diskutiert worden, ob es nicht günstiger sei, den AjLE aufzulösen zugunsten eines stärkeren Engagements der fortschrittlichen Lehrer direkt an ihren Arbeitsplätzen, in der Schule.

ngeachtet solcher Überlegungen unter den AjLE-Mitgliedern hat der Frister-Entwurf für Richtlinien des AjLE bei fast allen Junglehrern große Empörung hervorgerufen. Viele Resolutionen wurden dagegen verfaßt, Unterschriften wurden gesammelt und offene Briefe wurden geschrieben. Denn der Frister-Entwurf ging nicht etwa davon aus, den AjLE zugunsten besserer Aktivitäten an der Basis überflüssig zu machen. Sein Ziel ist eindeutig, den AjLE als gegenwärtig unbequemes und aktives Gremium der gewerkschaftlichen Arbeit zu zerschlagen.

Wie stark Frister die Kollegen an der Basis fürchtet, mag auch daran deutlich werden, daß er nur höchstens 7 Mitglieder für den AjLE zuläßt. Bisher war es so gewesen, daß zumindest der AjLE allen Kollegen, die an einer aktiven Mitarbeit in der GEW interessiert waren, auch die Möglichkeit dazu gab. Wer solche Möglichkeiten zerschlägt, zeigt deutlich, wie er sich Gewerkschaftspolitik vorstellt: Die Mitglieder zahlen Beitrag und der Vorstand verhandelt beim Arbeitsessen und hinter verschlossenen Türen.

Viele Kollegen aus dem AjLE wollen jetzt aus dem AjLE aussteigen, weil ihnen eine beschnittene Arbeitsmöglichkeit nicht mehr zusagt. Doch sich zurückziehen wäre gerade die Konsequenz, die Frister und der Hauptausschuß sich erhofft haben. Wir müssen im Gegenteil unsere Aktivitäten noch verstärken und dieser Beschneidung der Möglichkeiten unserer gewerkschaftlichen Arbeit entgegentreten.

–G.K., Oldenburg–

Tückische Arbeitsverträge

Mannheim. Vor einigen Wochen legte die Geschäftsleitung der "Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH" (MMGD) allen Kollegen, die dort seit längerer Zeit arbeiten und nur aufgrund mündlicher Vereinbarungen beschäftigt sind, schriftliche Arbeitsverträge vor. (Erst seit ungefähr fünf Jahren müssen Neueingestellte Arbeitsverträge unterschreiben.)

Gegen schriftliche Arbeitsverträge ist eigentlich nichts einzuwenden, außer sie enthalten zum Beispiel einen § 5, wie das bei diesen Arbeitsverträgen der Fall ist: Dieser § 5 besagt, daß Lohnerhöhungen auf übertarifliche Zulagen angerechnet werden können. Die Kollegen waren empört darüber, daß sie die Absicherung ihres eigenen Lohnabbaus unterschreiben sollten.

Warum wird dies ausgerechnet jetzt getan?

Die Kapitalisten wittern zur Zeit Morgenluft. Auf der einen Seite wird durch die inflationär steigenden Papierpreise die Profitrate der Druckkapitalisten gesenkt, da sie die Preise gerade beim Zeitungsdruck nicht voll weitergeben können. Gleichzeitig jedoch glauben sie, wegen der Krise und der steigenden Arbeitslosenzahlen mit den Arbeitern machen zu können, was sie wollen. Sie glauben, die Arbeiter hätten zur Zeit zuviel Angst, um einen Streik zu riskieren und wollen diese Situation ausnützen. Dies glauben übrigens nicht alleine die MMGD-Kapitalisten, sondern der ganze Druckindustrie-Verband. Seit über einem Jahr wird in vielen Druckereien in der BRD versucht, Lohnerhöhungen auf übertarifliche Zulagen anzurechnen. Das bekannteste Beispiel ist die Druckerei Sauter in Reutlingen, wo deshalb ein mehrwöchiger Streik stattfand.

Die MMGD-Kapitalisten täuschten sich jedoch. Als der Betriebsrat die Parole "Keine Unterschrift unter diesen Arbeitsvertrag!" ausgab, hielten sich fast alle betroffenen Kollegen daran.

Jetzt ist der Zustand so, daß ein Teil der Kollegen, die erst kurze Zeit dort arbeiten und bei ihrer Einstellung Arbeitsverträge unterschreiben mußten, den § 5 notgedrungen anerkannt haben, der andere Teil der Belegschaft überhaupt keinen Arbeitsvertrag hat. Damit hat die Geschäftsleitung Spaltungsmittel in der Hand.

Aus diesem Dilemma kann nur eine alle Kollegen umfassende Forderung helfen, auf deren Grundlage die Belegschaft einen gemeinsamen Kampf gegen den § 5 führen kann. Diese Forderung kann nur heißen:
Neue schriftliche Arbeitsverträge bei Wegfall des § 5 für alle!

Allein diese Forderung berührt gleichermaßen die Interessen aller Kollegen. Dies konnte bisher mit allen Kollegen, mit denen wir über den § 5 diskutiert haben, klargestellt werden. Die Tarifrunde naht, und jegliches Ergebnis würde durch die Anwendung des § 5 unwirksam gemacht werden können. Der § 5 muß vorher zu Fall gebracht werden!

–R.K., Mannheim/Red.–

Wie sieht die Lage in den Freiburger Druckbetrieben aus

Freiburg. Nach der starken Auftragslage im letzten Weihnachtsgeschäft, werden die Kollegen im Satzbereich z. B. darauf vorbereitet, daß Auftragsschwierigkeiten anstehen. Einzelne Kollegen werden zu Hilfsarbeiten verwendet. Demgegenüber steht dann aber wieder die Situation, daß Aufträge unter Zeitdruck angenommen werden. Die derzeitige wirtschaftliche und Marksituation zwingt die Kapitalisten, schneller und billiger zu produzieren. Um der Konkurrenz standzuhalten, werden Aufträge mit besonders schnellen Terminzusagen angenommen. Dies bedeutet für die Kollegen verschärftes Arbeitstempo. Dazu kommt dann, daß im Verlag- und Produktionsbereich totaler Einstellungsstop besteht. Gleichzeitig wird der Bleisatz abgebaut und ausrangiert. Im Computersatz am Perforator werden Hilfskräfte zu Facharbeiterlöhnen ausgebildet, mit dem Haken, daß die Facharbeiter-Tariflöhne jederzeit widerruflich sind. In der Offset-Druckerei wurde den Druckern die Leistungslohnvereinbarungen aufgekündigt, das sind pro Drucker im Schnitt 400 DM. Der Betriebsrat hat diese Kündigung der Herder-Kapitalisten nicht angenommen. Auf diesen Schritt der Geschäftsleitung hin sind 15 Drucker geschlossen in die Gewerkschaft eingetreten. Im Freiburger Raum bekommen Facharbeiter im Druckbereich keinen Arbeitsplatz mehr. Ebenso ist ein deutlicher Rückgang an Lehrstellen zu verzeichnen. Ca. 50 % weniger Lehrlinge sind im Druckbereich eingestellt worden.

–M.R., Freiburg–

Die Sache endete so: Man wollte mich als Spitzel anwerben

Ein Genosse, der die DDR aus eigener Anschauung recht gut kennt, antwortet dem Genossen W.O.

Wir haben mittlerweile eine Unmenge von Korrespondenzen und Briefen an den Genossen W.O. erhalten, von denen wir zunächst diese abdrucken

Lieber Genosse W.O. Ich habe Deinen Brief in der KVZ gelesen und auch die Zuschriften von Genossen aus der DDR in der KVZ Nr. 11. Und ich habe das mit großem Interesse gelesen, weil ich die DDR aus eigener Anschauung recht gut kenne. Meine Kenntnisse stammen also nicht aus der bürgerlichen Hetzpresse, die die bedauerliche Lage der Arbeiter und anderen Werktätigen in der DDR schon immer benutzt hat, um daraus Kapital für die hiesige Bourgeoisie zu schlagen.

Es ist so, daß mein Vater aus Thüringen stammt und die ganze Verwandtschaft dort ist. Schon als kleiner Junge bin ich die ganzen Schulferien über oft in der DDR gewesen und habe öfters bei der Feldarbeit oder in der Schreinerwerkstatt eines Onkels, der inzwischen völlig verarmt ist, mitgeholfen. Später bin ich dann auch wieder in die DDR gegangen, obwohl es mit der Zeit immer schwieriger und vor allem kostspieliger geworden ist. Das letzte Mal war ich vor zwei Jahren um die Osterzeit für etwas mehr als zwei Wochen dort. Und weil Du gerne genaue Angaben haben willst, will ich sie Dir geben, obwohl sie nicht so wichtig sind, weil es in der ganzen DDR gleich ist.
Also die Gegend war immer dieselbe und zwar der Bezirk B., und davon die Städtchen X und Y. Ich kenne auch gut Jena und Weimar, wo das KZ Buchenwald in der Nähe ist, das ich besucht habe, als dort ein Treffen von alten KPD-Genossen war, die dort einmal selbst eingesessen waren und sich mit den anderen Gefangenen selbst befreit haben. Das waren an und für sich die einzigen offen auftretenden Kommunisten, die ich jemals in der DDR getroffen habe. Von ihnen lebt die absolute Mehrheit nicht in der DDR, obwohl man sie immer wieder dazu aufgefordert hatte. Unter den SED-Funktionären, die ich in der DDR schon kennengelernt habe – Genosse W.O. – wirst Du mir keinen auftreiben können, der ein wirklicher Kommunist ist und nicht nur mit einer schiefen Kenntnis von ein paar Lenin-Stellen herumhantiert, um daraus die unglaublichsten Sachen über den Sozialismus zu verbraten.
Ansonsten konnte ich letztes Mal nur feststellen, daß zunehmend unter der jüngeren Arbeiterschaft eine Rebellion am Keimen ist, die nach Wegen sucht. Und einzelne beginnen, sich neu die Theorie des Marxismus-Leninismus anzueignen, was nicht leicht ist in einem Staat, der nach außen Marx, Engels und Lenin hochhält, aber nach innen die Arbeiter ausbeutet und das ganze Volk unterdrückt.

In meiner Verwandtschaft ist klassenmäßig einiges vertreten. Es befinden sich darunter alte wie junge Arbeiter, werktätige Intelligenz, Lehrer und Ingenieure, ein Arzt, der in die neue Bourgeoisie hineinwächst und dann der eine, den ich schon erwähnte, der Schreiner, der, aus der alten Kleinbourgeoisie kommend, heute existenzlos ist. Auch politisch: Es gibt SED-Mitglieder und einen FDJ-Sekretär. Alle meine Verwandten stehen dem Staat der DDR mit äußerstem Haß gegenüber, in allererster Linie der proletarische Mehrheitsanteil unter ihnen. Bei den Nichtproletariern unter meinen Verwandten ist die Kritik am Staat oft aber auch eine Unzufriedenheit, weil es mit dem Aufstieg nicht so hinhaut und man eigentlich dazu tendiert, den DDR-Kapitalismus schneller dem BRD-Kapitalismus anzupassen.
Aber ich bin mit weitaus mehr Menschen in der DDR schon zusammengekommen als mit diesen Verwandten. Meine Erfahrungen sind also nicht durch Familienklüngel so getrübt, daß ich nicht gesehen hätte, was sich da wirklich tut.

Einige Arbeiter beginnen zu erkennen, daß die SED Marx und Engels verdreht

Es war nicht immer einfach, in den Diskussionen und Auseinandersetzungen der vorhandenen Empörung und Erbitterung über die Zustände eine richtige Stoßrichtung zu geben, nämlich die, der Herstellung der Macht der Arbeiter in der DDR. Denn die tägliche Einimpfung der Lüge, die DDR sei ein sozialistischer Staat, hat bei vielen Menschen dazu geführt, zu glauben, der Kommunismus von Marx und Lenin sei zwar eine schöne Sache, aber eben nicht zu verwirklichen, oder seine Wirklichkeit sei so wie in der DDR, und diese Wirklichkeit ist für einen Kommunisten niederschmetternd. Am ehesten bin ich zurande gekommen mit meinen beiden Cousins; der eine ist Arbeiter in einer Zementfabrik und der andere arbeitet am Hochofen. Die Artikel der Genossen aus der DDR in der KVZ Nr. 11 haben viel Ähnlichkeit mit der Haltung dieser beiden Arbeiter, die meines Erachtens alle eine neue Strömung der aufstrebenden Arbeiterklasse der DDR repräsentieren, die sich mit den Verhältnissen nicht abfindet und sich auch davon zu lösen beginnt oder bereits gelöst hat, daß die SED-Politik marxistisch-leninistisch sei. Für viele ist die SED einfach Scheiße und ein widerlicher Verband von Heuchlern und Ganoven. Aber für diese Arbeiter ist sie mehr und mehr ein politischer Feind, dessen politische Tricks sie zu durchschauen beginnen. Nicht selten habe ich von solchen Arbeitern gehört: "Ja, ich überlege mir auch schon seit einiger Zeit, daß die SED gar nicht sozialistisch ist, sondern den Marx und den Lenin verdreht und mißbraucht. Daß das alles gar nicht Kommunismus ist und uns jahrelang Lügen erzählt werden."
Unter diesen Erkenntnissen kann sich dann auch der Widerstand, der überall da ist – und wenn er sich so auswirkt, daß einem alles egal ist und man Material vergeudet oder einsteckt – in Richtung auf Kommunismus entwickeln.
Dies, Genosse W.O., nur, um Dir klarzumachen, daß ich das, was ich da schreibe, selber in eigener Anschauung kennengelernt habe. Du tust meines Erachtens auch den Genossen aus der DDR unrecht, wenn Du ihre zu Recht vorsichtigen Berichte als "sogenannte Korrespondenzen" hinstellst, als seien sie böswillig erfunden oder die Genossen kleinliche und furchtsame Mäkler. Ich weiß nicht, ob Du schon mal in der DDR warst – und zwar nicht offiziell mit DKP und SDAJ, die sowieso jede klare Einsicht in die Verhältnisse verhindern, weil, wenn so eine Delegation auftaucht, die Arbeiter ihr Maul halten müssen, weil sie es sich sonst ganz gemein verbrennen könnten.

Von 20 000 Einwohnern arbeiten 1 700 für den Staatssicherheitsdienst

Aber ich sag Dir, Genosse, wenn Du einmal mit Arbeitern in der DDR sprechen würdest, ohne daß der Staatssicherheitsdienst um die Ecke ist, ohne Gefahr der Bespitzelung, etwa daheim oder in einer abgeschiedenen Kneipenecke, dann würdest Du noch ganz andere Dinge hören, und zwar mit alledem belegt, was Du in Deinem Leserbrief forderst. Du, der die Illegalität, KZ und Zuchthaus hast kennenlernen müssen, solltest es doch am ehesten verstehen, daß die Genossen Arbeiter in der DDR gewaltig vorsichtig sein müssen. Sonst verschwinden die Kommunisten in den Gefängnissen genauso schnell, wie sie in der Öffentlichkeit auftauchen. Weißt Du, daß als die Russen in Prag einmarschierten, in den Ortschaften der DDR Panzer aufgefahren sind und tagelang in Straßen und vor Fabriken den Arbeitern die Kanonen zeigten? Weißt Du, daß in einem so kleinen Städtchen wie X. mit vielleicht 20 000 Einwohnern 1 700 Mann für den Sicherheitsdienst arbeiten? Weißt Du, daß es in diesem Städtchen russische Garnisonen gibt, die bei Manövern die Fernsehkanäle benutzen für ihren Funk, daß sie des Nachts mit Leuchtspur über die Städtchen hinwegschießen, daß die Fensterscheiben klirren und zu Bruch gehen, daß der Strom stundenlang in der ganzen Ortschaft ausfällt, weil die russischen Truppen ihn für ihr Manöver abzapfen? Ich habe das letztere selber miterlebt. Und noch eine ganze Menge anderer Dinge. Ich habe keinen Grund, die Dinge schlechter hinzustellen, als sie sind. Ich habe vielmehr – vor allem, wenn ich neu angekommen war – auf die Flut von Empörung über die Zustände aus der Bevölkerung der DDR immer so reagiert zunächst, wie Du es in Deinem Leserbrief tust. Ich hab mir auch gesagt, aber da sind doch diese und jene Dinge, die Ihr hier habt, und seht doch, wie dreckig es den Arbeitern in den westlichen kapitalistischen Ländern geht. Aber es hat immer bloß ein paar Tage gebraucht, bis ich selber in Wut geraten bin. Ich, der ich den Kommunismus verteidigt habe, mich haben sie natürlich besonders mit der Wirklichkeit ihres Daseins vertraut machen wollen und mir an jeder einzelnen Sache demonstriert, wie es ihnen Tag für Tag ergeht. Weißt Du, Genosse W.O., man kann es einfach nicht übersehen, wenn es Straßen gibt ohne Asphalt und mit Löchern, daß der kleine Trabant darin fast verschwindet, und man diese Ackerwege Marx-Engels-Allee benennt, oder wenn des Nachts die Lichter um acht, neun, in den Straßen ausgehen, daß es kuhnacht wird und man vom Tage her weiß, da war doch irgendwo eine große Baugrube. Man sieht sie nicht. Sie ist mit nichts gesichert. Man tappt herum wie ein Blinder in der ständigen Angst, man fällt hinein. Und wenn man dann noch hört: "Das geht seit Jahren so", und ich den Vorschlag mache: "Ihr Bewohner dieser Straße, tut Euch doch am Wochenende zusammen. Macht die Straßen, repariert die Häuser usw." – weißt Du, was Du dann zu hören bekommst: "Ja, wir haben uns mehrmals darum bemüht, daß wir das machen dürfen und Material kriegen, aber man hat es untersagt."
Das sind nur ein paar Sachen. Es wiederholt sich in allem. Und dann siehst Du an der Straße ein altes verrostetes Schild stehen, wo die Farbe abgeblättert ist. Wenn man sich Mühe gibt, erkennt man die Schrift noch. Und wahrlich, es steht darauf: "Die Arbeiter und Bauern haben Macht". Es ist ein Hohn.

Aus der Diskussion mit der FDJ – Jugendgruppe wurde nichts

Ich wollte Dir noch erzählen, wie es mir bei meinem letzten Besuch vor zwei Jahren ergangen ist. (...)

Also das letzte Mal habe ich mich mehr um die politischen Verhältnisse gekümmert als um den Verwandtenbesuch. Gleich am zweiten Tag bin ich aufs SED-Kreisbüro, habe mich als Kommunist aus der BRD vorgestellt und darum gebeten, mir Fabriken, LPGs, Schulen, Krankenhäuser und Kinderhorte usw. zu zeigen. Zunächst war man völlig perplex und sagte mir, daß man es gar nicht verstünde, daß ich als Kommunist privat hierherreise und als einzelner komme, um sich die Dinge in der DDR zeigen zu lassen. Man sei darauf nicht eingerichtet, und normalerweise laufe das mit den DKP-Delegationen und der SDAJ. Man hat mich dann von einer Stelle zur anderen geschickt. Schließlich landete ich bei der FDJ. Man hatte gehört, daß ich aus Bayern sei. Zu dieser Zeit war Olympiade. Man entwickelte großes Interesse an mir. Ich sollte erst später begreifen, warum. Olympiade und deutsch-sowjetischer Vertrag sowie Jugendweihe waren die Hauptpunkte zu dieser Zeit. Der FDJ-Genosse tat sehr jovial und sagte mir zu, daß man mir alles zeigen werde. Man schlug vor, daß ich am gleichen Abend bei einer FDJ-Jugendgruppe über den Vertrag mitdiskutieren solle. Allerdings wurde ich gleich darauf hingewiesen, daß ich nichts Negatives über den Vertrag sagen dürfe. Man lächelte verlegen: "Genosse, Du verstehst doch?" Ich hatte verstanden. Allerdings etwas anderes als diese Herren. Aus der Diskussion wurde nichts. Das war das erste. Das zweite war, daß ich am nächsten Tag einen SED-Jugendsekretär zugestellt bekam. Ich will seinen Namen nicht nennen, weil ich ihm unter Umständen größte Schwierigkeiten bereiten kann. Ich habe ihn in der Zeit gut kennengelernt, und er hat mich gebeten, wenn ich einmal in der BRD über diese Sachen jemandem etwas erzählen sollte, solle ich ihn aus dem Spiel lassen. Nennen wir ihn den Genossen G. (...)
Zunächst fuhr Genosse G. mit mir in der Gegend herum. Wie sich später herausstellte, war man an München interessiert und wollte hören, was da so für ein Bayer gekommen war. Mit dem Genossen G. kam ich sehr schnell in guten Kontakt. Er war ein Arbeiter, der frisch aufgestiegen war. Er sah noch die Probleme des Proletariats. Wir diskutierten viel, bis wir schließlich bei Revolution und Volksrepublik China angekommen waren. Genosse G. war sehr interessiert, weil er wenig Kenntnis über die Theorie des Marxismus-Leninismus hatte und von China überhaupt keine Ahnung, sondern nur ungeheuren Blödsinn aus den Richtlinien der SED. Wir kamen uns bald so nahe, daß er mir Hinweise gab, nicht so offen über Revolution und ähnliches zu sprechen, da ein hoher Funktionär des SD aus Berlin kommen werde, um mit mir zu sprechen. Außerdem wies er darauf hin, daß Agitation für Revolution ganz allgemein und für Verhältnisse wie in China eine gefährliche Sache sei. Es gebe darauf Gefängnis. Für die Sache mit der Revolution den Volksverhetzungsparagraphen und mit China den Kriegshetzeparagraphen.
Dann kamen die Herren aus Ostberlin. Und wir fuhren tagelang in der Gegend umher. Von einem Restaurant ins andere. Mir hat das langsam gewaltig gestunken. Von zu Hause hörte ich jeden Tag immer schlimmeres über die Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Läden. Ich fuhr jeden Tag mit einem Rudel Funktionäre in der Gegend herum, wo ungeheuer viel Geld für Essen und Trinken draufgegangen ist. Als Funktionär ist man ehrlich der gemachte Mann. Überlege, Genosse W.O., da kommt einer aus Westdeutschland. Und drei Funktionäre haben nichts anderes zu tun, als zwei Wochen lang mit ihm von Kneipe zu Kneipe zu ziehen, und zwar möglichst Interhotels, wo kein DDR-Arbeiter überhaupt reindarf.
Also gezeigt hat man mir in dieser Zeit überhaupt nichts. Im Gegenteil, man hat mich regelrecht davon abgehalten, weil man mitbekommen hat, der Kerl kennt sich aus. Für die muß die Sache so gewesen sein: Also da ist ein Kommunist, der sich nicht so einfach beschwatzen läßt. Aber der ist ein bisserl naiv. Also zerstören wir ihm seine Illusionen nicht und schauen, was er mit sich anfangen läßt.

Was willst Du in den Fabriken, sagten sie mir

Als ich immer wieder gefragt habe, ob wir heute nicht mal dorthin oder dahin fahren können, hat man mich erst vertröstet und später gesagt: Was willst Du in der Fabrik? Da gibt's doch nichts zu sehen. Das ist genauso wie bei Euch im Westen. Ich darauf: Nun, die Produktionsbedingungen in der DDR, wenn sie ein sozialistisches Land ist, werden doch wohl etwas anders ausschauen als in der BRD. – Man redete lang um den Brei herum und meinte dann, die Sicherheitsbedingungen ließen das nicht zu, außerdem könne man den Unterricht nicht stören in Schulen; LPGs seien auch nichts Interessantes usw. Ich war zwar der Meinung, daß es trotz Sicherheitsbedingungen gegangen wäre, daß man es hätte so machen können, daß kein Schüler gestört worden wäre, und LPGs wären für mich sehr interessant. Aber je mehr die Sache abgewiegelt wurde und je mehr man über München sprach und daß der BRD-Verfassungsschutz was vorhabe, DDR-Sportler abzuwerben, und man gern wüßte, was er vorhat, desto mehr hat's bei mir gedämmert. Meine Verwandten haben während der ganzen Zeit abends schon immer auf mich eingeredet, daß es kein Zufall sein könnte, wenn extra einer aus Berlin geholt werde, und daß ich ja mein Maul halten solle, ich würde alle ins Unglück stürzen, wenn ich mit meinen Ansichten nicht hinterm Berg halten würde.

Kurzum, Genosse W.O.: Mein Versuch, die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes in der DDR auf offizieller Ebene vom kommunistischen Standpunkt her zu untersuchen und dies nicht auf eigene Faust, sondern mit Hilfe der SED, wurde ganz schön abgewimmelt. Die Sache endete so, daß man mich als Spitzel anwerben wollte.
Und weißt Du, Genosse, wie mir das von hohen SED-Mitgliedern erklärt wurde: Erst einmal hat der Bursche aus Berlin eine interessante Version des Marxismus-Leninismus auf den Tisch gelegt. Revolutionen bezeichnete er als weithin unnötig. Zu Marx und Engels Zeiten wäre das mit Revolutionen und Barrikaden wohl noch etwas gewesen, aber heute machen wir die Sache doch ganz anders. Er hat dann zuerst Lenins Imperialismustheorie verdreht, dahin, daß Lenin gesagt habe, der Imperialismus werde nicht von den von ihm unterdrückten Völkern niedergerungen, sondern im Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgestochen. Ich habe damals nur noch mit den Ohren so gewackelt. Ich glaubte nicht richtig zu hören. Aber wie sieht der Wettbewerb nun aus? Also: Die Herren der SED gingen davon aus – man höre und staune – , daß die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Länder besser sei als die ihre. Um den Westen nun ausstechen zu können, brauche man zuverlässige Leute dort im Staatsapparat, die einem rechtzeitig mitteilten, wann wo etwas investiert werden soll. Und so könne die DDR dann zum Beispiel der BRD zuvorkommen. Alles in allem: Der Kapitalismus wird durch Agenten unterwandert und ausgehöhlt, bis er irgendwann einmal daran physisch zugrunde geht. Genosse W.O., bitte glaube nicht, ich würde Dir Märchen erzählen. Es ist so gewesen. Und ich weiß, daß es schwer ist, so etwas zu glauben, wenn man die Sprüche im 'Neuen Deutschland' oder sonstwo liest.

Zum Schluß will ich Dir noch sagen, daß das, was der Genosse Willfried an Dich geschrieben hat, eine Zusammenfassung der Verhältnisse ist, die die Dinge wirklich haargenau trifft. Und es ist auch so, wie Genosse Willfried das entwickelt hat, daß es nur den Weg gibt, daß die DDR-Arbeiter sich lösen von dem Irrglauben, daß das, was in der DDR läuft, Sozialismus ist, daß sie sich den Marxismus-Leninismus selber aneignen und sich eine Klassenkampforganisation schaffen, die den illegalen Kampf organisiert und die Massen zusammenfaßt. Es gibt sicher viele in der DDR die nicht zurück zum alten Kapitalismus wollen, aber mit dem gegenwärtigen sich nicht abfinden können und weiter wollen. Aber sie leben in Angst. Ich habe nicht selten Zustimmung unter Arbeitern der DDR gefunden, dahin, daß die Arbeiterklasse den SED-Staat zerschlagen muß und die Macht sich revolutionär aneignen muß. Aber man hat mir die Bedingungen geschildert: das stehende Heer, die Polizei, den Sicherheitsdienst, den Direktor im Betrieb, die Spitzel im Betrieb usw. Weißt Du, mein Cousin, der Zementarbeiter, ist nicht aufs Maul gefallen und ist ein mutiger Mann. Aber er hat mir erzählt, daß er einmal bloß Kritik an der Anordnung der Maschinen geübt hat in einer Belegschaftsversammlung. Danach ist er zum Direktor gerufen worden. Man hat ihn zur Sau gemacht und ihn in der Lohnskala runtergestuft und die Prämien gestrichen, die er sich rechtmäßig erarbeitet hatte. Er hat sich dadurch nicht unterkriegen lassen. Er hat mir das nur erzählt, um alle Illusionen über eine Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse auf ihre realen Bedingungen herunterzubringen.

Es ist nicht gut, einzelne "Errungenschaften" herauszuklamüsern, um damit die Verhältnisse in der DDR zu beschönigen

Es war für mich ein ungeheurer Auftrieb, in der KVZ zu lesen, daß es die ersten gewagt haben, offen vom Standpunkt des Proletariats und nicht irgendeines enttäuschten Kleinbürgers die DDR zu kritisieren und die proletarische Revolution für die DDR zu propagieren. Das setzt Zeichen, Genosse W.O., daß die Arbeiterklasse in der DDR die längste Zeit den Buckel krumm gemacht hat. Und noch etwas, Genosse: Es ist wirklich nicht gut, ein paar scheinbar gute Sachen in der DDR herauszuklamüsern, um damit diese Verhältnisse zu beschönigen. Erstens könnte ich Dir einiges wenig Ermutigende über diese sogenannten "Errungenschaften" in der DDR erzählen. Aber der Brief ist eh schon furchtbar lang. Zweitens hat der Genosse Willfried recht, wenn er schreibt, daß man an einigen sozialen Errungenschaften nichts am Charakter der Gesellschaftsordnung erkennen kann. Und drittens füge ich hinzu, daß eine solche Verteidigung der DDR durch einen Kommunisten nur verstärkt, was bei der breiten Masse in der DDR immer noch in den Köpfen herumspukt, daß nämlich immer noch viele glauben, der Kommunismus sei eben so und nicht anders. Was die DDR betrifft, kann man einfach nicht von einigen Fehlern und Schwierigkeiten sprechen. Die Arbeiterklasse ist dort ein Ausbeutungsobjekt, jeglicher Rechte beraubt, die es ihr erlauben würden, auch nur ein Quentchen Macht zu übernehmen.

Genosse W.O., ich würde mich freuen, wenn Du mir schreibst. Ich bin gerne bereit, Dir Fragen zu beantworten, die diese oder jene Sache betreffen, die in einem solchen Brief nur gestreift werden kann. Das, was der Genosse Willfried geschrieben hat, ist Wort für Wort mit konkreten Beispielen belegbar.
Mit kommunistischem Gruß G.M.

(Einige Personen- und einige Ortsnamen in diesem Artikel wurden verändert.)

"... ich wünsche ... dem KBW viel Erfolg!"

Der Bauer arbeitet für einen Hungerlohn und der Verbraucher wird geschröpft! Das ist die Wahrheit über die "erfolgreiche" Ernährungspolitik des FDP-Ministers Ertl.

Ich habe mich in letzter Zeit etwas mit der Politik unserer derzeitigen Regierung beschäftigt und möchte Euch bitten, meine Ergebnisse vielleicht in einem Leserbrief zu veröffentlichen. Ich bin selbst Landwirt und bewirtschafte mit knapper Not noch einen Hof in der Lüneburger Heide.

Während unsere Bauern gegenwärtig auf Schweinen, Kälbern und Rindern sitzenbleiben und diese – wenn überhaupt – zu Preisen verschleudern müssen, die auf dem Stande von 1954 liegen (z. B. 1,08 DM für das Kilogramm Schwein!), ist das Fleisch im Einzelhandel so teuer wie nie zuvor. Der Bauer als Erzeuger wird also um seinen Lohn betrogen und die Hausfrau als Verbraucherin kann ihrer Familie kaum noch Fleisch auf den Tisch bringen, weil die Preise unbezahlbar geworden sind.

Man hätte erwarten können, daß eine SPD/FDP-Regierung, die sich bekanntlich sozial-liberal nennt, durch eine soziale Marktordnung den Bauern dazu verhilft, wenigstens kostendeckende Erträge zu erzielen und der breiten Masse der Verbraucher die Möglichkeit eröffnet, endlich mal wieder zu tragbaren Preisen Fleisch auf den Tisch zu bringen. Statt dessen wird zur Zeit von der Regierung angeblich unverkäufliches Rindfleisch eingelagert, wofür der Steuerzahler Millionen aufbringen muß. So bleibt das Rindfleischangebot weiterhin knapp und unerschwinglich, während andererseits über die Steuerkassen die Kühlhauseinlagerung bezahlt werden muß. Das kostet täglich eine Million DM. Der Rindfleischberg wächst so von Tag zu Tag, so daß die Kühlhauskapazität bald nicht mehr ausreicht. Um aber hier wieder Luft zu schaffen, wird eingelagertes Büchsenfleisch stoßweise auf den Markt gebracht, was mit 1,75 bis 1,85 DM für 400 g auch nicht gerade als billig angesehen werden kann.

Jetzt ist diese famose sozialliberale Regierung auf die Idee gekommen, überschüssiges Rindfleisch verbilligt an Krankenhäuser und Altenheime abzugeben. Dagegen ist nichts einzuwenden, nur muß sich Landwirtschaftsminister Ertl (FDP) die Frage gefallen lassen, warum denn dieser kostspielige Umweg gewählt wird.

Wäre es nicht richtiger, der Landwirtschaft als Erzeugerin zu kostengerechtem Preis die Fleischberge abzunehmen und ohne den Umweg über Kühlhäuser mit horrenden Lagerkosten wiederum zu einem sozial gerechten Preis auf den Markt zu bringen?

Wir können also von einer solchen Regierung nichts für eine materielle Besserstellung unserer Lebenslage erwarten. Der Wähler sollte sich bei den kommenden Wahlen (z. B. jetzt in Hessen) dieser Leute erinnern, die eine so schlechte Politik machen. Er sollte ihnen endlich mal einen Denkzettel verpassen, wie sie ihn verdienen. Ich wünsche dem KBW, dessen Zeitung ich jetzt regelmäßig lesen werde, viel Erfolg bei den Wahlen in Hessen.

–E.R., Langenhorn–

Sich in der Krise zusammenschliessen!

In Hessen steigt die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter weiter an

Im September ist die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter weiter gestiegen.

Das ist auch in Hessen so. Trotz steigender Arbeitslosigkeit gibt es natürlich immer noch sehr viele, die Arbeit haben. Sollen die jetzt zurückstecken, weil es ihnen 1. besser geht als denen, die keine Arbeit haben, 2. die, stecken sie nicht zurück, sehr schnell gegen die ausgetauscht werden können, die keine Arbeit haben?

Am konkreten Beispiel sieht das so aus: Merck und Röhm sind die größten Darmstädter Chemiebetriebe. Bei Röhm wird mit 1 100 Mann kurzgearbeitet. Bei Merck ist im ersten Halbjahr 1974 der Umsatz um 24 % gestiegen. Die Belegschaft hingegen hat sich lediglich um 2 % erweitert. Zeitweise stieg die Unfallrate in den Produktionsbetrieben um über 10 % an.

In dieser Situation teilen die Merck-Kapitalisten den Kollegen mit, daß die Arbeitsmarktlage sich für die Firma günstig entwickelt habe. Damit meinen sie die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter, die sie jetzt je nach Bedarf einstellen können. Was haben die Kollegen von Röhm und Merck davon, wenn sie jetzt auf Forderungen verzichten?

Sicherlich werden sie davon wenig haben. Keineswegs wird das für die Kapitalisten Anlaß dafür sein, Entlassungen zu vermeiden oder die Arbeitshetze zu senken. Im Gegenteil, an einem anderen Beispiel kann man sehen, wie die Kapitalisten die momentane Situation auszunutzen verstehen:

Die Firma Schenck in Darmstadt (Maschinenfabrik) ist auf Jahre hinaus mit Aufträgen eingedeckt. In vielen Bereichen werden Überstunden gearbeitet. Nun hat letzte Woche die Geschäftsleitung für eine Abteilung mit 95 Kollegen Kurzarbeit angemeldet. Begründung: Zulieferschwierigkeiten, d. h., für die Kollegen ist zur Zeit wenig Material da, sie können vielleicht nicht 8 Stunden voll durcharbeiten.

In normalen Zeiten wäre es ziemlich undenkbar, einfach Kurzarbeit anzumelden. In der jetzigen Lage, wo in sehr vielen Betrieben kurz gearbeitet wird, ist dies auch in solchen möglich, wo's eigentlich gar nicht nötig ist. Für die betroffenen Kollegen bedeutet die Kurzarbeit Lohnverlust, für die Firmenleitung bedeutet das einfach Kosteneinsparen.

Die Kapitalisten hätten sicherlich sehr viel weniger Lust, Kurzarbeit anzumelden, wenn sie den Kollegen auch dann den Lohn weiterzahlen müßten, wenn diese nur drei Tage in der Woche arbeiten können.

Auch gelingt es ihnen nicht, die Arbeitslosen gegen die auszuspielen, die Arbeit haben, wenn die Arbeiter die Forderung nach 80 %igem Arbeitslosengeld durchgesetzt haben. Noch dümmer stehen sie da, wenn die Arbeiter aller Betriebe in den anstehenden Tarifrunden sagen: Die Krise, das ist eure Sache. Sie ist nur insofern unsere Sache, als wir uns in solchen Zeiten noch fester zusammenschließen müssen, um uns das zu holen, was wir brauchen.

In den Diskussionen stellen wir fest: Manche Leute zweifeln, ob diese Ziele zu erreichen sind, aber daß darum gekämpft werden muß, finden fast alle richtig.

Anette Moenich, Darmstadt
Landtagskandidatin im Wahlkreis 49

Eine Antwort wissen die bürgerlichen Parteien allesamt nicht

Den bürgerlichen Parteien ist der Zustand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bekannt. Sie wissen auch, wie die Kapitalisten dies ausnützen. Trotzdem äußern sie sich dazu nicht konkret. Erstens deshalb, weil die Leute sie schon gar nicht mehr fragen. Zweitens deshalb, weil sie – würde man sie fragen – keine Antwort wüßten.

In Darmstadt stehen im Zentrum seit einigen Tagen Wahlkampfstände bzw. -wagen der SPD, der FDP und der CDU. Fast den ganzen Tag über schallt aus den Lautsprechern Bierzelt- und Pop-Musik. Die CDU ist diejenige der bürgerlichen Parteien, die die Arbeitslosigkeit ausnützt und sie daher benennt: "Hessen vorn, so heißt es in der Regierungspropaganda; mit der Arbeitslosigkeit liegt Hessen auch bald vorn. Darum braucht Hessen eine neue Regierung. Denken Sie an die Zukunft Ihrer Kinder, geben Sie der CDU Ihre Stimme!" Und dann kommt wieder Musik.

Die SPD erwähnt die steigende Arbeitslosigkeit gar nicht. Damit sie nicht in Verlegenheit kommt, etwas dazu sagen zu müssen, hat sie Sprechplatten aufgelegt: "Bildung ist für alle da, deshalb SPD." Fragen hat keinen Sinn. Mit dem gleichen Erfolg könnte man dem automatischen Fernsprechansage-Dienst Fragen stellen. Die FDP schließlich bringt fast nur Musik.

Eine Genossin stellte heute beim Verkauf der KVZ und der Broschüren fest, daß die Leute gegen Geld nur noch kommunistisches Material nehmen. Und diskutieren tun sie auch fast nur mit uns.

Victor Pfaff

Victor Pfaff, Landtagskandidat in Darmstadt, wurde vom Landeswahlausschuß von der Landesliste des KBW in Hessen gestrichen, obwohl er seit langem in Darmstadt wohnt und arbeitet. Der Landeswahlausschuß strich ihn mit der Begründung, daß er nur seinen Nebenwohnsitz in Hessen hat.

ganda; mit der Arbeitslosigkeit liegt Hessen auch bald vorn. Darum

braucht Hessen eine neue Regierung. Denken Sie an die Zukunft Ihrer Kinder, geben Sie der CDU Ihre Stimme!" Und dann kommt wieder Mu-

KBW in Hessen gestrichen, obwohl er seit langem in Darmstadt wohnt und arbeitet. Der Landeswahlausschuß strich ihn mit der Begründung, daß er nur seinen Nebenwohnsitz in Hessen hat.

Die Firma Schenck in Darmstadt (Maschinenfabrik) ist auf Jahre hinaus mit Aufträgen eingedeckt. In vielen Bereichen werden Überstunden gearbeitet. Nun hat letzte Woche die Geschäftsleitung für eine Abteilung

Aktionswoche gegen die Schulmisere

Aktionswoche gegen die Schulmisere

Am 25.9. haben Schülervertreter von etwa 30 Frankfurter Schulen beschlossen, direkt vor den Landtagswahlen eine Aktionswoche gegen die Bildungsmisere durchzuführen.

Die Initiative dazu war ausgegangen von einer Vollversammlung der Ernst-Reuter-Gesamtschule. Diese Initiative hat breite Unterstützung gefunden. Neben zahlreichen Schülervertretungen sprach sich auch der Gesamtelternbeirat der Ernst-Reuter-Gesamtschule dafür aus. Solidaritätsresolutionen wurden verabschiedet auf einer Mitgliederversammlung der GEW und einer öffentlichen Versammlung von Eltern, Schülern und Lehrern, die von der Stadtteilgruppe Nordend/Bornheim der GEW durchgeführt wurde.

Schon vor den Herbstferien wurde der Aufruf verabschiedet von der Vollversammlung der Gesamtschule Bockenheim-Süd und des Abendgymnasiums sowie der Schülervertretung Brüder-Grimm-Realschule und des Herder-Gymnasiums. An zahlreichen anderen Schulen wird der Aufruf diskutiert und Anfang der Woche auf Vollversammlungen der Schülervertretungssitzungen zur Abstimmung gestellt.

Am 26.10. soll die Aktionswoche in einer Demonstration zusammengefaßt und zugespitzt werden.

Aufruf an alle Frankfurter Schüler zur Durchführung einer Aktionswoche gegen die Schulmisere

Mit Beginn des neuen Schuljahres hat sich deutlich gezeigt: die Lage an den Frankfurter Schulen ist elend und sie hat sich nicht verbessert, sondern ist noch schlechter geworden.

Größer geworden ist der Lehrermangel. Für die Grund-, Haupt- und Realschulen hat das Schulamt mitgeteilt, daß die Planstellen um 25 % gekürzt worden sind. Allein in Frankfurt fehlen mehr als 400 Lehrer. In Hessen sind nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 4.300 Lehrer zu wenig da. An vielen Schulen fällt deshalb bis zu einem Viertel des notwendigen Unterrichts aus, wie z. B. an der Brüder-Grimm-Schule in Bornheim. Gleichzeitig sind die Klassen überfüllt. So ist es keine Seltenheit, daß bis zu 40 Schüler in eine Klasse gezwängt werden.

Schlecht ist die Lage an allen Frankfurter Schulen. Besonders betroffen von der Schulmisere sind aber die Grund-, Haupt-, Real- und Berufsschüler. An den Berufsschulen hat sich die Zahl der Wochenstunden nicht erhöht. An der Werner von Siemens-Schule z. B. erhalten viele Klassen nur 6 Stunden Unterricht. Nötig wären dagegen mindestens 12 Stunden Berufschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen. Außerdem finden immer mehr Jugendliche nach ihrer Schulausbildung keinen Arbeitsplatz mehr. In Hessen fehlen im Herbst mindestens 20.000 Lehrstellen. Mehr als ein Viertel der Arbeitslosen sind jünger als 25 Jahre.

Gleichzeitig soll für die Oberschüler der freie Zugang zur Hochschule beseitigt werden. Die geplante Oberstufenreform und der Numerus Clausus sind die Mittel, um die Auslese zu verstärken und den Oberschülern die Möglichkeit zu nehmen, entsprechend ihrem eigenen Wunsch, ein Studienfach zu wählen.

Gegen diese Zustände im Bildungswesen hat sich der Widerstand der Schüler, Eltern und Lehrer entwickelt. An vielen Schulen findet ein Kleinkrieg für notwendige Verbesserungen statt. Schon vor zwei Jahren haben die Frankfurter Oberschüler gegen den Numerus Clausus gestreikt und demonstriert. Nichts hat die Landesregierung getan, um die elenden Zustände an den Schulen wirklich zu verbessern. Viel unternimmt sie dagegen, um den gerechten Protest gegen diese Zustände zu ersticken. Wandzeitungen der Schüler werden verboten. Schülerzeitungen und das "Schwarze Brett" unterliegen einer kleinlichen Zensur von Seiten der Schulbürokratie. Fortschrittliche Lehrer, die sich für die Interessen der Schüler und Eltern einsetzen, werden bespitzelt und mit dem Berufsverbot bedroht. Anstatt den Lehrermangel zu beseitigen, sollen unliebsame Kritiker beseitigt werden.

Gegen diese Bildungspolitik der hessischen Landesregierung, die voll und ganz auch von der CDU vertreten wird, müssen wir Schüler zusammen mit unseren Eltern und Lehrern kämpfen. Jetzt vor den Wahlen bietet sich uns die Möglichkeit, unsere Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen und verstärkten Druck auszuüben zu ihrer Durchsetzung. Die Schülervertretungen, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, fordern daher alle Frankfurter Schüler auf, sich in der Zeit zwischen dem 21. und 26.Oktober aktiv an einer "Aktionswoche gegen die Bildungsmisere" zu beteiligen. An möglichst vielen Schulen sollen Vollversammlungen stattfinden, auf denen über die Forderungen der Schüler beraten und beschlossen wird. Für die Absprache der Aktionen der einzelnen Schulen untereinander wird ein Aktionsausschuß von den Vertretern der Schulen gewählt.

Stimme für den KBW! Für die Arbeiterklasse - Gegen die Ausbeuter!

Beitrag des KBW in seiner Wahlsendung am 2.10. im hessischen Fernsehprogramm

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
der Kommunistische Bund Westdeutschland beteiligt sich an den hessischen Landtagswahlen.

Deshalb haben wir Gelegenheit, uns über das Fernsehen an die hessischen Arbeiter, Angestellten und Bauern, an die hessischen Intellektuellen, Studenten und Schüler zu wenden.

Allerdings gibt uns das Fernsehen nur einmal vier Minuten Zeit.

Wer ist der Kommunistische Bund Westdeutschland?

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist ein Zusammenschluß von Revolutionären aus allen Teilen des Volkes.

Seine Mitglieder sind Arbeiter, vor allem junge Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes gestellt haben. Seine Leitung besteht in der Mehrzahl aus Arbeitern und zwar aus Arbeitern, die Tag für Tag im Betrieb stehen. Diese Leitung ist demokratisch gewählt und jederzeit abwählbar.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist eine junge Organisation, aber er setzt die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung fort.

Wir Kommunisten sind Teil der Arbeiterbewegung und Teil der revolutionären Bewegung im Volk. In dieser Bewegung vertreten wir die Ziele: Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, Aufbau einer neuen Gesellschaft, der sozialistischen Gesellschaft. Diese Ziele können nicht durch eine Handvoll Menschen verwirklicht werden, sondern nur durch die gemeinsame Anstrengung von Millionen von Arbeitern, die das Volk auf diesen Weg führen. Heute sind wir erst dabei, die Kräfte zu sammeln. Sicher ist, daß die Arbeiterklasse diese Ziele erreichen wird. Denn diese Ziele sind keine ausgedachten Hirngespinste. Sie ergeben sich direkt aus der Kritik der herrschenden Verhältnisse.

Diese Verhältnisse richten sich gegen die Arbeiterklasse und alle, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben. Sie beruhen auf dem Privateigentum an den Fabriken und Maschinen, sie bedeuten Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten. Sie führen zu Krisen und zur Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes, wer immer regiert. Die Krise von 1966/67 wurde auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen, die heutige Krise soll auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden. Damals regierte in Bonn die CDU, heute regiert dort die SPD/FDP.

In Baden-Württemberg, wo ich herkomme, gibt es genauso Arbeitslosigkeit wie in Hessen. Dort regiert die CDU. Egal wer von den bürgerlichen Parteien regiert, die Fabriken gehören den Kapitalisten und die Arbeiter müssen dort für den Profit der Kapitalisten arbeiten.

Will sich die Arbeiterklasse befreien und will sie ihre Lage entscheidend verbessern, dann muß sie diese Verhältnisse ändern.

Wir Kommunisten sind radikal. Das ist vollkommen richtig. Wir wollen die Wurzel der Übel, das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Vier Minuten sind wenig.

Die kurze Sendezeit kann uns aber nicht daran hindern, daß wir am Arbeitsplatz, in den Fabriken und Büros unsere Auffassungen darlegen, daß wir in Versammlungen, auf der Straße und auf den öffentlichen Plätzen sagen, was wir denken.

Zu den hessischen Landtagswahlen haben wir bisher vier Broschüren herausgegeben. Wir geben alle vierzehn Tage die Kommunistische Volkszeitung in 54 000 Exemplaren heraus. Lesen Sie unsere Broschüren zu den hessischen Landtagswahlen!

Lesen Sie die Kommunistische Volkszeitung!

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme gegen die herrschenden Ausbeuter!

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für die Arbeiterklasse und für den Sozialismus!

Joscha Schmierer,
Sekretär des ZK des KBW

Die Zeit nutzen

Am Mittwochabend, 2.10., waren wir in einer Gaststätte, um die Rede des Sekretärs des ZK des KBW, Joscha Schmierer, zum Landtagswahlkampf in Hessen am Fernsehen zu verfolgen. Die Zeit vor der Sendung nutzten wir zum KVZ-Verkauf, was nur einmal klappte.

Obwohl zuerst nur wir an der Sendung interessiert waren, sammelten sich in ihrem Verlauf die Leute vor dem Fernseher. Anschließend entstand eine lebhafte Debatte über das Vorgetragene. Sehr viele wollten eine KVZ oder eine unserer Broschüren über die Zustände in Hessen kaufen. Den ganzen Abend über liefen Gespräche, über unser Verhältnis zur DDR, über Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus usw. Das zeigt, daß oft nur ein Anstoß da sein muß, um die Unzufriedenheit unter den Massen und ihr Interesse an einer Alternative hervorkommen zu lassen.

–J.U., Kassel

Der KBW hat nach dem Fernsehen jetzt einen Sendetermin im hessischen Rundfunk erhalten. Der Beitrag des KBW zu den hessischen Landtagswahlen wird am 21.10. um 18.30 Uhr im hessischen Rundfunk I gesendet.

Alle schickten uns fort

"Wir protestieren, wir protestieren, Ho, Ha, Ho!"

Für die Klasse 4 b der Schwarzburgschule, einer Grundschule in Frankfurt, fiel fast meist der Unterricht aus. Die 33 Kinder dieser Klasse taten sich zusammen und beschlossen, daß dieser Zustand geändert werden müsse. Sie diskutierten mit ihrer Lehrerin, dem Rektor und dem Schulrat. Ihre Erfahrung: "Doch alle schickten uns fort". Was sie dann unternahmen, schildert die folgende Korrespondenz:

Jetzt hat's uns gestunken. Wir verabredeten uns und trafen uns noch einmal auf einem leeren Platz und wir planten nach langer Diskussion eine Demonstration. Wir planten auch, wie alles voran gehen sollte. Am anderen Morgen, als wir eine Stunde Unterricht hatten, kamen alle mit Plakaten und Fahnen an. Alle waren aufgeregt. Manche fingen schon an, an Kinder in der Schule und an Erwachsene auf der Straße Flugblätter zu verteilen, auf denen stand kurz gefaßt: Uns reicht's jetzt. Wir wollen etwas gegen den Unterrichtsausfall tun, wir demonstrieren usw.
Wir forderten Kinder von der Schule auf, mitzudemonstrieren. Manche taten es auch. Dann ging's los. Wir sangen mit den Sätzen:
"Wir protestieren, wir protestieren, ho ha ho!"
Wir gingen ins Klassenzimmer. Wir klebten überall Plakate hin. Zuerst legten wir alles unter den Tisch, nur die Plakate an der Wand sah man. Doch da kam Frau U.H., unsere Klassenlehrerin. Alle Plakate sind hochgerissen und wir fingen an zu schreien: Wir protestieren, wir protestieren, ho ha ho! Die Lehrerin fing an zu schimpfen, doch wir machten weiter. Bis sie sagte, seid bitte mal still. Okay, antworteten wir, und wir hörten ihr aufmerksam zu. Doch da kam's: "Ich kann doch ..." – wir fingen wieder an.
Es gab wegen uns dann eine Konferenz. Eltern wurden benachrichtigt, doch fast alle legten den Hörer wieder auf und gaben den Kindern recht. Alles ging eine Woche lang, wir gaben nicht auf. Bis eines Morgens der Rektor ins Klassenzimmer kam und sagte, wir haben alles besprochen, es wird besser werden. Wir stellen noch Lehrer ein, machen nicht so viele Kinder in eine Klasse und es wird besser.
Wir teilten keine Flugblätter mehr aus, der Rektor bat uns darum, und bis heute wissen von dieser Demonstration nur wenig Leute.
Inzwischen bin ich in der Lersner-Schule in der 5. Klasse, und dort fängt das ganze wieder von vorne an wie früher. Die Klassen wurden zusammengelegt, und wir sind jetzt an die 40 Kinder. Für viele Klassen, vor allem in der neunten, der Abschlußklasse, fällt Unterricht aus. Wie in der Schwarzburgschule müssen wir uns auch hier gemeinsam wehren!

–S.M., 11 Jahre–



200 Schüler des Gymnasiums Seesen versammelten sich auf dem Schulhof, um für ihr Recht auf freie politische Betätigung an der Schule einzutreten. Anlaß dazu war die Verurteilung eines ehemaligen Schülers zu 200 DM Geldstrafe oder 8 Tage Haft, weil sich dieser trotz eines angeblichen Hausverbotes auf dem Schulgelände aufgehalten hatte.
Im Prozeß trat der Rektor der Schule, der als einziger etwas von dem Hausverbot wußte, als Kronzeuge der Anklage auf.
Nach der Protestkundgebung im Schulhof versuchte er die Schüler durch Druck davon abzuhalten, weiterhin seine Machenschaften zu entlarven. Ihre Antwort: eine zweite Kundgebung, auf der eine Dokumentation über Rektor Ballof vertrieben wurde.

Die elende Lage im Schulwesen tritt jetzt offen zutage

Das Scheitern der Reformpolitik lässt keine Illusionen mehr zu

Für diese Nummer der KVZ erhielten wir zirka 50 Korrespondenzen und Artikel zum Schulwesen. Im Verhältnis zur eingesandten Zahl der Korrespondenzen können wir nur einen Teil abdrucken, andererseits wird die Redaktion versuchen, möglichst alle zu verwerten. Teilweise wird dies erst in den nächsten Nummern der KVZ möglich sein. An der hohen Zahl der eingesandten Artikel zeigt sich, daß der Beschluß, daß die KVZ Wochenzeitung werden soll, richtig war. Mit der Wochenzeitung wird es auch möglich sein, eine größere Zahl der Korrespondenzen abzudrucken. Nur auf der Grundlage dieser vielen Korrespondenzen kann die KVZ auch eine gute Zeitung werden.
Besonders zu begrüßen sind die vielen Zuschriften aber, weil sie zeigen, daß sich die Lehrer, Eltern und Schüler immer weniger von den bürgerlichen Politikern gängeln lassen, sondern öffentlich die Auseinandersetzung um das Schulwesen aufgenommen haben und führen.

Wie miserabel die Lage im Volksbildungswesen ist, wurde in den letzten Nummern der KVZ an vielen Beispielen dargestellt. In Neunkirchen/Brand (Bayern) "gibt es an der Grund- und Hauptschule in diesem Schuljahr zwei dritte Klassen, von denen die eine 46, die andere 50 Schüler hat" (Korrespondenz der Sympathisantengruppe des KBW, Erlangen). Man nehme die Lage insgesamt, so fehlen rund 375 000 Lehrer, allein an den Grund- und Hauptschulen 173 204.
Was als ein Ziel der Reformpolitik im Bereich der Bildung angepeilt war, kleinere Klassen, ist jetzt wie eine Seifenblase geplatzt, denn eher werden die Klassen jetzt größer als kleiner. Diese miserable Lage zeigt sich noch an vielen anderen Stellen: an der mangelnden Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln und letztlich auch daran, daß die Lernmittelfreiheit in den Bundesländern, wo es sie überhaupt gibt, weitgehend nur auf dem Papier steht. Wie teuer Lernmittel sind, ergibt sich aus einer Korrespondenz der "Initiativgruppe zur Einberufung einer Schulversammlung in Klarenthal". Dort heißt es: "Eine Mutter von 4 schulpflichtigen Kindern errechnete, daß sie bei Schuljahresbeginn 152 DM nur für die notwendigsten Arbeitsmaterialien ihrer Kinder ausgeben mußte." Wo es aber Lernmittelfreiheit gibt, erhalten die Schüler oft alte und vergammelte Bücher.
Keineswegs aber war die Lage im Volksbildungswesen vor ein paar Jahren noch rosiger, vielmehr tritt sie erst heute in aller Schroffheit offen zu Tage. Denn in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise des Kapitalismus wird auch für das Volksbildungswesen kaum mehr das notwendigste Geld ausgegeben. Der Abgesang der Reformpolitik der SPD/FDP-Koalition, der spätestens seit dem Rücktritt Brandts offen vollzogen wird, läßt jetzt keine Illusionen über die Verbesserung des Volksbildungswesens mit Hilfe der bürgerlichen Politiker mehr zu. Daß es sich hierbei auch nicht nur um eine Frage des Geldes handelt, zeigt sich überall dort, wo die Menschen sich nicht mehr auf die Versprechungen der bürgerlichen Politiker verlassen und ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen. Unweigerlich geraten sie dann in Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat, der ihre selbständigen Regungen überall unterdrückt.
Das elementare Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmassen nach Veränderung brachte die SPD/FDP an die Regierung und nicht zuletzt die elenden Verhältnisse im Volksbildungswesen und die Reformversprechen, die die Regierung dazu machte, trugen dazu bei.

Gegenwärtig versucht die Regierung über die durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vorgelegten Zahlen den Eindruck zu erwecken, als herrsche statt der Lehrernot in absehbarer Zeit eine Lehrerschwemme. Dieser Kommission zufolge sollen "schon in 6 Jahren etwa 43 000 bis 68 000 Lehrer überflüssig sein werden, 1985 möglicherweise sogar 198 000 bis 199 000" (Stuttgarter Zeitung vom 9.10.74). Propagandistisch vorbereitet wird hier das Ende der Reform des Volksbildungswesens.
Während in den SPD regierten Ländern die Schulreform dort, wo sie nichts kostet, vorangetrieben wird, mit Rahmenrichtlinien zum Unterricht, hat sich die CDU auf die neue Situation bereits eingestellt.
In einem als vertraulich gekennzeichneten Papier des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein an die Delegierten des Landesfachausschusses Kulturpolitik heißt es: "Die CDU muß ostentativ auch vor der Wahl auf neue Reformen verzichten. Dabei kommt ihr die Reformmüdigkeit der Bevölkerung zugute ..."
Verloren allerdings haben große Bevölkerungsteile das Vertrauen in die Reformpolitik der SPD/FDP, dabei jedoch nicht das Interesse an gesellschaftlicher Veränderung.

Wo die Empörung über die miserable Schulsituation nicht mehr durch Reformversprechen der bürgerlichen Parteien aufgefangen und gelenkt werden kann, da verschafft sie sich auf anderen Wegen freie Luft. Streikdrohungen von Eltern, Schülern und Lehrern drücken dies gegenwärtig drastisch aus.
Eine von den Länderregierungen in Auftrag gegebene Untersuchung ergab für die Lehrer eine durchschnittliche Gesamtarbeitszeit von 45,1 Stunden pro Woche. Weil aber der Lehrermangel auch auf ihrem Rücken ausgetragen wird, geraten viele Lehrer in Empörung. Die Eltern erfahren immer nur, wenn alles schon beschlossen ist, daß eine Schule dichtgemacht und verlegt wird, daß ein Lehrer versetzt wurde oder wieviele Unterrichtsstunden ausfallen.
So erfuhren die Eltern der Rotenberger Schüler (Baden-Württemberg) in der letzten Ferienwoche aus der "Rauenberger Rundschau", daß mit dem neuen Schuljahr die Kinder der 3. und 4.Klasse nicht mehr in Rotenberg unterrichtet werden, sondern, daß sie jetzt täglich nach Rauenberg fahren müssen.
Die Eltern erfahren, daß sie wohl die Steuern zahlen, mit dem dieses Volksbildungswesen finanziert wird, daß sie aber überhaupt keine Möglichkeit haben, über dieses Volksbildungswesen zu bestimmen. Das schürt und entfacht unter ihnen die spontane Rebellion. Genauso ist die Lage bei den Schülern, die gerade im Volksbildungswesen weitgehend entrechtet sind.
Das zeigt anschaulich ein Urteil des Oberlandesgerichts Zweibrücken aus den letzten Tagen, in dem die "körperliche Züchtigung" als "Gewohnheitsrecht" und damit gerechtfertigtes Erziehungsmittel im Volksbildungswesen beurteilt wurde.

Die Lage an der Schule ist aber keineswegs einheitlich miserabel, sondern sie trifft die Arbeiterklasse besonders krass. Dafür ein Beispiel aus Hamburg.
An der Schule Hasselbrook (Hamburg) fehlen seit August 50 Lehrerstunden, insgesamt gibt es dort 18 Klassen. In einer Korrespondenz heißt es dazu: "Die Klassenräume sind bei 32 bis 37 Schülern so eng, daß keiner von hinten nach vorn an die Tafel gehen kann, ohne daß andere aufstehen müssen. Dazu muß ständig bei geschlossenen Fenstern unterrichtet werden, weil direkt an der Schule eine vielbefahrene Straße und die S-Bahn vorbeiführen." Diese Schule liegt im Einzugsgebiet von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten. Ganz anders sieht es aber nur ein paar 100 Meter davon entfernt aus.
"400 Meter von der Schule Hasselbrook entfernt liegt im Eilbektal, einer Villengegend, die Schule Richardstraße. Hier fehlt keine einzige Lehrerstunde. Fachunterricht in Sport, Musik, Physik, Technik und Werken wird zum Teil schon ab der zweiten Klasse von Fachlehrern gegeben. In der Schule gibt es für 12 Klassen 20 Klassenräume. Die überzähligen Räume werden als Film- und Musikraum, Bastelwerkstätten und Gruppenräume benutzt. Die Schule ist eingebettet in Grünanlagen und weitläufig angelegt. Straßenlärm dringt kaum herein."
Man sieht daran, daß sich die Schulsituation für das Bourgeoiskind oft ganz anders darstellt als für das Arbeiterkind. Freilich wird aber auch das Bourgeoiskind in vielen Fällen die elende Lage im Volksbildungswesen miterleben müssen, weil die Grundschule prinzipiell für alle Kinder als einheitliche Verpflichtung gilt.
Wer also verfolgt welche Zwecke in und mit dem Volksbildungswesen?
Die Bourgeoisie will hier den Arbeiternachwuchs schulen und so wenig wie sie dem Arbeiter auch nur eine Mark über den Lohn zahlt, so wenig wird sie das Volksbildungswesen mit mehr als dem Notwendigsten ausstatten. Und in der gegenwärtigen Krise, in der sich der Spielraum für Reformen immer mehr verengt, wird dieses Notwendigste halt immer weniger.

Ganz anders ist aber der Zweck, den die Arbeiterklasse mit dem Volksbildungswesen verfolgt. Hier muß sie sich einen Teil der Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die sie braucht, um ihre soziale Befreiung ins Werk zu setzen, und um dieses Werk nach Eroberung der politischen Macht fortzusetzen.
Dem nützt aber das Volksbildungswesen, der es kontrolliert und die Volksmassen sind dies freilich nicht. Offen und deutlich drückte dies ein höherer Beamter des Oberschulamtes Karlsruhe gegenüber dem entlassenen Lehrer J.Ogrowsky aus: "Schüler und Eltern geht eine Personalangelegenheit nichts an." Ginge es nach diesen Herren, so ginge das Volksbildungswesen die Volksmassen überhaupt nichts an, außer sich dort dem Willen dieser Herren zu unterwerfen.
Deutlicher wird hier das vertrauliche Papier der Schleswig-Holsteinischen CDU: "In der Beförderungspraxis muß sichtbar – und zwar geräuschlos – werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen." An einer anderen Stelle heißt es: "Über die Zusammensetzung aller Reformkommissionen ist sicherzustellen, daß linksideologische Entwürfe gar nicht erst zustandekommen."
Die politische Kontrolle über das Schulwesen, über Eltern, Schüler und Lehrer, ist für die Bourgeoisie bloße Voraussetzung, um ungestört dort ihr Interesse und ihre Meinungen durch die Schulpläne in den Köpfen der Kinder einzupflanzen.
Wie dies funktioniert, erfuhr die Lehrerin H.Schnittker aus Delmenhorst, die im Unterricht u. a. einen Text von Bertolt Brecht verwandte. In einem Leserbrief im Delmenhorster Kreisblatt beschwerte sich darüber ein NPD-Mitglied, und sofort erhielt die Lehrerin einen Brief des Schulrats mit der Aufforderung, zu einem Dienstgespräch "wegen der angeblich einseitigen Tendenz Ihres Unterrichts bei der Behandlung des 17.Junis".
Daß die Bourgeoisie das Volksbildungswesen in Händen hat, drückt sich also dreifach aus: in der miserablen Lage, den Lehrplänen und der Entrechtung und Disziplinierung aller, die dagegen rebellieren. Wie sehr dies auch die Eltern betrifft, zeigte sich z. B. in Heidelberg, wo das Schulamt Maßnahmen gegen mißliebige Eltern erwog (vgl. Heidelberger Tageblatt vom 18.9.74).

Den Schulkampf muß die Arbeiterklasse führen

Die Empörung der Eltern, Lehrer und Schüler über die Zustände im Volksbildungswesen ist gerecht. Aber soll die Empörung zur Veränderung fortschreiten, so braucht sie auch ein Ziel. Dies aber kann bloß sein ein Volksbildungswesen, das durch die Arbeiterklasse und das Volk kontrolliert und nach ihren Bedürfnissen gestaltet wird. Dieses aber ist das Ziel der Arbeiterklasse überhaupt, eine Gesellschaft aufzubauen, die sich an den Bedürfnissen des Volkes ausrichtet. Darum kann auch bloß sie die führende Kraft im Kampf um das Volksbildungswesen sein.
Wie aber sollte die Arbeiterklasse ein Interesse an Lehrern haben, die ihren Kindern den Kopf vernebeln und sie zur Unterwürfigkeit erziehen wollen? Wie sollte das Interesse von Eltern das ihre sein, die die Schulmisere bloß stört, weil sie den sozialen Aufstieg ihrer Kinder gefährdet?
Der Standpunkt der Arbeiter ist der der Wirklichkeit und nicht der der dümmlichen Ideologie, die aus den meisten Schulbüchern schielt. Darum hat die Arbeiterklasse auch ein Interesse daran, daß ihr Standpunkt in den Lehrplänen und in der Unterrichtsgestaltung zur Geltung kommt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Lehrer, reaktionären Lehrinhalten entgegenzutreten und den Jugendlichen Kenntnisse über die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse zu geben. Es ist wichtig, daß Lehrer ihre Unterrichtsgestaltung mit den Eltern diskutieren und daß sie diesen Standpunkt auch gegenüber der Schulbehörde vertreten. Sich auf der Grundlage dieses Interesses an menschenwürdigen Schulverhältnissen, an Lehrplänen, die der Wirklichkeit entsprechen, an einem Volksbildungswesen, das von der Arbeiterklasse und dem Volk kontrolliert wird, zusammenzuschließen, muß das Ziel der Eltern, Lehrer und Schüler sein. das Ziel der Arbeiterklasse und des Volkes.
Aufgabe der Kommunisten ist, der Rebellion gegen das Schulwesen, die sich mit der Krise der Reformbewegung immer schärfer entwickeln wird, diese Richtung zu geben.
Zu groß ist die Gefahr, daß sie sonst unter bürgerlicher Führung und in bürgerlichen Fängen verbleibt.

–e.r.–

Ausschluss verhindert

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes der GEW Delmenhorst verhinderte mit 51 zu 51 Stimmen bei vier Enthaltungen den Ausschluß der Kollegin D.Krüger.
Der Vorstand hatte den Ausschlußantrag damit begründet, daß die Kollegin Krüger die KVZ verkaufe.
Die Mitglieder, die gegen den Ausschluß stimmten, waren aber der Ansicht, daß dies ganz und gar kein Ausschlußgrund sei. In einem Gegenantrag, den zwei Vorstandsmitglieder einbrachten, die gegen den Ausschlußantrag waren, wurde festgestellt, daß sich durch die Mitarbeit der Kollegin Krüger "der AjLE in einen der größten und aktivsten Ausschüsse im Verwaltungsbezirk entwickelt hat".

Presseerklärung

...zu den Versetzungen politisch missliebiger Lehrer

Als anwaltliche Vertreter etlicher Lehrer, die Anfang des Schuljahres 1974/75 ohne nähere Begründung und von einem Tag auf den anderen ohne vorherige Anhörung versetzt worden sind, müssen wir zu den in der Presse der letzten Tage erschienenen offiziellen oder halboffiziellen Äußerungen des Oberschulamtes Karlsruhe oder seines Präsidenten Dr. Unruh Stellung nehmen:
Bemerkenswerterweise geht das Oberschulamt Karlsruhe mit keinem Wort auf die vor allem im Bereich der Grund- und Hauptschulen bestehende Schulmisere ein, durch die der allerbreiteste Teil der Bevölkerung betroffen ist ...
Auch sind diese öffentlichen Rechtfertigungsversuche nicht geeignet nachzuweisen, daß die Versetzungen gerade gegenüber Lehrern vorgenommen worden sind, die die Mißstände im Schulwesen öffentlich kritisiert haben.

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat in der Zwischenzeit in einigen Fällen bestätigt, daß es den Rechtsvorschriften nicht entspricht, Lehrer in solcher Weise herumzuschieben. Wie aber reagiert hierauf das Oberschulamt? Es verfährt ganz nach der Art derjenigen, die sich durch die Hintertür Eintritt verschaffen wollen, nachdem sie schon an der Vordertür abgewiesen worden sind. An der Stelle der offensichtlich rechtswidrigen Versetzung will es sog. Abordnungen durchführen, was auf genau das selbe Ergebnis hinauslaufen soll. Einem Lehrer, seinen Schülern, deren Eltern ist es völlig gleichgültig, ob die Entfernung eines Lehrers von Wiesloch nach Alpirsbach/Schwarzwald oder von Mannheim nach Buchen/Odenwald im Wege der Versetzung oder der Abordnung durchgeführt wird. Immer ist es das gleichbleibende Interesse aller Betroffenen, in dieser Frage, wie in anderen ihre Belange durchzusetzen. Der Lehrer will vor einer Versetzung genauso gehört werden, wie vor einer Abordnung, und diesen Anspruch, der ihm nach den Bestimmungen zusteht, hat das Oberschulamt erneut verletzt.

Die Lehrer, denen das Recht zugesprochen wird, an ihren alten Schulort zurückzukehren, werden dieses Recht auch wahrnehmen. Es ist ausschließlich das Oberschulamt, das das dadurch entstehende Durcheinander an den Schulen in Nordbaden zu verantworten hat. Mit willkürlichen Maßnahmen hat das Oberschulamt versucht, Ruhe zu bekommen an die nordbadischen Schulen, jetzt fällt der Stein, den sie erhoben, auf sie selbst zurück.

Kempf, Rechtsanwalt

In vielen Gegenden Westdeutschlands sind gegenwärtig Kernkraftwerke im Bau oder wird der Bau von Kernkraftwerken geplant. Und wo immer sich gegenwärtig solches ereignet, regt sich Unmut und Widerstand in der Bevölkerung gegen die Kernkraftwerke. Kein Kernkraftwerk können die Kapitalisten mehr bauen, ohne daß sie auf Widerstand stoßen. Daß dies so ist, ist gut, denn es zeigt, daß sich die Menschen nicht mehr einfach den Maßnahmen der Kapitalisten und der Regierung unterwerfen.

Die Kapitalisten und die Regierung versuchen oft diesen Widerstand dadurch zu brechen, daß sie sagen, Kernkraftwerke seien notwendig für den Fortschritt und die Kernkraftgegner "Maschinenstürmer", Menschen, die sich gegen jeden Fortschritt wenden würden.

Dazu ist folgendes zu sagen: Für ihre Profite entwickeln die Kapitalisten die Produktivkräfte allerdings ungeheuer. Nichts davon kommt allerdings der Arbeiterklasse zugute, aus deren Knochen dieser Fortschritt geschunden wird, den sich allein die Kapitalisten aneignen. Wenn die Arbeiterklasse die politische Macht in ihren Händen hat, wird sie diese Produktivkräfte für den Aufbau des Sozialismus soweit gebrauchen, wie sie zum Nutzen der Volksmassen angewandt werden können. Deswegen stellt sich auch die Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht gegen die Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt, wohl aber gegen jede Entwicklung, die mit der Ruinierung ihrer Lebensbedingungen verbunden ist.

Unübersehbar ist aber auch, daß im Kapitalismus die Produktivkräfte nur noch so entwickelt werden können, daß sie mit der Ruinierung und Zerstörung der Lebensbedingungen und Gesundheit der Arbeiterklasse und Volksmassen einhergehen.

Dagegen aber müssen sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen zur Wehr setzen. Das Volk hat selbst das Recht zu bestimmen, unter welchen Bedingungen es leben will und unter welchen nicht.

Der folgende Artikel soll darstellen, daß es sich beim Bau von Kernkraftwerken allerdings um einen "Fortschritt" handelt, der im Kapitalismus nur um den Preis der Ruinierung und Zerstörung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durchgesetzt wird. Darum ist der Kampf gegen diese Kernkraftwerke richtig und gerecht.

— Red —

Kein Bau von Kernkraftwerken gegen die Lebensbedingungen der Bevölkerung

Die BASF will mitten unter 600 000 Menschen ein Kernkraftwerk bauen / Sicherung der Arbeitsplätze ?

Selbst in den USA gilt, daß ein Kernkraftwerk von der nächsten größeren Stadt einen Abstand von mindestens 53 Kilometer besitzen muß. Der BASF-Vorstand will aber ein Kernkraftwerk mitten im Rhein-Neckar-Ballungsraum einrichten lassen. In diesem Ballungsraum leben etwa 600 000 Menschen, die durch das Kernkraftwerk auf dem BASF-Werkgelände in Ludwigshafen aufs äußerste gefährdet werden könnten. Trotzdem sagen viele Kollegen, daß das BASF-Kernkraftwerk notwendig sei, um die Arbeitsplätze von 50 000 Anilinern zu sichern. Welche Risiken birgt das BASF-Kernkraftwerk nun tatsächlich und wem nützt der Bau dieses Kernkraftwerkes?

In den beiden Reaktoren des BASF-Kernkraftwerks werden während des Betriebs 112 000 kg Uranbrennstoff glühen. In den Brennstäben reichern sich während der Betriebszeit stark giftige, radioaktive Spaltprodukte an. Nach einjährigem Betrieb würde das BASF-Kernkraftwerk soviel langlebige Radioaktivität enthalten, wie bei der Explosion von ca. 1 000 Atombomben vom Typ Hiroshima frei werden würde.

Katastrophenpläne gehen Einriegelung der Bevölkerung vor.

"Würden durch einen sehr schweren Schaden an dem geplanten BASF-Kernkraftwerk radioaktive Spaltprodukte in die Luft entweichen, müßten im Umkreis von 13 Kilometer 100 000 Menschen sofort sterben. In den nächsten 20 Jahren nach dieser eventuellen Katastrophe würden zwischen 33 000 und 1,6 Millionen Menschen durch Leukämie und Schilddrüsenkrebs infolge des Unglücks ihr Leben verlieren." (Rheinpfalz, 26.4.74)

Diese Zahlen entstammen einer Studie des Direktors des Instituts für Reaktorsicherheit in Köln.

Nach solch "einem Atomunfall sollen Tausende von Bürgern in verseuchtem Gebiet eingeschlossen werden" (Spiegel, Nr.38/72). Nach geheimgehaltenen Katastrophenplänen werden die Menschen in den verseuchten Stadtteilen von Bundeswehr- und Polizeieinheiten von der Außenwelt abgeriegelt werden (vgl. Badische Zeitung vom 11.9.1972).

Selbst wenn sich solch eine verheerende Katastrophe nicht ereignen sollte, ist es nach Ansicht vieler Wissenschaftler nicht auszuschließen, daß es auch im Normalbetrieb zu einer radioaktiven Gefährdung der Bevölkerung kommen kann: In den USA wurde eine erhöhte Krebsrate in der Umgebung von Kernkraftwerken festgestellt. Zum Beispiel war die Kindersterblichkeit im Gebiet des Kernkraftwerks von Big Rock-Point am Michigan-See "um 49 % höher als im Gesamtdurchschnitt von Michigan, die Häufigkeit von Sterbefällen an Leukämie um 400 % höher, die Häufigkeit angeborener Mißbildungen um 230 % höher" (Naturwissenschaftliche Rundschau, Nr.4/74).

In diesem Zusammenhang kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Prozeßdampf aus dem BASF-Kernkraftwerk und damit die Arbeitsplätze für 50 000 Aniliner radioaktiv verseucht werden könnten.

Noch fast unerforscht sind die sogenannten Summationseffekte. Das heißt, daß die Krebsentstehung durch die Kombination von chemischen Substanzen und radioaktiver Strahlung stärker gefördert wird, als durch einen der beiden Faktoren allein. Bei der jetzt schon kriminellen Luftverschmutzung im Rhein-Neckar-Raum wird man diesen Kombinationswirkungen große Bedeutung beimessen müssen.

Die Abwärme des BASF-Kernkraftwerkes wird durch zwei sogenannte Naßkühltürme abgeführt. "Ein einziger Naßkühlturm verdunstet in jeder Sekunde 664 kg Wasser. Im Jahr sind dies 21 Milliarden kg Wasser je Kühlturm oder der zehnte Teil der Wasserverdunstung des Bodensees" (Badische Zeitung, 21.12.72). Der Diplommeteorologe Dr.H.Rudolff erwartet als Folge der Kühltürme "mehr Nebel, mehr Bewölkung, weniger Sonne, häufigere Niederschläge, häufigere und stärkere Gewitter" (Stuttgarter Zeitung, 4.11.72).

Weiterhin können die Feuchtluftschwaden aus den Kühltürmen in Wechselwirkung mit den tausenden Tonnen schwefeldioxyhaltiger Abgase treten, mit denen die BASF jährlich die Luft verpestet. Dabei wird äußerst gesundheitsschädliche und aggressive schwefelige Säure gebildet.

Selbst der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesforschungsministerium, Dr.Hauff, mußte die Nachteile des Kühlturmbetriebs eingestehen: "Die Größe der Kühltürme, der von ihnen erzeugte Lärm, die Gefahr von Vereisung, Tropfenbildung und Schwaden und dadurch die Störung des Mikroklimas. Hier gingen die Meinungen auseinander, man wisse noch nichts genau und müsse weiter forschen." Diese Aussage ist symptomatisch für die Handlungsweise von Industrie und Behörden:

Jeder weiß, daß man noch nicht genug weiß über die Schädlichkeit von Kernkraftwerken für Gesundheit und Klima – trotzdem werden sie geplant, genehmigt und gebaut.

Denn eines wissen die Manager und Politiker im Dienste des BASF-Kapitals sicher: Dank der Milliarden Subventionen aus Steuergeldern ist die Kernenergie relativ billig. Mit dem Kernkraftwerk sollen 15 % bzw. 10 Mill. DM der jährlichen Energiekosten der BASF eingespart werden (vgl. BASF-Information, Nr.8/73). Mit diesem zusätzlichen Profit und der "billigen" Atomenergie sollen angeblich die Arbeitsplätze der Aniliner gesichert werden.

Zu vermuten ist aber, daß das BASF-Kapital die "billige" Kernenergie zur Rationalisierung des Arbeitsprozesses und damit zum Arbeitsplätzeabbau benutzen wird. Und wenn es in ihre Gewinnstrategie paßt, wird die BASF auch weiterhin die Produktion von einem Land ins andere verlagern, wo die Löhne niedriger und die Profitchancen höher sind. In Wirklichkeit wird von den BASF-Kapitalisten auf die Arbeitsplätze keine Rücksicht genommen. Das wurde nicht zuletzt durch die rigorose Stillegung des Phrix-Chemiewerks seitens der BASF und der ihr verbundenen US-amerikanischen Napalm-Herstellerin Dow Chemical bewiesen, durch die 2 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren.

Das Gerede von der "Sicherung der Arbeitsplätze" ist ein Trick, um den noch schwachen Widerstand gegen den Bau des BASF-Kernkraftwerkes zum Schweigen zu bringen. Der Widerstand muß zum Schweigen gebracht werden, weil der Bau des ersten "stadtnahen" Kernkraftwerks durch die BASF für die Kernindustrie von weltweiter Bedeutung wäre. Um sein Projekt durchzusetzen, hat sich der BASF-Vorstand deshalb der Rückendeckung von Stadtrat und Oberbürgermeister sowie von Landesregierung und Bundespolitikern aller Parteien versichert. Politiker von Helmut Kohl (CDU-Bundesvorsitzender) bis zu Helmut Schmidt übten inzwischen trotz ungeklärter Sicherheitsprobleme Druck auf die Genehmigungsbehörden aus. Würde das BASF-Kernkraftwerk genehmigt, dann hätte die internationale Kernindustrie das langersehnte Paradebeispiel, daß stadtnahe Kernkraftwerke doch möglich sind – keine größere Stadt und kein großes Industriewerk wären dann noch vor dem Bau eines Kernkraftwerks sicher. So befaßten sich in der BRD außer der BASF bereits die Firmen Bayer, Höchst, Hüls sowie das Hüttenwerk Salzgitter mit dem Bau von solchen Kernkraftwerken (vgl. "atomwirtschaft – atomtechnik", Nr.8/69).

In Ludwigshafen stirbt sich's früher!

Trotz der Vorreiterfunktion und der unwägbaren Risiken des BASF-Kernkraftwerks hat vor allem unter der BASF-Belegschaft noch keine breite und aktive Bewegung gegen das Kernkraftwerk eingesetzt. Neben der Drohung mit den Arbeitsplätzen hat das folgenden Grund: Die meisten Aniliner sind tagtäglich der Gefahr ätzender Laugen, giftiger Chemikalien, gesundheitsschädlicher Abgase und krebserregender Lösungsmittel ausgesetzt. Wegen der katastrophalen Luftverschmutzung in Ludwigshafen ist die Kindersterblichkeit in Ludwigshafen am höchsten und die Lebenserwartung am niedrigsten. Der Krankenstand der AOK Ludwigshafen ist einer der höchsten im ganzen Bundesgebiet. Die Krebserkrankungen der Atemwege liegen im Rhein-Neckar-Raum bis zu 81 % über dem Durchschnitt unbelasteter Gebiete.

Viele Aniliner sagen angesichts ohnehin vorhandener tagtäglicher Gefährdung der Gesundheit, daß das BASF-Kernkraftwerk den Kohl auch nicht mehr fett machen würde. Dieser Resignation liegt die oft noch unbewußte Einsicht zugrunde, daß die Zerstörung der Umwelt und der Gesundheit der Menschen im Kapitalismus alltäglich ist und daß der unverantwortliche Bau von Kernkraftwerken in Ballungsräumen nur die Spitze eines Eisbergs darstellt.

Die Ursachen dieser Übel müssen im Verlauf der Bewegung gegen das BASF-Kernkraftwerk aufgedeckt werden. Es muß Rechenschaft und Offenlegung aller Pläne und Gutachten gefordert werden, damit sich die Arbeiterklasse und das Volk mehr Klarheit über das üble Treiben der Bourgeoisie und ihres Staates verschaffen und den Widerstand organisieren kann.

–N.B., Ludwigshafen–

10 000 protestieren



Kalkar. Am 28.9.74 fand in Kalkar am Rhein eine Demonstration von ca. 10 000 Menschen – vornehmlich Holländer – gegen den dort geplanten "schnellen Brüter" statt. Gegenüber der 'normalen' Gefährdung der Umwelt durch herkömmliche Kernkraftwerke kommt bei den sogenannten "schnellen Brütern" noch die Produktion des hochgiftigen und hochradioaktiven Stoffes Plutonium hinzu, das auch für den Bau von Atombomben verwendet werden kann. Dazu kommt die Problematik der Kühlung des Reaktorkerns mit flüssigem Natrium, einem chemisch sehr reaktionsfreudigen Stoff.

Die versammelten Menschen brachten mit Plakaten und Spruchbändern ihre Empörung über die Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch den geplanten "schnellen Brüter" zum Ausdruck. Sie forderten von der niederländischen Regierung, die Beteiligung an diesem deutsch-niederländisch-belgischen Projekt zurückzuziehen und forderten alle Holländer auf, die zu zum Zweck der Finanzierung vorgesehene Sondersteuer, die mit dem Stromrechnungen eingezogen werden soll, zu verweigern.

Die Holländer waren mit Auto- und Motorradkorsos nach Kalkar gekommen. Nach Angaben der Kundgebungsleitung sollen zahlreiche Busse von den westdeutschen Zöllnern mit der Behauptung, der Platz sei überfüllt, abgewiesen worden. Auf westdeutscher Seite war zu der Demonstration nicht aufgerufen worden. Unbedingt muß eine gemeinsame Kampffront zwischen deutschen, niederländischen und belgischen Betroffenen hergestellt werden!

Neue Heimat feiert
Mieter stellen Zahlung ein

" 600 DM Heizkostennachzahlung sind eine Unverschämtheit! "

Bremen. In dem Bremer Stadtteil Huchting rebellieren Mieter immer entschlossener gegen die Ausplünderung durch die "Neue Heimat"

Am 10.10.74 versammelten sich auf dem Marktplatz ca. 40 Mieter, die eine Resolution übergeben wollten, die auf einer Mieterversammlung am Dienstag von über 400 Mietern verabschiedet worden war. Im Rathaus fand nämlich unter Anwesenheit der "Prominenz" aus Bundes- und Landespolitik, sowie Vertretern der Gewerkschaftsspitze ein Festakt zum 50-jährigen Bestehen der sogenannten gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft statt.

In der Resolution sagen die Mieter frei heraus, was von der "Neuen Heimat" zu halten ist. Die "Neue Heimat" vertreibt z. B. alte Leute aus ihren bisherigen Wohnungen im Bremer Ostertor, um dort neue und teure Wohnungen zu bauen, die von den alten Leuten nicht mehr bezahlt werden können. Die "Neue Heimat" nutze ihre engen Verbindungen mit dem Senat nur zum Zwecke, große Staatsaufträge an sich zu reißen, die alle nichts mit dem "Wohle der arbeitenden Bevölkerung" zu tun hätten. Die, die sich gegen die Ausplünderung durch Mieterhöhungen und Heizkosten zur Wehr setzten, versuche sie, durch Drohungen einzuschüchtern. (Die Versammlung war einmütig zu dem Beschluß gekommen, die horrenden Heizkostenzuschlägevorerst nicht zu zahlen.)

Zunächst verteilten die Huchtinger Mieter – unter ihnen zahlreiche Mütter mit ihren kleinen Kindern sowie alte Frauen – die Resolution an die Bevölkerung. Anschließend folgten sie den elegant gekleideten Festaktteilnehmern in den Festsaal des Rathauses. Sofort wurde von Rathausdienern der Eingang zum Saal versperrt. Zwei Vertreter des von den Huchtinger Mietern gewählten Mieterrats wollten die Resolution vortragen und anschließend übergeben. Zwar wurde die Resolution in Empfang genommen, konnte jedoch im Saal nicht verlesen werden, so daß die Mieterratsvertreter sie durch ein Megaphon im Foyer vortrugen. Vorstandsmitglied Braun von der "Neuen Heimat" konnte nur immer wieder die Mieter mit der Bemerkung: "Ihr seid ja dumm!" beleidigen. Die aufgeregte Empfangschefin hatte mittlerweile die Polizei verständigen lassen. Zwei junge Polizisten erschienen zunächst verlegen vor der Saaltür und wußten mit der Situation nichts anzufangen, insbesondere, nachdem eine alte Frau ihnen erklärt hatte, weshalb sie hier war: "600 Mark Heizkostennachzahlung sind wirklich eine Unverschämtheit, ich kann sie einfach nicht bezahlen."

Die Mieter entschlossen sich dann, in die Innenstadt zu gehen, um dort den Menschen mitzuteilen, wie sie behandelt worden waren. An drei Stellen in der Innenstadt trugen die Mieter den Ablauf der Resolutionsübergabe sowie deren Inhalt vor und hielten dabei ihr Schild hoch: "Die 'Neue Heimat' feiert – Huchtinger Mieter fordern: Weg mit den überhöhten Heizkostennachforderungen!"

Viele Leute blieben stehen und stimmten lautstark zu.

–U.B., Bremen–

Das Bleiwerk wird nicht gebaut!

Marcholsheim. Seit über 3 Wochen wird der Bauplatz für ein Bleiwerk der "Chemischen Werke München" (Degussa-Konzern) im elsässischen Marcholsheim von der Bevölkerung aus dem Elsaß und aus Baden besetzt gehalten (vgl. KVZ Nr.21, S.11).

6 000 Menschen haben bisher auf dem Bauplatz durch ihre Unterschrift diese Aktion unterstützt. In mehreren Städten in Westdeutschland und Frankreich fanden Solidaritätskundgebungen statt; in Freiburg beteiligten sich daran etwa 300 Menschen.

Am Sonntag (6.10.) drückte die betroffene Bevölkerung in einer mächtigen Kundgebung auf dem Bauplatz (waß sie über 1 000 Teilnehmer) aus, daß sie nicht gewillt ist, auch nur einen Fußbreit nachzugeben. Inzwischen wurde auf dem Bauplatz damit begonnen, eine große Blockhütte zum Schutz gegen Regen und Kälte zu bauen. Ein Generator liefert Strom für die Beleuchtung und zum Vorführen von Dias und Filmen über den Kampf gegen das Bleiwerk und das Kernkraftwerk in Wyhl.

Da in diesen Wochen die Winzer viel Arbeit mit der Weinlese haben und so für die Besetzung ausfallen würden, liegen auf dem Bauplatz Listen aus, wo sich freiwillige Helfer für die Weinlese anmelden können.

Viele, vor allem auch Studenten, haben sich eingetragen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: Das Bleiwerk wird nicht gebaut!

Unterschriftensammlung gegen Kernkraftwerk Brokdorf

Seit über einem Jahr besteht an der Unterelbe eine Bürgerinitiative gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf. Im August dieses Jahres begann die Einspruchsfrist gegen das Kernkraftwerk. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe fertigte dazu Unterschriftenlisten an. Die Mitglieder und sehr viele Nichtmitglieder sammelten vier Wochen lang Unterschriften gegen das geplante Kernkraftwerk. Es kamen dabei allein 16 000 Einzelunterschriften zusammen.

3 000 DM Kanalgebühren „Volksvertreter" abgehauen

Dies sind die Gründe für die Protestaktion: Der Gemeinderat beschloß im Jahre 1972 den Bau einer Kanalisation und setzte die Gebühr auf 500 DM pro Anschluß fest, obwohl damals bereits klar war, daß die tatsächlichen Kosten diese Anschlußgebühr weit übersteigen würden. Für ihren Beschluß hatten die Herren "Volksvertreter" allerdings gute Gründe: zum einen standen die Wahlen vor der Tür und da konnte ein derartiges Wahlversprechen nur nützlich sein. Zum anderen aber wollten sie ihre Grundstücke gleich zu Beginn der Baumaßnahmen billig mit Anschlüssen versorgen.

Nachdem ihren Interessen soweit gedient war und die "Lokalprominenz" ihre Anschlüsse für 500 DM erhalten hatte, setzten sie Ende letzten Jahres die Mindestgebühr neu fest, nunmehr auf 3 000 DM!

Als die Bevölkerung sie für ihre Schiebereien zur Rechenschaft ziehen wollte, war keiner von ihnen anzutreffen. Trotz strömenden Regens zog man schließlich zum Haus des Bürgermeisters Hoogstraat – aber der war angeblich in einer Sitzung. Meinte ein Einwohner: "Die Bonzen wissen ganz gut, warum sie abgehauen sind!"

Die Einwohner Pewsums sind entschlossen, es nicht bei dieser Demonstration bewenden zu lassen. Wenn nicht sofort von der Gemeinde ein rechtsverbindlicher Bescheid über eine gerechte Kostenverteilung vorgelegt wird, sind als weitere Maßnahmen eine zweite Demonstration und die Verhinderung der Fortsetzung der Arbeiten am Kanalisationsbau – notfalls durch Straßensperrung – geplant. Außerdem will man geschlossen zur nächsten Gemeinderatssitzung gehen, um die "Volksvertreter" dort zur Rechenschaft zu ziehen.

–J.W., KG Norden–



Norden/Pewsum. Am 5.10. fand in Pewsum, einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Norden, eine Demonstration gegen willkürlich und ungerecht festgesetzte Kanalisationsgebühren statt. Mehr als 300 Einwohner folgten dem Aufruf einer Bürgerinitiative und versammelten sich auf dem Marktplatz.

Durch Giftgas aus dem Schlaf geweckt

Der Oberbürgermeister meint: "Schliesslich ist Katernberg kein Luftkurort!"

In der Nacht zum 26.9. drangen gelbe, übelriechende Giftgasschwaden aus der Kokerei Zollverein in Essener Stadtteil Katernberg. Das Giftgas aus "Europas größter und modernster Kokerei" drang durch geöffnete Fenster bis in die Wohnungen, riß die Menschen aus dem Schlaf, verursachte Kopfschmerzen, Erbrechen und Durchfall. "Man will uns wohl vergasen!" empörten sich die Anwohner.

Die Anwohner weisen darauf hin, daß alle Singvögel in der Gegend ausgestorben sind, daß Obstbäume eingehen oder nur verkrüppeltes Obst tragen. In der Nähe der Kokerei kann man nur bei geschlossenen Fenstern schlafen. Der Staub liegt fingerdick auf den Fensterbrettern. Kindern, die draußen spielen, wird schlecht. Einige sind schon auf der Straße umgekippt, weil ihnen so übel wurde.

Jahrelang reagierten die Ruhrkohle AG, Besitzerin der Kokerei, und die Politiker der Stadt Essen nicht auf die Proteste der Anwohner. Jetzt haben sich diese in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, weil sie "nicht länger in Dreck und Schwefel ersticken wollen".

Aufgeschreckt durch Unterschriftenlisten und Flugblätter der Bürgerinitiative versuchen nun alle Verantwortlichen die Umweltzerstörung durch die Kokerei herunterzuspielen. Als Werksdirektor Dr. Gobiet nach den Ursachen der Giftgaswolken und nach weiteren Schutzvorrichtungen im Werk befragt wurde, sagte er: "Kein Kommentar, die Angelegenheit wird bei uns noch geklärt." Allerdings ließ er durchblicken, daß neue Meßgeräte und zusätzliche Filteranlagen teuer seien und es am nötigen Geld fehle.

Von Pressevertretern begleitet besichtigten in den letzten Tagen Politiker der SPD und der CDU die Kokerei. Während der CDU-Spitzenkandidat Dr. Heimes versprach, sich bei Bund und Land für Umweltschutz-Forschungsprojekte einzusetzen, forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Reuschenbach eine intensive Information der Bevölkerung über Vorgänge in der Kokerei.

Doch was nützen diese schönen Worte dem Bergmann, der die Brieftaubenzucht aufgeben muß, weil seine Tauben durch die Kokerei-Abgase verenden? Was nützen sie den Anwohnern, die durch das Gas Durchfall oder Kopfschmerzen bekommen?

Sie werden sich nicht auf die bürgerlichen Politiker verlassen können, sondern müssen selbst durch massiven Druck eine Veränderung der Verhältnisse erzwingen. Die Bürgerinitiative hat zu einer Protestkundgebung aufgerufen, zu der auch der Oberbürgermeister Katzor eingeladen ist.

Sagte er doch schon im letzten Winter, als er von den Betroffenen auf die Umweltzerstörung durch die Kokerei hingewiesen wurde: "Schließlich ist Katernberg ja kein Luftkurort!"

Stadtteilzelle Katernberg KG Essen–

Arzt versagt Hilfe

Kürzlich passierte in Bremen-Kattenturm wieder eine Ungeheuerlichkeit. Der Frauenarzt Dr.Buck aus der Alfred-Fauststraße schrieb eine türkische Arbeiterin, die ein Kind erwartet und bei der Blutungen aufgetreten waren, nicht krank.

Nicht genug, daß die Ärzte im Kapitalismus nur dazu da sind, die Arbeiter möglichst schnell zusammenzuflicken und sie wieder zur Arbeit zu hetzen. Diesem besonders eifrigen Weißkittel sind selbst die üblichen Blitz"heil"verfahren noch zuviel. Bei einer Türkin meint er es sich leisten zu können, einen offensichtlich gefährdeten und schonungsbedürftigen Menschen sofort wieder zur Arbeit zu hetzen.

–Stadtteilzelle Kattenturm–

Hungerstreik gegen Folterhaft

40 politische Gefangene kämpfen gegen Sonderbehandlung

Zum dritten Male sind Gefangene der "Roten Armeefraktion" (RAF) in einen Hungerstreik gegen die Sonderbehandlung von politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD getreten. Dem Aufruf von Ulrike Meinhof schlossen sich 40 politische Gefangene an, "darunter auch andere Gefangene als nur mutmaßliche Baader-Meinhof-Leute" (FR vom 11.10.). Ulrike Meinhof bezeichnete diesen Hungerstreik als den letzten, bei dem es um die "Erfüllung der Forderungen oder Tod" gehe.

Die Gefangenen bäumen sich mit dem ihnen überhaupt zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Form der schrittweisen Vernichtung ihrer Per-

Gefangenen Grasshof 1972 4 Tage nach einem Lungen- und Kieferdurchschuß aus der Intensivstation in eine normale Haftzelle befördert zu

nisch, daß die Gefangenen dem keinen Widerstand entgegensetzen. Dabei muß sie zugeben, daß die Gefangenen äußerst geschwächt und nach vier Wochen Hungern ernstlich gefährdet sind.
In Westberlin besetzten am 2.Oktober Jugendliche die "Heilig-Kreuz-Kirche" im Stadtteil Kreuzberg, um auf die Lage der Gefangenen hinzuweisen. Die Besetzer blieben drei Tage in der Kirche und organisierten



Norden/Pewsum. Am 5.10. fand in Pewsum, einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Norden, eine Demonstration gegen willkürlich und ungerecht festgesetzte Kanalisationsgebühren statt. Mehr als 300 Einwohner folgten dem Aufruf einer Bürgerinitiative und versammelten sich auf dem Marktplatz.

Hungerstreik gegen Folterhaft

40 politische Gefangene kämpfen gegen Sonderbehandlung

Zum dritten Male sind Gefangene der "Roten Armeefraktion" (RAF) in einen Hungerstreik gegen die Sonderbehandlung von politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD getreten. Dem Aufruf von Ulrike Meinhof schlossen sich 40 politische Gefangene an, "darunter auch andere Gefangene als nur mutmaßliche Baader-Meinhof-Leute" (FR vom 11.10.). Ulrike Meinhof bezeichnete diesen Hungerstreik als den letzten, bei dem es um die "Erfüllung der Forderungen oder Tod" gehe.

Die Gefangenen bäumen sich mit dem ihnen überhaupt zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Form der schrittweisen Vernichtung ihrer Per-sönlichkeit und ihres Lebens auf. Die herrschende Klasse hat die gescheiterten Aktivitäten der RAF nicht nur dazu benutzt, ihren Gewaltapparat für den Bürgerkrieg zu testen, sie probt an den Gefangenen systematisch neue, "saubere" Foltermethoden.

Mit völliger Isolierung von menschlichen Kontakten, ja selbst von Geräuschen, in toten Trakts, in weißen Isolierzellen, die Wahnvorstellungen hervorrufen, sollen die Gefangenen unzurechnungsfähig gemacht und zerbrochen werden.

Dabei scheuen sich die Verfolgungsbehörden nicht, durch Unterlassung ärztlicher Hilfe das Leben der Gefangenen aufs Spiel zu setzen. Bekannt geworden ist dies z. B. im Fall von Katharina Hammerschmidt, die erst entlassen wurde, als feststand, daß ihre Tumorerkrankung nicht mehr zu heilen ist.

Der Gefängnisarzt Mairose, auf den inzwischen ein Bombenattentat verübt wurde, kann sich rühmen, den Gefangenen Grasshof 1972 4 Tage nach einem Lungen- und Kieferdurchschuß aus der Intensivstation in eine normale Haftzelle befördert zu haben.

Die Behandlung der ca. 100 politischen Gefangenen in der BRD übertrifft noch die viehische und menschenunwürdige Behandlung, die in den Gefängnissen, dem Blick der Öffentlichkeit entzogen, "Sitte" ist.

Die Hamburger Justizbehörde, für die Senator Klug verantwortlich ist, kündigte schon am 17.9. in der Rundfunksendung "Umschau am Abend" an, sie werde den politischen Gefangenen nach einer Woche des Hungerstreiks das Wasser entziehen, wie es vor einigen Monaten schon im Fall von Andreas Baader gemacht worden ist. Wasserentzug bei Hungernden führt unweigerlich zu einer Vergiftung des Blutes, Nierenschädigung, schließlich Urämie, die ohne Behandlung tödlich ist.

Inzwischen werden die meisten der hungernden Gefangenen zwangsernährt. Die Justizbehörde erklärt zynisch, daß die Gefangenen dem keinen Widerstand entgegensetzen. Dabei muß sie zugeben, daß die Gefangenen äußerst geschwächt und nach vier Wochen Hungern ernstlich gefährdet sind.
In Westberlin besetzten am 2.Oktober Jugendliche die "Heilig-Kreuz-Kirche" im Stadtteil Kreuzberg, um auf die Lage der Gefangenen hinzuweisen. Die Besetzer blieben drei Tage in der Kirche und organisierten während dieser Zeit eine öffentliche Diskussionsveranstaltung. In Verhandlungen mit der Kirchenleitung erreichten sie den Abzug der zur Räumung angerückten Polizei. 27 Pfarrer und zahlreiche kirchliche Mitarbeiter verlasen eine Resolution, in der sie sich für die Einsetzung eines Untersuchungsausschußes aussprachen, der überprüfen soll, ob es in Westberlin Isolationshaft gibt und ob die Vorwürfe der Besetzer gegen die Justiz zutreffen.

Inzwischen hat, laut Frankfurter Rundschau vom 11.10., auch die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover die Westberliner Kirche aufgefordert, "sich für die Bildung eines sachkundigen Gremiums zur Untersuchung der Haftbedingungen in der Bundesrepublik einzusetzen. Dabei soll auch die Zulässigkeit der Isolierhaft nach ethischen Gesichtspunkten und gemessen an den Menschenrechten geprüft werden".

– H.V. –

Kleine Fische

Vor einigen Tagen fragte mich die Sekretärin unseres Institutes, ob ich nicht wüßte, wie man schnell 16 000,– DM ausgeben könne. Sofort dachte ich an die Einstellung von weiteren Tutoren (Studenten, die Arbeitsgruppen anleiten), da in Frankfurt für die pädagogischen Seminare nur ein , zwei Handvoll Tutoren für weit über 5 000 Lehrerstudenten zur Verfügung stehen

Dieser Vorschlag sei für die Uni-Bürokratie jedoch indiskutabel, so meinte die Sekretärin zu mir, da die 16 000 DM nur für Sachmittel, aber auf keinen Fall für Menschen ausgegeben werden dürften. Vor einigen Wochen hätte das Institut bereits hunderttausende Blatt Papier im Voraus angeschafft und wenn keinem bis Mitte Oktober etwas Originelles einfiele, müßte das Geld wohl verfallen.

Aber wenn man mal richtig hinter die Kulissen schaut, dann sind das eigentlich nur die kleinen Fische:

Ein fortschrittlicher Professor erzählte mir kürzlich von Schiebereien in naturwissenschaftlichen Fachbereichen, wo Hochschullehrer sich an anderen Unis für besser dotierte Stellen bewerben und dann beim Fachbereich-Vorsitzenden ihren drohenden Abgang beklagen. Als Bleibegeld werden ihnen dann Hunderttausende in Form von weiteren Planstellen, zusätzlichem Sachetat, Exkursionen usw. in den Rachen geschmissen.

Solche volksfeindliche und schmarotzende Finanzpolitik des bürgerlichen Staates mit den Steuern der Massen fühlt sich nur im Verborgenen wohl.

Darum: Decken wir überall diese verrotteten Verhältnisse auf!

–R.S., Frankfurt–

Nicht jeder darf zu den 'Volksvertretern'

Wie wir von einem Kollegen von der Post erfahren haben, wurde am 2.9. in der Bayerischen Staatskanzlei eine Fernsehüberwachungsanlage durch die Bundespost eingebaut. Mit ihrer Hilfe kann Ministerpräsident Goppel die Besucher seines Wartezimmers überprüfen lassen. Die Sekretärinnen sollen jeden Besucher unter die Lupe nehmen.

Wer dem feinen Herrn nicht paßt, der kann dann sein Anliegen gar nicht erst vortragen.

Bezahlt wird die Anlage natürlich aus Steuergeldern!

30 Stunden Arbeitseinsatz

So lautet das Urteil des Jugendschöffengerichts in Frankfurt gegen einen Schüler. Er war nach den Demonstrationen gegen die Wohnraumzerstörung und Bodenspekulation in Frankfurt im Februar festgenommen worden. Dabei hatte er laut um Hilfe geschrieen. Der Staatsanwalt hatte daraus eine Anklage gezimmert, nach der der Schüler "auf eine Menschenmenge eingewirkt habe, um ihre Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten gegen Menschen zu fördern, zur Gefangenenbefreiung aufgewiegelt und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet habe".

In der Hauptverhandlung mußte der Staatsanwalt jedoch selbst Freispruch hinsichtlich der Gewalttätigkeiten und Gefangenenbefreiung beantragen, weil niemand etwas darüber zu berichten wußte.

Dagegen hat das Gericht in seiner Urteilsbegründung: "30 Stunden Arbeitseinsatz . . ., denn der Hilferuf des Angeklagten kann nur in der Weise ausgelegt werden, andere aufzuwiegeln, ihm zu helfen, daß er sich aus den Händen der Polizei befreien konnte."

–B.L., Frankfurt–

Wer nicht mehr schaffen kann, den läßt man verrecken

Meine Mutter ist schwer nierenkrank, sie hat ein Geschwür an den Nieren. Bei einer der letzten Untersuchungen sagte ihr Facharzt zu ihr, wenn sich die Krankheit so weiterentwickeln würde, würden die Nieren bald nicht mehr funktionieren und sie müßte an ein Dialysegerät angeschlossen werden (das ist ein Gerät, an das man als Nierenkranker dreimal die Woche angeschlossen wird und das die Funktion der Nieren, also die Blutreinigung, übernimmt). Aber, fügte der Arzt gleich hinzu, einen Platz an einem solchen Gerät zu kriegen, hätte sie keine Chance, es wären zu wenig da, und da würde man halt die jüngeren Leute nehmen, in ihren Alter (sie ist 52) hätte sie keine Chance mehr.

Der Arzt hat damit sehr deutlich das Grundprinzip der Medizin im Kapitalismus beschrieben: Repariert wird die Arbeitskraft nur bei Leuten, die noch für den Produktionsprozeß verwertbar sind, wer nicht mehr schaffen kann, den läßt man krepieren.

–pe, KSG/ERS Ffm–

Kein Verteidigerausschlussgesetz !

Die Bundesregierung kommt der Klassenjustiz zu Hilfe

Der zunehmende Widerstand bei breiten Teilen des Volkes gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates läßt mehr und mehr Menschen in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat und der Justiz geraten. Dies zeigt sich deutlich in der wachsenden Zahl von Prozessen, in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten nach Streiks, in Hausbesetzungs- oder Demonstrationsprozessen, in Mietprozessen oder Hochschulverfahren. Allein die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung in Frankfurt beantwortete der Justizapparat mit 354 Ermittlungsverfahren.

Um dieser Einschüchterung zu begegnen und die Volkskämpfe nicht vor den Toren der Justiz enden zu lassen, ist es wichtig, in den verschiedenen Gerichtsverfahren die Front gegen die Klassenjustiz aufzubauen. Es ist also notwendig, das unterdrückerische Wesen des bürgerlichen Staates und seiner Justiz aufzuzeigen und die Gerichtsverfahren zur Tribüne des Klassenkampfes zu machen.

Vor allem in politischen Strafverfahren ist es in den letzten Jahren zunehmend gelungen, die Justiz als Klassenjustiz im Dienste der Bourgeoisie zu entlarven. Hierbei war und ist notwendig, daß die Angeklagten auch Verteidiger hatten, die sich auf die Seite des Volkes gestellt haben und die Verteidigungsrechte vor Gericht ausnutzten, um die Strafverfahren zur Anklage gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates zu machen.

Die Justiz reagierte hierauf schon seit längerem damit, die Rechte der Angeklagten und der Verteidigung einzuschränken, um die Strafverfahren wieder in den Griff zu bekommen. So wurden zusehends das Fragerecht und das Erklärungsrecht der Verteidigung eingeschränkt, Angeklagte und Zeugen mit Ordnungsstrafen belegt und häufig die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Nun ist die Regierung der Justiz zu Hilfe gekommen. Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung dem Bundesrat einen Gesetzesentwurf zugeleitet, wonach ein Verteidiger von Angeklagten in Zukunft unter folgenden Bedingungen ausgeschlossen werden kann: Ein Verteidiger kann von der Verteidigung ausgeschlossen werden, wenn er verdächtigt ist, an der Tat des Angeklagten beteiligt gewesen zu sein oder dessen Tat begünstigt zu haben. Ferner kann der Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn bei Verfahren wegen "Landesverrat" oder "Gefährdung der äußeren Sicherheit" die "Annahme begründet ist, daß seine Mitwirkung eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik herbeiführen würde". Hiermit sollen Verteidiger, die sich auf die Seite des Volkes gestellt haben, eingeschüchtert und die politische Verteidigung in Prozessen weitgehend eingeschränkt oder völlig außer Kraft gesetzt werden. So sind allein in den letzten vier Jahren mehrfach Verteidiger von mutmaßlichen Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe unter dem Vorwurf der Teilnahme und Begünstigung ausgeschlossen worden.

Gegen das geplante Verteidigerausschlußgesetz, das sich gegen die Verteidigung in politischen Strafverfahren überhaupt richtet und Höhepunkt einer Kette von Maßnahmen gegen die politische Verteidigung darstellt, haben die verschiedenen Sektionen Klassenjustiz der Liga gegen den Imperialismus zur Unterstützung der Volkskämpfe in der BRD den Kampf aufgenommen und eine Kampagne eingeleitet. Es wird anfangs eine Unterschriftensammlung mit der Forderung "Kein Verteidigerausschlußgesetz" unter Juristen durchgeführt, um unter denen, die diszipliniert werden sollen, den Widerstand zu formieren.

Eine Broschüre mit dem Titel "Kein Verteidigerausschlußgesetz" wird in Kürze erscheinen

–GUV-SKJ, Heidelberg–

Empörung in der 2./163 gegen Oberleutnant Schwarz

Hamburg. Unter dieser Forderung griff die Bundeswehrfraktion der Ortsgruppe Hamburg in den Kampf der Soldaten der 2./163 in der Bosebergmannkaserne ein. Jetzt folgende Zitate kommen alle aus dem Flugblatt, das wir dazu verteilt haben.

"Oberleutnant Schwarz ist seit einigen Monaten Kompaniechef in Vertretung in der 2./163. Von diesem Zeitpunkt an spüren die gesamten Mannschaftsdienstgrade, aber auch die Unteroffiziere und Feldwebel, wie es sich lebt unter einem Offizier, von dem man schon vorher hörte, daß er sich um die Probleme, die Rechte, die Würde der Mannschaften einen Dreck schert."

Unter seiner Führung nahmen wir auch am Herbstmanöver Bold Guard teil. Zwei Beispiele daraus charakterisieren ihn sehr gut:

Erstens: Wir mußten nach dem Manöver noch zwei Tage lagern, ehe wir am Montagabend erschöpft in die Kaserne einrückten. Frei bekamen wir dafür aber nicht. Weder längeren Ausgang noch längeres Ausschlafen. Dafür die ganze Woche technischen Dienst am Panzer. Verlängertes Wochenende oder gar Urlaub gestattet der Dienstbetrieb nicht, war die lapidare Antwort auf Fragen der Kameraden.

Zweitens: Beim Überführen der Panzer und der Besatzungen per Bundesbahn in die Kaserne passierte auf dem Verladeplatz Neumünster folgendes: Kollegen wollten vom Panzer ihre Verpflegung in Epa-Paketen mit ins Zugabteil nehmen. Als der Oberleutnant das sah, stürzte er auf sie zu, riß einem Kollegen einige der Pakete aus der Hand und schmiß sie auf den Boden. "Ich will hier keine Epa-Pakete im Zug sehen." Dadurch hatten alle Kollegen einen ganzen Tag lang nichts zu beißen. Er selbst ließ sich, am Bestimmungsort angekommen, als erstes eine Tüte Pommes holen.

Die Soldaten waren am Kochen über diese Vorfälle. Überall konnte man Stimmen hören, so geht das nicht weiter, da machen wir was gegen und wenn wir in Knast gehen. Es wurden Beschwerden gegen diesen Vorfall geschrieben, andere kündigten die Soldaten an.

Auch das Unteroffizierskorps geriet in Unruhe. Die Diskussion über Versetzenlassen in andere Einheiten riß nicht ab, ebenfalls wurden Beschwerden geschrieben.

In dieser Lage kam unser Flugblatt "Oberleutnant Schwarz muß weg!"

Es schlug ein wie eine Bombe. Überall unter den Mannschaften, unter Teilen des Unteroffizierskorps helle Begeisterung.

Erste Reaktion der Kompanieführung darauf: Dienst nach Vorschrift. Der Spieß erläuterte: Da uns vorgeworfen wird, wir hielten uns nicht an die Gesetze, wird sich das jetzt ändern. Im Geschäftszimmer und allen anderen Diensträumen Gruß, Meldung, Gruß. Persönliche Anliegen werden nur noch in der Pause erledigt.

Wenn diese Herren von 'Dienst nach Vorschrift' sprechen, dann verbessert sich augenscheinlich unsere Situation nicht, sondern sie verschlechtert sich. Wir waren über diesen Versuch, Druck zu geben, recht belustigt, und es kreiste ständig der Spruch: Die Moral der Mannschaft ist ausgezeichnet.

Die erste Reaktion des Kommandeurs war es, der Beschwerde über die Sache mit der Verpflegung statt zu geben. Der Oberleutnant mußte sich allerdings nicht vor den Soldaten entschuldigen, sondern er wurde nur über sein unrechtmäßiges Handeln vom Kommandeur belehrt.

Jetzt kam es darauf an, die Empörung und die Bereitschaft, zu kämpfen, in organisierte Bahnen zu lenken. Wir schlugen im Flugblatt dazu folgendes vor: An jedem Angriffspunkt Beschwerden schreiben, die Beschwerden aus dem engen Rahmen der Kasernenverhältnisse an das Licht der Öffentlichkeit reißen, durch Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse und auch im "Querschläger", unserer Soldatenzeitung. Öffentliche Gemeinschaftsbeschwerden (sie sind laut Gesetz ja nicht zulässig) schreiben, damit wir den Offizieren unsere organisierte Kraft entgegensetzen können. Wir erläuterten, daß es keinen Zweck hat, mit den Offizieren vernünftig zu reden, sondern daß der Kampf die einzige Möglichkeit darstellt, unsere Ziele durchzusetzen und daß wir deshalb uns verbotene Rechte uns nehmen müssen.

Es fanden viele Diskussionen darüber statt, teilweise kleine Versammlungen auf den Stuben. Hauptsächlich drehten sie sich darum, daß es doch besser sein würde, den gesetzlichen Weg einzuhalten, da man sich sonst alle Möglichkeiten verscherzen würde.

Ein anderer Diskussionspunkt war es, was nach dem Oberleutnant kommen würde. Obwohl alle Kollegen die Bundeswehr insgesamt Scheiße finden, war doch die vorherrschende Meinung: Bei einem anderen Kompaniechef kann es uns ganz gut gehen, mit dem werden wir auskommen können.

Die Aktivität der Kollegen in den nächsten Tagen bestand darin, über weitere Beschwerden zu sprechen, die dann aber meist doch nicht geschrieben wurden. Ein Kollege, der kurz vor der Entlassung stand, ging zum Kommandeur und schilderte ihm unser Leben unter diesem Offizier.

Insgesamt kann man sagen, die Unruhe hielt an, die Kampfformen beschränkten sich auf die gesetzlichen Bahnen. Das schien aber den Offizieren schon zu gefährlich zu sein. Denn auf einmal gab es am Ende der Woche eine Möglichkeit, den Hauptträger des Kampfes, den 1. Zug, geschlossen in Urlaub zu schicken. Das ist ein begrenzter Erfolg und die Kollegen sehen das auch so und lassen sich dadurch nicht einwickeln.

Wie steht die Sache jetzt?

Oberleutnant Schwarz ist nicht abgesetzt worden. Von uns aus war die Lage auch nicht so eingeschätzt worden, ihn in so kurzer Zeit wegzubekommen, sondern wir wollten in dieser guten Situation einen längeren Kampf einleiten. Es hat sich aber gezeigt: Die Soldaten schöpfen ihre Kampfkraft noch weitgehend aus der spontanen Empörung. Sie haben zwar erfahren, daß sie durch ihr Aufbegehren was erreichen können, aber die Kampfform ist noch ganz an den Rahmen der Legalität gebunden.

Das begründet sich aus ihrem Verständnis von der Armee und der Militärgesetzgebung. Die Bundeswehr wird als Scheißladen angesehen, die Militärgesetzgebung als eine sie entrechtende. Der Zweck dieser Unterdrückung, dieser Armee, bewaffnete Formationen als Instrument der Ausbeuterklasse zu sein, wird aber noch nicht begriffen.

Dabei bleibt dann die Funktion der Militärgesetzgebung, der Offiziere im Unklaren. Der Offizier wird mehr als Einzelperson gesehen, nach dem Motto: "Wie es mir ergeht, hängt völlig vom vorgesetzten Offizier ab". Dann erscheint es auch möglich, Streitigkeiten im vernünftigen persönlichen Gespräch zu beseitigen.

Es zeigt sich: Die Voraussetzung, einen längeren Kampf zu führen, nämlich nicht bei der spontanen Empörung stehenzubleiben, die ja irgendwann versiegt, ist der Angriff auf die Militärverfassung selbst. Unsere Hauptaufgabe muß es deshalb sein, die politische Bewußtheit über den Charakter der Armee zu heben.

–T.W., Hamburg–

Zum Lachen ...



"Schneller Wechsel" – am Rande beobachtet:
"Ich habe die Abkürzung durchs Dorf genommen!"

Mit der frechen Überschrift "Zum Lachen" erschien diese Karikatur in der Bundeswehrzeitschrift "Bundeswehr aktuell", die täglich an die Soldaten ausgegeben wird, bzw. in Unterhaltungsräumen ausliegt. Zum Lachen findet es die Militärführung, wenn bei Manövern die von der Landbevölkerung geschaffenen Werte wie Felder und Scheunen vernichtet werden. Auch die Entschädigungen, die die Bauern erhalten, gehen auf Kosten des Volkes, denn sie werden aus Steuergeldern bezahlt. Die Bauern und das übrige Volk finden dies alles überhaupt nicht lächerlich und werden sich des bürgerlichen Militärs samt seiner Führung entledigen müssen, damit diese Herren nicht weiter spöttische Witze auf Kosten des Volkes reißen und dem Volk Schaden zufügen können.

M.A., Wolfsburg

Reforger VI - Manöver angelaufen: Truppenaufmarsch bringt neue Manöverschäden und Behinderungen

26 000 Soldaten der Bundeswehr, der US-Armee und der kanadischen Armee sind aufgezogen im Raum der Autobahn Nürnberg-München und der Autobahn Stuttgart-Ulm. 2 US-Brigaden wurden zur Durchführung des Manövers im Big-Lift-Verfahren aus den USA nach Westdeutschland verlegt. Dieses Manöver wird jedes Jahr in der gleichen Weise durchgeführt. Die Manöver- und Einsatzleitung liegt bei der NATO-Heeresgruppe Mitte (CENTAG) in Mannheim-Seckenheim.

Der Kampf in der Armee um Rechte für die Soldaten richtet sich gegen den Auftrag der Armee

Die Debatte um den Vertrauensmann in Bezug setzen zur Arbeit in den Kasernen (Schluß)

Der Einsatz der Bundeswehr nach innen und nach außen und der Bestand des stehenden Heeres ist überhaupt nur möglich, wenn die Soldaten – zumal in einer Wehrpflichtigenarmee – keine Rechte haben. Die Verweigerung auch nur der geringsten Rechte, z. B. sich gemeinsam zu beschweren, läuft darauf hinaus, die Soldaten aus der politischen Bewegung herauszuhalten, die Kasernentore vor dem Klassenkampf dicht zu machen und den Soldaten die Möglichkeit zu nehmen, sich zu wehren gegen den volksfeindlichen Auftrag als auch gegen die Umstände, in denen die Soldaten für die Durchführung dieses volksfeindlichen Auftrags ausgebildet werden.

Denn hätten die Soldaten wirkliche Rechte und würden sie nicht durch die Androhung nackter, bewaffneter Gewalt durch diese selbst bei der Armee gehalten und zum Gehorsam gezwungen, würde die Bundeswehr nicht mehr länger bestehen, sie würde auseinanderbrechen. Selbst eine Berufsarmee wird nur durch den Terror und den Sold (was in einer Gefechtssituation nichts nützt) zusammengehalten. Freiwillige Disziplin und Einsicht in die Notwendigkeit – Eigenschaften z.B. der chinesischen Armee – sind den Offizieren der Bundeswehr nicht nur fremd, sondern auch verdächtig.

Was tun in dieser Lage?

Soll man die Bundeswehr vom "Militarismus und Revanchegeist befreien", wie es die DKP in ihren programmatischen "Thesen" und die Erklärung "Soldat 74" fordert? Daß das nicht geht, springt sofort ins Auge, weil das Volk keinen unmittelbaren Einfluß auf die Armee hat und die Erfahrung bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze zeigt, daß sich die Herrschenden hierzulande einen Dreck darum scheren, welche Auffassung das Volk zur Armee hat.

Man muß also das stehende Heer radikal angreifen, seine Auflösung und die Kontrolle über die Waffen durch das Volk fordern, damit man zum Sozialismus kommt. Deshalb fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm: "Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten." (Programm des KBW, Taschenausgabe, Seite 25)

Damit die Soldaten in den Kasernen für dieses Ziel eintreten, bedeutet es, daß sie für mehr Rechte kämpfen müssen. Was heißt dies für die Position des Vertrauensmannes? Soll man ihn "links" liegen lassen, wie dies teilweise in der Diskussion gefordert wurde? Dies wäre unklug, weil man damit die geringen legalen Mittel, die die Soldaten haben, verschenkt, anstatt sie zu nutzen.

WIE KANN MAN DIE POSITION DES VERTRAUENSMANNES IM KAMPF FÜR MEHR RECHTE FÜR DIE SOLDATEN NUTZEN?

Der Erlaß des Generalinspekteurs der Bundeswehr vom 8.8.72 legt fest:

- *Gewählte Vertrauensmänner sind einzuweisen und zu unterrichten.*
- *Für den Vertrauensmann ist eine Handakte anzulegen mit allem für ihn wichtigen Material.*
- *Es sind Sprechstunden des Vertrauensmannes einzurichten.*
- *Vorgesetzte haben zu Vorschlägen des Vertrauensmannes Stellung zu beziehen und ihn über alle wesentlichen Anliegen der Einheit bzw. des Verbandes zu informieren.*
- *Bataillonskommandeure haben in Arbeitsbesprechungen mit den Vertrauensmännern die gemeinsamen Fragen zu erörtern."*

(Verteidigungspolitische Information Nr.176 vom 28.11.1973)

Dies muß genutzt werden, damit die Vertrauensleute in regelmäßigen Abständen Verfügungsstunden während der Dienstzeit abhalten, wie das in den meisten Einheiten auch durchgeführt wird. In diesen Verfügungsstunden kann man über die Mißstände in der betreffenden Einheit debattieren, z.B. über das Verhalten eines Offiziers oder Feldwebels, und – das ist wichtig – über Kampfschritte beschließen, wie z.B. Beschwerdekampagnen, Unterschriftensammlung, Dienst nach Vorschrift (für die Bundeswehr sehr gefährlich). Ebenso kann der Vertrauensmann in diesen Verfügungsstunden informieren über Veranstaltungen, die am betreffenden Ort durchgeführt werden etc. Er sollte sich keine Zurückhaltung in der Ausnutzung dieses Rechtes auferlegen. Themen gibt es genug: Wach- und Diensteinteilungen, die immer ungerecht sind, weil sie von den Vorgesetzten als Schikane benutzt werden, Verstöße der Vorgesetzten gegen z.B. den Erlaß "Erzieherische Maßnahmen" oder andere Vorschriften, Beschimpfungen, unrechtmäßige Handlungen usw., Verpflegung, medizinische Versorgung usw.; aber auch der Zweck der Übungen, die durchgeführt werden.

Gut ist es, wenn in einer Kaserne z.B. am Kasernentor Soldatenzeitungen abgenommen werden und die Vertrauensmänner protestieren in einer Erklärung dagegen oder sie unterstützen den Kampf gegen den Kantinenwucher in einer Erklärung. Solche Erklärungen kann man nicht nur in einem Flugblatt verteilen, sondern nützlich wird es sein, wenn sie von der Lokalzeitung abgedruckt werden. Das gleiche gilt für Bürgerkriegsübungen, gegen die die Vertrauensleute als Interessenvertreter der Soldaten öffentlichen Protest erheben.

An der Lokalpolitik in der betreffenden Garnisonsstadt mischt die Bundeswehr durch ihre Offiziere in der Regel fleißig mit. Warum sollen die Vertrauensmänner das nicht auch tun? Nicht nur daß sie der Bevölkerung die Zustände in den Kasernen enthüllen, sondern sich äußern zu allen Fragen, die von allgemeinem Interesse sind. Warum sollen sie nicht vor Schulklassen referieren über den Auftrag der Bundeswehr? Warum sollen sie nicht Aufrufe unterschreiben zum Beispiel zur Chilesolidarität?

Man sieht: Als Vertrauensmann hat man große Möglichkeiten, die Debatte unter den Soldaten anzuregen, die Kasernentore den Einwirkungen des Klassenkampfes ein Stück zu öffnen und die Menschen über den bürgerlichen Militarismus aufzuklären. Man braucht dazu nicht unbedingt Vertrauensmann zu sein, aber als Vertrauensmann kann man es besser tun. Deshalb sollten sich unsere Genossen mit solchen Vorstellungen, die sie den Kameraden auch bekannt machen, zur Wahl stellen. Über jeden Schritt, den sie tun, sollten sie die Kameraden informieren und auch darüber abstimmen lassen in der Verfügungsstunde.

Die Vertrauensleute, die derart die Soldaten in Bewegung setzen, werden den Offizieren ein Dorn im Auge sein und sie werden versuchen, sich ihrer schleunigst zu entledigen. Sie können es, weil es nach den bestehenden Vorschriften und Gesetzen genügt, daß ein Vertrauensmann disziplinar bestraft wird, um ihn abzusetzen. Wie schnell man einem Soldaten ein "Diszi" anhängen kann, ist jedem Soldaten bekannt.

Deshalb wird man überhaupt nicht drum herum kommen, Forderungen aufzustellen, die den Vertrauensmann vor den Übergriffen der Bundeswehr schützen und seinen Spielraum erweitern. Solche Forderungen sind: Absetzung des Vertrauensmannes nur auf Beschluß der Soldaten. Keine Versetzung. Ausschließlich Rechenschaftspflicht gegenüber den Soldaten des Bereichs, von denen er gewählt wurde.

Man muß sich fragen, welche Rechte **notwendig** sind, damit die Soldaten die Auseinandersetzung besser führen können. Ausgeklügelte Demokratisierungsmodelle werden mit Sicherheit in der Praxis baden gehen. So ist offenbar die Forderung, die Vertrauensleute entlang der militärischen Strukturen zu organisieren (Bataillon, Brigade, Dividion, Korps aufwärts), nicht nützlich; denn selbst wenn der Gedanke dahinter steht, in einer Gefechtssituation die Vertrauensleute zusammen zu haben, ist sie falsch, weil die Truppenteile selbst weit auseinanderliegen.

Man stelle sich aber vor, die Truppen einer Garnison, meinethalben Koblenz, rücken aus, um im Ruhrgebiet Streiks oder Aufstände der Arbeiter niederzuschlagen. Dies wäre in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht das erste Mal, und solche "Ernstfälle" werden in der Bundeswehr heute ja auch laufend geübt. Wäre es in einem solchen Fall nicht sinnvoll, die Vertreter der Soldaten **am Ort** zusammenzufassen? Und würden die Revolutionäre da sagen: Dies nutzt uns nichts, weil die reaktionäre Wehrverfassung noch nicht gestürzt ist, dann würden die Truppen womöglich tatsächlich ins Ruhrgebiet fahren! Dies ist die unerfreuliche Konsequenz einer Argumentation, die auch in der Kommunistischen Volkszeitung vertreten wurde.

Einige Genossen werden einwenden, daß solche demokratischen Forderungen unsinnig seien, weil man sie innerhalb der Bundeswehr nicht verwirklichen könne. Ähnliches wird von einigen Organisationen, die sich selbst für besonders revolutionär halten, es aber nicht sind, gegen die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung, die Wahl der Offiziere und die Bezahlung der Zeit in der Volksmiliz durch die Kapitalisten eingewandt. Beide sagen: Das geht nicht, weil die Bundeswehr es nicht zuläßt, daß sie ihr eigenes Todesurteil unterschreibt. Das aber bedeutet, daß der Kampf für diese demokratischen Forderungen das stehende Heer aus den Angeln hebt. Und dazu sagen wir: Das ist es, was wir wollen.

W.S., Koblenz

Portugal

Nach dem Putschversuch

Eine eindeutige Entscheidung darüber, wie die Bourgeoisie ihre Herrschaft in der Zukunft ausüben und sichern kann, ist noch nicht erfolgt. Die Bourgeoisie versucht aber, in ihrem Sinn die Entwicklung zu beschleunigen. Mit all ihrem Einfluß geht sie daran und zimmert an dem Boot, in dem alle sitzen, so daß alle zusammenarbeiten müssen, soll das Boot nicht absaufen. Das Steuern will die Bourgeoisie allerdings selbst besorgen. Das zeigt das Unternehmen des "nationalen Tags der Arbeit" vom Sonntag vor zwei Wochen. Der neue Staatschef Costa Gomes, der übrigens ein enger Freund Spinolas ist, hat diesen Tag zu einem Tag erklärt, wo das Volk seine Arbeitskraft unentgeltlich für den Aufbau des Landes zur Verfügung stellen soll. Den Erfolg dieser Maßnahme sicherten die Revisionisten von der portugiesischen Kommunistischen Partei. Sie betätigten sich als wahre Saubermänner. Sie schickten Putzkolonnen durch die Städte, besonders durch Lissabon, die den Auftrag hatten, die revolutionären Parolen und Plakate zu entfernen! Ganz auf der Linie des Aufräumens und Saubermachens hat Außenminister Soares, der der Chef der Sozialistischen Partei ist, erklärt, Portugal sei mit Chile nicht zu vergleichen, ein zweites Chile werde es nicht geben. Er hat natürlich recht, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen sind wachsam und werden sich zu wehren wissen gegen alle Versuche, den Faschismus wiederherzustellen. Sie werden aber auch auf Dauer nicht bereit sein, eine andere Form der Herrschaft der Bourgeoisie hinzunehmen. –g.j.–

Der Labour-„Erfolg"

Die Londoner Börse reagierte ruhig

In den britischen Unterhauswahlen hat die Labour Party gewonnen, sie erreichte 2 Sitze mehr, die zur absoluten Mehrheit notwendig sind. Eine Zustimmung der Mehrheit des Volkes für ihre Politik hat sie nicht erhalten, denn sie bekam nur 40 % der Stimmen. Ihre Mehrheit im Parlament fußt auf dem Wahlrecht, das nur den Kandidaten ins Parlament einziehen läßt, der die meisten Stimmen hat. Die übrigen Stimmen fallen unter den Tisch. Die Bourgeoisie ist zufrieden mit dem Ergebnis, das zeigte die ruhige Reaktion der Börse. Den knappen Ausgang sieht sie als Gewähr dafür an, daß es weder zu Verstaatlichungen gegen ihren Willen kommt noch zu einem Nachgeben gegenüber den Forderungen breiter Teile des Volkes, aus der Europäischen Gemeinschaft auszutreten. Die Regierung würde darüber stürzen . Die Labour-Führung selbst ist zufrieden, sie kann vor die Kollegen treten und den Kollegen weiterhin sagen: "Kollegen, wenn wir nur eine größere Mehrheit hätten ..." So kann sie weiterhin radikal-reformerisch reden und die Politik im Interesse der Kapitalisten betreiben. Die Arbeiter haben also nichts durch die Wahlen gewonnen. Sie haben überhaupt nur ihre Stimme der Labour Party gegeben, weil sie ihnen nach wie vor als das "kleinere Übel" erscheint. Und das wird sich auch nicht grundlegend ändern, solange es keine revolutionäre Alternative, die Partei der Arbeiterklasse, gibt. Die Arbeiter werden sich aber nicht an die Politik von Labour halten, sich den Kapitalisten unterzuordnen. Sie werden ihre wirtschaftlichen Interessen weiterhin selbständig verfolgen und sich das holen, was sie brauchen. Die Ford-Arbeiter haben es vorgemacht und den "Sozialvertrag" zwischen Labour, der Gewerkschaftsführung und den Kapitalisten mißachtet. –g.j.–

Spanien

Die Lage ist gespannt

In Spanien haben die Streiks der Arbeiter ein Ausmaß erreicht, das es bisher kaum gegeben hat. Begonnen hatte es vor Wochen bei Renault. Inzwischen streiken die Arbeiter von SEAT in Barcelona.
Die Belegschaft von Olivetti, ebenfalls in Barcelona, ist seit über einer Woche ausgesperrt, zur Durchsetzung dieser Maßnahme wurde Polizei eingesetzt. In und um Barcelona stehen noch mindestens 10 weitere Belegschaften im Streik. Ein zweites Zentrum ist Bilbao an der Nordküste. Dort streiken die Elektrizitätsarbeiter, wodurch zunehmend die übrige Produktion lahmgelegt wird.

Bei Bosch in Madrid haben die 650 spanischen Arbeiter 5 000 Peseten mehr im Monat gefordert. Die westdeutsche Geschäftsleitung hat darauf mit Aussperrung geantwortet; 6 Kollegen wurden als "Rädelsführer" entlassen. "Als meine Vermittlungsversuche scheiterten, habe ich die in Spanien üblichen Maßnahmen ergriffen", sagte der Direktor von Bosch-Madrid gegenüber der Presse. Diese Maßnahmen sind: Entlassungen, Aussperrung der gesamten Belegschaft, massiver Polizeieinsatz zur Sicherung der Durchführung dieser Maßnahmen und Einschüchterung der Belegschaft. Bei Renault, wo das gleiche geschah, sollen dabei mehrere Arbeiter erschossen worden sein. Was haben die Arbeiter bei Bosch gemacht? Sie haben nichts weiter getan, als den von der staatlichen Zwangsgewerkschaft eingesetzten Betriebsrat abgesetzt und ihre eigene Kommission gewählt, die ihre Forderung vertritt und der Belegschaft rechenschaftspflichtig ist. Das paßt den Bosch-Kapitalisten und überhaupt der Bourgeoisie nicht, wenn die Arbeiterklasse mit selbständigen Aktionen vorgeht. Das ist verständlich, nützt ihnen aber nichts.
Aber genau wie die Arbeiter haben andere Teile des Volkes den Kampf gegen die Herrschaft der Faschisten aufgenommen.
Aus der Gegend von Sevilla ist bekannt geworden, wie die Einwohner eines Dorfes gegen den von den Faschisten eingesetzten Bürgermeister während des letzten Sommers Protestaktionen und Demonstrationen durchgeführt haben. Der Bürgermeister hat sich seinen Swimmigpool mit Trinkwasser füllen lassen, obgleich in der Gegend wegen der Trockenheit Trinkwassernot herrschte und das Wasser für die Dorfbewohner rationiert worden war. Bei den Demonstrationen rief der Bürgermeister die Polizei zu Hilfe: ein Demonstrant wurde erschossen. Aber die Zeiten der Friedhofsruhe in Spanien sind vorbei. g.j.

Diese Maßnahmen sind: Entlassungen, Aussperrung der gesamten Belegschaft, massiver Polizeieinsatz zur Sicherung der Durchführung dieser Maßnahmen und Einschüchterung der Belegschaft. Bei Renault, wo das gleiche geschah, sollen dabei mehrere
te und das Wasser für die Dorfbewohner rationiert worden war. Bei den Demonstrationen rief der Bürgermeister die Polizei zu Hilfe: ein Demonstrant wurde erschossen. Aber die Zeiten der Friedhofsruhe in Spanien sind vorbei. g.j.

Fiat-Turin: Streik gegen Kurzarbeit

Am Mittwoch, dem 9.10. fand in den Turiner Betrieben ein vierstündiger Generalstreik statt, der in den Fiat-Werken auf acht Stunden ausgedehnt wurde. Vor dem Hauptwerk von Fiat, Mirafiori, kam es vor Schichtbeginn an einigen Werkstoren zu harten Auseinandersetzungen: Meister, Vorarbeiter und andere Streikbrecher versuchten mit Gewalt durchzubrechen. Im ganzen soll es nach Zeitungsberichten etwa 15 Verletzte gegeben haben; ein Streikbrecher wurde schwerer verletzt, als er versuchte, mit seinem Auto eine Streikpostenkette zu durchbrechen und gegen eine Mauer fuhr, weil sein Auto angeblich von einem Stein getroffen worden war. Im ganzen war dieser Streik ein voller Erfolg: Die Unternehmensleitung von Fiat selbst sprach von einer 90 %-Streikbeteiligung.

Der unmittelbare Anlaß für diesen Streik war die Entscheidung von Fiat, 71 000 Arbeiter bis Januar kurzarbeiten zu lassen, was bedeutet, daß diese Arbeiter jeweils nur die ersten drei Tage der Woche arbeiten dürfen. Für die restlichen beiden Tage sollen sie aus der Arbeitslosenkasse bezahlt werden, was im günstigsten Fall 80 % des Normallohnes bedeutet. Bei einem Stundenlohn von weniger als 5 Mark für einen qualifizierten Arbeiter und einer Inflationsrate von über 20 % kann man sich vorstellen, was das bedeutet. Ein Fiat-Arbeiter sagte zu mir: "Also in einem Moment, wo wir unbedingt mehr Geld brauchen, um überhaupt weiterleben zu können, kürzt Fiat unser Geld noch weiter."
Aber die Fiat-Arbeiter streikten nicht nur gegen diese Lohnminderung, die Arbeiter in den anderen Fabriken Turins streikten nicht nur aus Solidarität. Denn die Kurzarbeit bei Fiat ist der Startschuß für eine Politik des "Gesundschrumpfens", mit der die italienischen Konzerne und große Teile der Regierung Inflation, Überproduktion, "Öl-Lücke" und Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf einmal bewältigen wollen.

aus einem Reisebericht von M.M., Hannover

Der unmittelbare Anlaß für diesen Streik war die Entscheidung von Fiat, 71 000 Arbeiter bis Januar kurzarbeiten zu lassen, was bedeutet, daß diese Arbeiter jeweils nur die ersten drei Tage der Woche ar-
italienischen Konzerne und große Teile der Regierung Inflation, Überproduktion, "Öl-Lücke" und Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf einmal bewältigen wollen.
aus einem Reisebericht von M.M., Hannover

Bewaffneter Kampf kanadischer Indianer um bessere Lebensbedingungen

Bewaffnete Ojibway-Indianer haben den Anishinabe-Park von Kenora im nördlichen Ontario besetzt. In diesem Park leben 11 000 Menschen. Die Indianer haben gedroht, jeden Hubschrauber, der zur Auslotung von Rückeroberungsmöglichkeiten den Park überfliegt, abzuschießen. Mit dieser Besetzung hat der Kampf der kanadischen Indianer gegen ihre verheerenden Lebensbedingungen einen Höhepunkt erreicht.

Burma: Aufwärtsentwicklung im Befreiungskampf

Die "Volksstimme Burmas", der Rundfunksender der Kommunistischen Partei, berichtete.
Seit Januar 1968 sind 1 783 bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Söldnern des Regimes geführt worden. Dabei wurden 11 400 Söldner außer Gefecht gesetzt, 1 136 wurden gefangengenommen, 4 400 Waffen verschiedener Art wurden erbeutet. 1973 gab es eine große Aufwärtsentwicklung für den Kampf der Volksstreitkräfte: Zahlreiche Verbindungswege wurden unterbrochen durch das Sprengen von 126 Brücken. Sie erbeuteten 16 Kanonen und Granatwerfer einschließlich großer Munitionsvorräte, außerdem 5 Funkgeräte, 92 Pferde und Esel sowie ferner 3 Pionierboote und knapp 1 Million DM.

Für die Unabhängigkeit Sikkims

Studenten in Sikkim und Indien haben in den letzten Tagen mehrfach Protestaktionen gegen die wirtschaftliche Einverleibung Sikkims durch Indien durchgeführt. Das berichtete die nepalesische Wochenzeitung "Matribhumi" am 1.Oktober. Trotz massiven Terrors von Seiten indischer Armeeinheiten gelang es den Studenten in Gangtok, der Hauptstadt Sikkims, sich zu versammeln und Parolen zu rufen: "Für Freiheit und Unabhängigkeit Sikkims".

Demonstration in Südkorea

Gegen die Verfolgung der fortschrittlichen Koreaner gibt es immer wieder Demonstrationen in Seoul, der Hauptstadt Südkoreas. In der vergangenen Woche haben mehrere De-

Demonstration in Südkorea
Gegen die Verfolgung der fortschrittlichen Koreaner gibt es immer wieder Demonstrationen in Seoul, der Hauptstadt Südkoreas. In der vergangenen Woche haben mehrere De-
monstrationszüge, an denen sich jeweils mehrere Tausend Menschen beteiligten, die Freilassung aller politischen Gefangenen von der Park-Clique gefordert. Die Park-Clique gerät in immer größere Schwierigkeiten, die Kontrolle über das Volk entgleist ihr mehr und mehr. Das ist der Grund, weshalb sie überall ihren Terror und ihre Unterdrückungsmaßnahmen verstärkt.

Angriffe auf die Arbeiterklasse in Italien

Erfolglose Spaltungsversuche / Der Antifaschismus der Revisionisten

Im folgenden werden zwei Artikel über Italien abgedruckt, der eine über einen weiteren Spaltungsversuch der ohnehin schon aufgesplitterten italienischen Gewerkschaftsbewegung, der andere über die Frage des Rechtsputsches, der zeigt, wie die Revisionisten von der Kommunistischen Partei diesen zu verhindern suchen.

Seit der Abfassung der beiden Artikel hat die Krise ihren Verlauf weiter beschleunigt: Die Regierung Rumor ist zurückgetreten, es wird jetzt mit einer christdemokratischen Minderheitenregierung unter Fanfani gerechnet, auf Neuwahlen will derzeit keine der größeren Parteien hinaus. Fanfani, der Chef der Christdemokraten, spielt sich überall als "starker Mann" auf. Bekannt ist er für seine Bereitschaft, mit den Faschisten von der MSI unter Almirante, zusammenzugehen. Gezeigt hat sich das im Sommer bei dem Versuch, die Scheidungsgesetzgebung zurückzunehmen.

Der CIA versucht, die italienischen Gewerkschaften zu spalten.

Vergangenen Juli kam es in Rom zu Besprechungen zwischen Fanfani (der Führer der Christdemokraten), La Malfa (Führer der Republikaner) und Tanassi (Führer der Sozialdemokraten) einerseits und Ilving Brown, Agent des CIA und Vertreter der amerikanischen Gewerkschaft AFL–CIO andererseits. Thema der Gespräche: Spaltung der Gewerkschaft CGIL–CISL-UIL und Schaffung einer neuen antikommunistischen Gewerkschaft. Dies enthüllte das bürgerliche Nachrichtenmagazin "Panorama" in seiner letzten Nummer (N.439).
Der CIA ist überzeugt, mit ca. 20 % der CISL, der christdemokratischen Gewerkschaft, die 1948 ebenfalls auf Betreiben des CIA aus einer Spaltung der CGIL hervorgegangen ist, und mit 80 % der UIL (republikanisch), die 1950 aus einer Spaltung der CISL hervorgegangen ist, diese neue Gewerkschaft schaffen zu können.
Ilving Brown hat in allen arbeiterfeindlichen Aktionen der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle gespielt: 1948 und 1950 war er einer der Hintermänner der Spaltung der italienischen Gewerkschaften.
1947 organisierte er persönlich die Streikbrecher gegen die französischen Hafenarbeiter, die sich weigerten, die Schiffe mit der Marshall-Plan-"Hilfe" zu entladen.
Augenblicklich gibt er in Paris ein Bulletin, das sich "Notizen des freien Syndikalismus" nennt, heraus. Obwohl laut "Panorama" die drei Parteiführer eher reserviert waren, konnte Brown feststellen: 1., daß seine Vorschläge von den italienischen Politikern aufmerksam angehört wurden; 2., daß eine Spaltung der Gewerkschaft im Augenblick wohl nicht möglich, jedoch das erklärte Ziel einer Minderheit in der CISL und der sozialdemokratischen Fraktion der UIL ist.
Vincenzo Casati, einer der Wortführer der Gewerkschaftsspalter, erklärte in einem Interview in der zitierten Panorama-Nummer das Ziel dieser neuen "Arbeitervertretung":
"Erstens: Wiederaufnahme der vollen Produktivität, Zusammenarbeit der sozialen Partner und daher Vermeidung von Konflikten in den Fabriken.
Zweitens: Übereinkünfte mit der Unternehmerseite und Lohnstop, um so zu einer Regulierung der Preise zu kommen.
Drittens: Hauptaugenmerk auf die produktiven Investitionen, um Rezession und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, Beiseitestellen der sozialen Investitionen."
Wie man sieht, ein "Arbeiterprogramm", das genau den momentanen Bedürfnissen der italienischen Bourgeoisie entspricht.
Auf die Geschichte der italienischen Gewerkschaften soll in einer der nächsten KVZ-Nummern eingegangen werden, man kann aber jetzt schon sagen, daß die Realisierung der für das Frühjahr 1972 versprochenen Einheitsgewerkschaft noch in weiter Ferne liegt. Wenn sich teilweise eine Einheit der Basis schon verwirklicht hat, dann nur aufgrund der großen Lohnkämpfe der italienischen Arbeiterklasse in den vergangenen Jahren. Die Kommunisten, die sich immer für die Einheit der Gewerkschaften einsetzen, wissen deswegen auch, daß diese nicht durch Gipfelgespräche der Gewerkschaftsbonzen, sondern nur im bedingungslosen Kampf der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Und sie wissen auch, daß die italienische Arbeiterklasse die Reife und Kampfbereitschaft besitzt, um die rechten Elemente in den Gewerkschaften immer mehr zu isolieren und um die Spaltungsversuche der amerikanischen Imperialisten endgültig in den Wind zu schlagen.

Der 22.September in Florenz, oder Antifaschismus, wie ihn die Revisionisten meinen.

Am 22.September fanden in Florenz die großen Feierlichkeiten zum dreißigsten Jahrestag der Befreiung vom Nationalfaschismus statt. Vor 30 Jahren marschierten mit roten Fahnen und Halstüchern die Partisanen der "Brigade Garibaldi", der "Wölfe der Toskana" und vieler anderer unter dem Jubel der antifaschistischen Bevölkerung in Florenz ein. Dasselbe sollte sich heuer wiederholen, nur etwas anders, nämlich so, wie sich die Revisionisten, die die Toskana regieren, eine demokratische Militärpolitik vorstellen. Zu dem Zweck wurde Staatspräsident Leone, der nur mit der Stimmhilfe der Faschisten gewählt werden konnte, der Verteidigungsminister Andreotti, Chef einer der arbeiterfeindlichsten Regierungen der Nachkriegszeit, der oberste Kommandant der Streitkräfte Henke und Ministerpräsident Rumor nach Florenz eingeladen. Weiter sollten an der großen Abschlußparade das Heer und gar eine Abteilung der amerikanischen Truppen gemeinsam mit den Partisanen, brüderlich an der großen Ehrentribüne vorbeidefilieren. Um ja keinen Zweifel an ihrer zutiefst demokratischen Gesinnung aufkommen zu lassen, ließ die Kommunistische Partei Italiens die roten Halstücher und Fahnen durch grün-weiß-rote ersetzen und über alle Sektionen wurde befohlen, ja nicht die Faust zum kommunistischen Gruß zu ballen. Ein 7 000-köpfiger Ordnungsdienst sollte dafür sorgen, daß das alles befolgt würde und mißliebige Elemente, die vielleicht wagen sollten, die Amerikaner auszupfeifen, aus der zuschauenden Menge zu holen.
So war für alles bestens gesorgt, daß nach dem großen Gottesdienst im Fußballstadion bei der Parade die KPI allen zeigen konnte, daß sie wirklich alles, aber nur nicht den Sozialismus in Italien verwirklichen will.
Und so wurde denn auch am nächsten Tag in der "Unita" diese Feier als ein aufrecht demokratisches und patriotisches Fest gefeiert.
Und dies war es auch wirklich, nur nicht ganz in dem Sinne, wie es die Revisionisten beabsichtigt hatten: Leone, Rumor und Henke glänzten durch Abwesenheit. Auf der Ehrentribüne saß nur der ultrareaktionäre Andreotti neben diversen lokalen KP-Bonzen, die süß-säuerlich lächelnd, tausend und abertausend Partisanen, Frauen und Männer, mit erhobenen Fäusten antifaschistische und antiimperialistische Slogans skandierend vor sich vorbeiziehen sahen. Die Straßenseiten wurden gesäumt von einem antifaschistischen Florenz, das genau wußte, wo der Feind und der Faschismus steht. Mit erhobenen Fäusten begrüßten sie die Partisanen, mit Pfiffen die amerikanischen imperialistischen Truppen. Den größten Beifall erhielten aber Soldaten, die bei der Parade, auch auf die Gefahr scharfer Festungshaft hin, die Faust unter dem Gewehrgriff ballten und so allen zeigten, was sie unter militantem Antifaschismus verstanden.
Man sieht: weite Teile der Arbeiterklasse und des Volkes haben die Lehre aus Chile gezogen. Sie wissen: Die bürgerlichen Armeen sind Armeen aus dem Volk gegen das Volk. Sie werden auf den warmen Händedruck mit dem General nicht hereinfallen, sondern im Gegenteil ihre Wachsamkeit noch verstärken. G.B./J.O.,Florenz

Aktionseinheiten sind möglich

Am 23. September fand im Jugendzentrum in Heide (Schleswig-Holstein) eine Solidaritätsveranstaltung mit dem chilenischen Widerstand statt. Es ist uns gelungen, die Veranstaltung auf der Grundlage des Aufrufs der Chile-Komitees gemeinsam mit den Jusos, SDAJ und fortschrittlichen Menschen zu machen. Es kamen ungefähr 60 Leute. Das Chile-Komitee Kiel zeigte einen Dia-Vortrag, der zum Aufbau der bewaffneten Volksmacht aufrief. Die anschließende Diskussion und die Darlegung der unterschiedlichen Auffassungen zum Aufbau der Volksmacht lief gut. Insbesondere setzte sich der Standpunkt durch, daß der Faschismus in Chile nur durch den bewaffneten Kampf des chilenischen Volkes besiegt werden kann. Wir sammelten 43 Unterschriften für die Forderung: "Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!" Wir machten eine Geldsammlung für die Unterstützung des Widerstandes. Die Diskussion, an wen das Geld gehen soll, machte deutlich, daß eine knappe Mehrheit noch nicht genügend Vertrauen zu den revolutionären Organisationen in Chile hat, was nicht zuletzt an deren Zersplitterung liegt. Das Geld wurde an den chilenischen Gewerkschaftsverband geschickt. Die Veranstaltung war ein Erfolg und zeigte, daß Aktionseinheiten um eine Sache möglich sind, und daß nur so die Auffassungen der Kommunisten unter die Leute kommen. Sie zeigte, daß örtliche Gruppen der Jusos und der SDAJ sich nicht an die Beschlüsse ihrer Leitungen gebunden fühlen.

–Heider Sympathisanten des KBW–

Die GRUNK muss in die UNO

USA raus aus Kambodscha / Anerkennung der GRUNK durch die Bundesregierung

In der jetzigen 26.Sitzungsperiode der Vereinten Nationen steht erneut die Aufnahme der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) auf der Tagesordnung. Diesmal wird es den US-Imperialisten nicht mehr so ohne weiteres gelingen, die Herstellung der legitimen Rechte der GRUNK in der UNO und die Vertreibung des US-Marionettenregimes Lon Nol zu verhindern. Die Lage hat sich seit einem Jahr, wo die USA nur durch einen Verfahrenstrick die Aufnahme verhindern konnte, weiter zu Gunsten der vom US-Imperialismus angegriffenen Völker verändert. Vor allem die Völker Afrikas haben große Schritte vorwärts gemacht. Guinea-Bissau ist neues Mitglied in der UNO. Den Vorsitz der Konferenz hat zum ersten Mal ein Vertreter einer Regierung, deren Politik sich gegen den Imperialismus wendet: Algeriens Außenminister Bouteflika. Der Ministerpräsident Algeriens, Boumedienne, hat alle "Blockfreien Staaten" aufgefordert, die GRUNK zu unterstützen.

Die Bundesregierung verfolgt auch nach dem Pariser Friedensabkommen weiterhin ihre aggressiv-imperialistische Politik gegenüber dem kambodschanischen Volk. Sie verweigert die Anerkennung der GRUNK, bezeichnet ihren gerechten Kampf als Störung des Weltfriedens und verfolgt in der BRD diejenigen, die sich konsequent auf die Seite der GRUNK und des kambodschanischen Volkes stellen und dafür Sammlungen durchführen.

In den letzten Wochen verbreiteten die US-Imperialisten immer wieder Gerüchte von einer bevorstehenden Großoffensive der Befreiungsstreitkräfte auf Phnom Penh. Sicher ist, daß die Kämpfe sich mit Beginn der Trockenperiode gegen Ende des Jahres wieder verstärken werden. Die US-Imperialisten haben bisher stets versucht, Erfolge der Befreiungsfronten durch die Fortsetzung und Verschärfung ihrer Einmischung rückgängig zu machen. Wir müssen deshalb verstärkt die Beendigung der US-Aggression fordern und gegenüber weiteren Eskalationen wachsam sein.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, das kambodschanische Volk im Kampf um die UNO-Aufnahme zu unterstützen. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung die Anerkennung der GRUNK, die Aufhebung der Sammelverbote und die Unterstützung der Aufnahme der GRUNK in die UNO. Ein gutes Mittel hierzu werden Resolutionen von Organisationen und Gremien, wie Gewerkschaftsgruppen, von Veranstaltungen und Versammlungen sein. Diese Resolutionen sollen an die Bundesregierung und die Presse weitergeleitet werden. Außerdem bitten wir, sie an das Indochina-Komitee Heidelberg zu senden, das sie zusammenfassen und an die GRUNK weiterleiten wird.

Folgen wir dabei dem Aufruf, den wir von Thioun Prasith erhalten, dem Sekretär des Politischen Büros des Zentralkomitees der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), der im folgenden abgedruckt wird.

für die Indochina-Komitees in Frankfurt, Mannheim, Freiburg, Wiesbaden, Hamburg, Kiel, Göttingen, Wuppertal, Bochum und Heidelberg

Indochina-Komitee Heidelberg c/o Buchhandlung Rupp-Grunow, 69 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 48



Eine Demonstration des kambodschanischen Volkes in einer Stadt in den befreiten Gebieten

Der Aufruf der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK)

Liebe Freunde,

die amerikanischen Imperialisten benutzen die gegenwärtige Situation, wo andere Probleme die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich ziehen, dazu, ihre Einmischung in Kambodscha heftig und verbissen weiterzutreiben.

Um die amerikanische und internationale öffentliche Meinung zu verwirren, lassen sie lügnerische und tendenziöse Meldungen verbreiten. Indem sie so ihren Aggressionskrieg als 'Bürgerkrieg' erscheinen lassen, verschleiern sie so ihre volle Verantwortung für die unmenschlichen Verbrechen, die sie zusammen mit den Verrätern von Phnom Penh gegen das Volk von Kambodscha fortwährend begehen.

Seit der Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Volk von Kambodscha in Paris am 8. und 9.Dezember 1973, die von 53 französischen Organisationen in der Konferenz von Stockholm angeregt worden war, haben das Volk von Kambodscha, seine Befreiungsarmee (FAPLNK), die FUNK und die GRUNK auf allen Gebieten Siege davongetragen. Damit hat sich jene unaufhaltsame Strömung verstärkt, die sie dem totalen und unausweichlichen Sieg entgegenführt. Die gegenwärtige militärische, politische und wirtschaftliche Lage Kambodschas ist dafür bezeichnend. Mitten in der großen befreiten Zone, die sich über mehr als 90 % des nationalen Territoriums erstreckt, flüchten sich die Verräter von Phnom Penh in einige Enklaven. Diese sind nur 3 oder 4 Kilometer breit und werden darüberhinaus immer kleiner. Zwischen ihnen können sie die Verbindung nur noch auf dem Luftweg aufrechterhalten. Überall hat die Volksbefreiungsarmee diese Enklaven bis auf wenige Kilometer eingekreist und die Verrätertruppen können sich kaum einen Kilometer daraus herauswagen. Innerhalb eines Jahres, vom Juni 1973 bis zum Mai 1974, hat der Feind mehr als 60 % seiner Kampfkraft eingebüßt und kann nicht mehr die geschlagenen Breschen schließen; Seit Anfang 1974 hat er gerade noch mit Mühe 20 % seiner Verluste ersetzen können: Die Bevölkerung will nicht mehr länger an seiner Stelle sterben. Sie hat wirksam den Kampf gegen die Rekrutierungen aufgenommen. Darüberhinaus werden die feindlichen Truppen, die zurückbleiben, durch die Volksbefreiungsarmee weiterhin dezimiert.

Phnom Penh, die Hauptstadt, die die Volksbefreiungsarmee bis auf 10 km umzingelt hat, ist vom ganzen Land isoliert. Die Verräter-Clique kann sich überhaupt nur am Leben erhalten mit Hilfe des Mekongs, jenem Kordon, auf dem immer noch – allerdings mit 50 % Verlust – der Nachschub eintrifft. Das sind Hilfsgüter aller Art (Waffen, Munition, Treibstoff, Reis u. a.), die geliefert werden von den amerikanischen Imperialisten. Mehr und mehr trennt sich die Bevölkerung aller Enklaven und besonders die von Phnom Penh von den Verrätern und geht in die befreite Zone. Diejenigen, die gezwungen sind, in den Enklaven zu bleiben, haben ihren Haß in politische Gewalt umgewandelt und sich gegen die Verräter bewaffnet. Die zahlreichen Kämpfe im Mai und Juni dieses Jahres zeugen davon, Kämpfe, die durch ihre Kontinuität, ihre Intensität und ihre wachsende Häufigkeit bemerkenswert sind.

Die Bevölkerung fordert die Vernichtung der Verräter und den Abzug der amerikanischen Imperialisten, deren Repräsentant am Ort, "Botschafter" Gunther Dean, sich als wirklicher Herrscher aufführt. Er befiehlt, läßt hinrichten und überwacht die Ausführung der Befehle aus Washington vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Darüberhinaus befehlen mehr als 4 000 amerikanische Berater direkt auf den Schlachtfeldern, trotz des Verbots (der Einmischung von US-Soldaten, die Red.) durch den amerikanischen Kongreß.

Die in Thailand stationierten Flugzeuge der US-Luftwaffe fliegen mehr als 600 Einsätze im Monat, um die Enklaven, die ständig durch die Volksbefreiungsarmee umzingelt sind, über Fallschirme zu versorgen.

Die amerikanische Regierung investiert weiterhin mehr als 2 Millionen Dollar pro Tag für den vergeblichen Versuch, ihr Werkzeug des Neokolonialismus am Leben zu erhalten.

Die Verräter von Phnom Penh leben nur durch die Intervention der amerikanischen Imperialisten. Sie haben kein Territorium, keine produzierende Bevölkerung, keine Wirtschaft, keine Finanzen. Ihr "Budget" hängt einzig und allein am Budget der USA. Diese Verräter repräsentieren nichts als sich selbst: das heißt eine Bande von Räubern, ohne Glauben, ohne Gesetz, die sich mit Leib und Seele den amerikanischen Imperialisten verkauft hat.

Angesichts des unabwendbaren völligen Zusammenbruchs der Verräter breitet sich die große befreite Zone – ein einheitliches Gebiet mit reichen natürlichen Ressourcen – immer weiter aus und festigt sich in jeder Hinsicht entsprechend dem politischen Programm der FUNK: militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial. Ein neuer unabhängiger, souveräner demokratischer und neutraler Staat ist dort im Aufbau und im Erstarken begriffen. Er funktioniert als solcher mit allen Kennzeichen der legitimen und legalen Macht.

Die FUNK und die GRUNK sind die tatsächlichen Vertreter dieser Macht. Sie werden nicht nur von mehr als 5.500.000 Bewohnern der befreiten Zone getragen und verteidigt, sondern auch von den nahezu 1.500.000 Bewohnern der Enklaven unter der provisorischen Kontrolle des Feindes. Die Bevölkerung hat eine wachsende politische Erziehung erhalten und besitzt die Fähigkeit, alle ihre Probleme zu lösen. Indem sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nimmt, führt sie mit Entschlossenheit den Kampf für die nationale Befreiung, den Aufbau und die Stärkung ihres einheitlich organisierten und aufgebauten Staates. Sie ist bereit, alles zu opfern, um die Unabhängigkeit, Souveränität und die Ehre Kambodschas zu verteidigen.

Dieser Staat wird gegenwärtig von 62 Ländern der Welt anerkannt, mit denen er diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Er wird unterstützt von allen Völkern der Welt, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, das amerikanische Volk und seine nationalen und internationalen demokratischen Organisationen eingeschlossen.

Eure Organisation hat viele Anstrengungen zur Mobilisierung dieser internationalen Unterstützung unternommen. Im Sinne und in Übereinstimmung mit der Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem kambodschanischen Volk, die wir in Paris abhielten, rufen wir jetzt Eure Organisation dazu auf, ihre Hilfe und aktive und vielfältige Unterstützung (durch Konferenzen, Solidaritätsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Resolutionen und Pressekampagnen u. a.) für den gerechten Kampf unseres Volkes, für sein Überleben und das Überleben unserer Nation zu verstärken. Wir rufen Euch auf, weiterhin die amerikanische Einmischung in Kambodscha zu denunzieren und zu verurteilen, die Beendigung dieser Einmischung zu verlangen wie auch die Einstellung der massiven Hilfe, die den Verrätern von Phnom Penh in allen Bereichen gewährt wird.

Wir appellieren an Euch, insbesondere Eure Aktivitäten zur Forderung nach Rauswurf der Verräter von Phnom Penh aus der UNO zu vervielfältigen, damit die legitimen Rechte der GRUNK als wirklicher Repräsentant des unabhängigen und souveränen Volkes von Kambodscha wiederhergestellt werden.

Es ist Zeit, daß die UNO, entsprechend ihrer Charta, aus ihrer Mitte die usurpatorischen Verräter ausschließt, denen das kambodschanische Volk seit langer Zeit jegliche Repräsentativität abgesprochen hat. Eine solche Maßnahme der Gerechtigkeit wird nur das Ansehen und die wirkliche universale Bedeutung der UNO heben. Das kambodschanische Volk, seine Befreiungsstreitkräfte, die FUNK und die GRUNK sprechen Euch ihren Dank aus. Dabei sind sie überzeugt, daß Eure direkte Hilfe und aktive Unterstützung sich entwickeln werden, um dazu beizutragen, in Kambodscha einen wirklichen und dauerhaften Frieden in Unabhängigkeit, Souveränität, Demokratie und Ehre herzustellen.

Liebe Freunde, ich versichere Euch meiner hohen Wertschätzung und meiner aufrichtigen Grüße.

21.September 1974

Die Geschichte der „Brigade der Habenichtse"

Bericht von einem Besuch bei 2 chinesischen Brigaden im Osten der Provinz Hopeh

Schaschüyi. Im Osten der Provinz Hopeh, am Fuß der Großen Mauer, liegen die zwei landwirtschaftlichen Produktionsbrigaden Siphu und Schaschüyi. Sie gehören nach der berühmten Brigade Dadschai zu den vorbildlichsten Brigaden in China, deren Kampf gegen die Reaktion und zur Umgestaltung der Natur ein Ansporn für die bäuerlichen Massen des ganzen Landes ist. Viele Bauern kommen von weit her, besuchen diese Brigaden, lernen von den dort gemachten Erfahrungen und berichten über ihre eigenen Probleme und Erfolge. Für sie ist der Kampf mit der Natur zugleich ein Kampf gegen den Klassenfeind.

Siphu ist bekannt unter dem Namen "Brigade der Habenichtse". 1952, drei Jahre nach dem Sieg der chinesischen Revolution, beschlossen in dem Dorf einige Familien armer Bauern, sich genossenschaftlich zusammenzuschließen. Sie besaßen kaum landwirtschaftliche Arbeitsgeräte und ihr Viehbestand beschränkte sich auf "drei Beine eines Esels" (das heißt, daß der Esel nur zu drei Vierteln ihnen gehörte). Aber ihre durch ungeheure Anstrengungen herbeigeführten Leistungen zeugten in kurzer Zeit von der Richtigkeit ihres Weges. Mao Tse-tung bezeichnete diese "Habenichtse" als beispielgebend für die "gesamte Nation". "Warum sollten 600 Millionen Habenichtse nicht durch ihre eigenen Anstrengungen ein reiches und starkes sozialistisches Land schaffen können?" Die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung Mao Tse-tungs propagierte für die Sicherung des Aufschwungs in der Landwirtschaft die führende Rolle der Politik des Proletariats, den Weg der Kollektivierung und des Sozialismus und das Vertrauen auf die eigene Kraft.

Die Familien, die sich unter der Leitung des Parteizellensekretärs, des armen Bauern Wang Guo-fan, genossenschaftlich zusammenschlössen, verlangten keine staatlichen Kredite, sondern vertrauten einzig auf ihre eigene Arbeitskraft. Im Gebirge gesammeltes Holz verkauften sie als Brennmaterial. Mit dem auf diese und ähnliche Weise verdienten Geld konnten sie sich etwas Vieh und Ackerbaugeräte anschaffen. Sie arbeiteten hart, zogen gemeinsam mit dem Zugtier den Pflug und konnten 1952 die erste größere Ernte einbringen. Zwei Jahre später war durch ihr ermutigendes Beispiel trotz der Widerstände und des Spotts von seiten der ehemaligen reichen Bauern das ganze Dorf in die Gemeinschaft miteinbezogen. Die stufenweise Weiterentwicklung dieser Genossenschaft bis zur Brigade sicherte ihren Mitgliedern im Kampf eine fortlaufende wirtschaftliche Verbesserung. Ihre Feinde waren diejenigen, die mit allen Mitteln die Kollektivierung verhindern wollten und weiter für die individuell betriebene Landwirtschaft eintraten. Das waren die Vertreter der alten herrschenden Klassen.

Auf meine Frage nach den Kämpfen in dieser Brigade zwischen dem revolutionären und dem reaktionären Weg sagte der stellvertretende Leiter des Revolutionskomitees, ein Bauer von etwa 46 Jahren: "Auch hier gab es Vertreter der Reaktion. Einer hatte sich sogar bis in die Leitung der Parteizelle eingeschlichen. Er propagierte die Linie Liu Schao-tschis. Er war gegen die Volkskommune, gegen die Kollektivierung und wollte erst die Mechanisierung. Das war der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao genau entgegengesetzt. Außerdem forderte er die Vergrößerung der privaten Parzellen und sagte den Bauern, sie sollten beim Verkauf der Feldfrüchte höhere Preise verlangen."

"Und in der Kulturrevolution stießen die beiden Seiten hart aufeinander?"

"Während der Kulturrevolution führten wir größere Kämpfe gegen die Reaktionäre. Das war eine weitere Stufe des Kampfes zwischen der Kommunistischen Partei und der Kuomintang. Es war ein sehr notwendiger und wichtiger Kampf, in dem wir die Reaktion besiegt haben. Durch die richtige politische Führung unseres Sekretärs Wang Guo-fan haben wir hier den sozialistischen Weg behauptet und die Mao Tse-tung-Ideen wurden unter den Massen noch mehr verbreitet. Der Geist der Habenichtse wird weiter entfaltet, und das Neue siegt."

Die Bauern von Siphu sagen, daß sie einen "Kampf gegen Himmel und Erde und gegen die Klassenfeinde" führen. Um guten Ackerbau betreiben zu können, mußten sie fast ihr gesamtes Land, das in den Bergen liegt, planieren. Die schrittweise Kollektivierung brachte durch die gemeinsame Arbeit eine laufende Erhöhung der Ernte und erreichte im letzten Jahr pro Flächeneinheit zwölfmal soviel wie kurz nach der Befreiung. Sie verfügen jetzt über eine Reihe von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen und haben eine große Zahl von Zugtieren. Eine großartige Bestätigung der richtigen Linie der Kommunistischen Partei Chinas! Wang Guo-fan, der mutige Leiter derProduktionsbrigade Siphu, wurde in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gewählt.

Unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats lauert überall der Klassenfeind, der die Revolution bremsen und die alte Gesellschaft wieder herstellen will. Konterrevolutionäre können heute in der Volksrepublik China nicht einfach offen als Fürsprecher der Großgrundbesitzer oder der Kapitalisten auftreten. Die Massen würden sie vom Podest zerren und verhaften. Deshalb maskieren sich die Reaktionäre, tun so, als ob sie für den Sozialismus seien und nur den Fortschritt wollten. Tatsächlich aber widersetzen sie sich dem Gang der Revolution und versuchen, die Massen vom Kampf zur Umgestaltung der Natur abzuhalten und spotten, wenn die Arbeiter und Bauern auf ihre eigene Kraft vertrauen und die Arbeit beginnen. Hier in Schaschüyi haben aber die Bauern bewiesen, daß die arbeitenden Massen, wenn sie die objektiven Gesetze erfaßt haben, ihre Erfahrungen zusammenfassen und mit revolutionärem Willen die Aufgaben in Angriff nehmen, Großes leisten können. Jeder Kampf mit der Natur wird deshalb von den Massen gleichzeitig als ein Kampf gegen die Klassenfeinde geführt, denn ein Mißerfolg wäre ein Triumph für die Reaktionäre.

Die Gegend um Schaschüyi ist mit Steinen besät und felsig. Darum war Schaschüyi sehr arm, aus dem Boden war kaum etwas herauszuholen. Aber während der Kulturrevolution wuchs das revolutionäre Bewußtsein der Mitglieder der Brigade, und sie begannen, zu Fuß und mit Tragkörben von weit her Erde zu holen. Ein weibliches Mitglied des Revolutionskomitees sagt: "Wir sind 10 000 Li gegangen und haben 1 000 Traglasten getragen." So wurde das erste Mu (chinesische Flächeneinheit) bedeckt mit Erde, worauf heute Mais wächst. Zur Bekämpfung des Wassermangels schlugen sie unter härtesten Anstrengungen ein riesiges Wasserreservoir in den nackten Fels. Um mit dem Traktor Erde von der anderen Seite des Berges holen zu können, haben die Bauern einen Tunnel von über 250 Meter Länge durch den Fels gehauen. Bis jetzt ist über die Hälfte des Landes der Brigade mit Erde bedeckt worden. Wirklich eine revolutionäre Tat! Die Ernten sind überdurchschnittlich hoch. Die jugendliche Genossin vom Revolutionskomitee sagt: "Früher gab es auf den Bergen nur Steine; jetzt wächst dort Obst, und der Geist von Yü Gung, der Berge versetzt, trägt überall Früchte."

Aber die chinesischen Bauern sind sich bewußt, daß der Weg noch weit ist. Der stellvertretende Leiter von Schaschüyi läßt alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland grüßen und fügt bescheiden hinzu: "Wir sehen, daß wir zwar Errungenschaften haben; wir haben aber noch nicht genug gearbeitet. Wir müssen mehr leisten für die Revolution in China und in der Welt."

Die Bauernschaft ist der starke und zuverlässige Verbündete des chinesischen Proletariats. Die großen Siege in der demokratischen und in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus wären ohne die Festigung dieses Bündnisses nicht möglich gewesen. Die richtige Führung durch die Kommunistische Partei Chinas und das hohe politische Bewußtsein der chinesischen Massen garantieren weitere Siege.

–U.Kräuter, z.Z. Peking–

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime!

Diese Seite ist dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime gewidmet. Nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus kommt dem Kampf des Volkes von Zimbabwe eine besondere Bedeutung zu. Das rhodesische Siedlerregime ist die nächste Bastion, die die afrikanischen Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus stürmen und schleifen müssen. Der Kampf des Volkes von Zimbabwe verdient die Unterstützung aller Freunde der afrikanischen Völker und aller fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland. Entsprechend der internationalen Bedeutung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) werden wir unsere Unterstützungsbemühungen in den nächsten Monaten auf Zimbabwe und die ZANU konzentrieren. Wir fordern all unsere Mitglieder und alle Freunde des afrikanischen Befreiungskampfes auf, dem Aufruf des Genossen Chiwara zu folgen und durch ihre Bemühungen zur Beschaffung der dringend benötigten Landrover beizutragen. Diese Landrover, die neu sein müssen und feste Dächer haben müssen, werden zusammen rund 50 000 DM kosten. Im Namen unserer Organisation, im Namen unserer Sympathisanten und Freunde haben wir uns verpflichtet, diese Summe bis zum Januar aufzubringen. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn jeder, der dieses Projekt für richtig hält, in seiner Umgebung die Unterstützung organisiert und selbst zu seiner Verwirklichung im Rahmen seiner Möglichkeiten beiträgt.

Joscha Schmierer
Sekretär des Zentralen
Komitees des KBW

Bericht des Genossen Herbert Chitepo, dem nationalen Vorsitzenden des Zentralkomitees der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rassistische Siedlerregime.

Die ZANU wurde am 8.August 1963 gegründet. Dies war ein Wendepunkt in einer Ära der Kolonisation der Ausbeutung und Unterdrückung des afrikanischen Volkes von Zimbabwe durch eine Siedlergesellschaft.

Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts kämpft unser Volk gegen die Siedler, die in unser Land eindrangen und es uns raubten. Der Aufstand dagegen – in unserer Sprache Chimurenga – wurde unterdrückt; ungefähr von 1897 bis 1957 herrschte zwischen den Siedlern und der afrikanischen Bevölkerung ein schwebender Kriegszustand. Während dieser ganzen Periode versuchten die Siedler ihre Macht zu konsolidieren; sie erweiterten ihre rechtsprechende Macht, bis sie 1923 die volle innenpolitische Herrschaft (von England, die Red.) zugesprochen bekamen. Faktisch heißt das, daß eine kleine Gruppe von Siedlern die Gesetzgebung, die Gerichte, die Armee, die Polizei und somit alle politischen Machtinstrumente unter Kontrolle hat. Sie setzten ihre soeben erlangte politische Macht zur Konsolidierung der privilegierten Stellung der Weißen ein und sicherten sich nahezu unbegrenzte Rechte auf Landbesitz. Sie sicherten sich die Vorherrschaft in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und im Erziehungswesen. Mit dem Instrument der Apartheid gewährleisteten sie eine Trennung zwischen Afrikanern und Weißen und schalteten jede mögliche Konkurrenzsituation zwischen beiden Rassen aus.
Diese Gesetze zur Unterdrücku
nern und Weißen und schalteten jede mögliche Konkurrenzsituation zwischen beiden Rassen aus.
Diese Gesetze zur Unterdrücku

Diskriminierung und Rassentrennung führten dazu, daß der ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) Anfang der 50er Jahre an Boden gewann. Ziel des ANC war es, die Lage der afrikanischen Bevölkerung zu verbessern – in bezug auf Landbesitz, Arbeitsmöglichkeiten, im Erziehungswesen, Gesundheitswesen und im sozialen Bereich usw. Allein die Tatsache, daß der ANC dem Willen und den Wünschen der Afrikaner deutlich Ausdruck verlieh, trieb die europäischen Siedler zum Gegenschlag: der ANC wurde verboten, seine Führer ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis geworfen. Es gelang ihnen jedoch nicht, unser Volk damit einzuschüchtern. Dieses gründete vielmehr eine neue Organisation, die NDP (Nationaldemokratische Partei), die die gleiche Zielsetzung wie der ANC hatte. Die gleiche Entwicklung wiederholte sich: sobald die NDP die Wünsche der afrikanischen Bevölkerung vertrat, wurde sie verfolgt, die führenden Mitglieder widerrechtlich ins Gefängnis geworfen und die Partei verboten. Aber auch hierdurch wurde unser Volk nicht eingeschüchtert, es gründete die ZAPU (Afrikanische Volkseinheit von Zimbabwe), die unter den gleichen Umständen weniger als ein Jahr existierte.

In dieser Situation entstand die ZANU, die von der Linie aller früher entstandenen Organisationen abrückte.

Sie strebt nicht mehr nach Reformen und nach Verbesserung der Lage des afrikanischen Volkes in einem System, das von Grund auf ungerecht ist; ihre neue Linie gründet sich auf der genauen Analyse der Lage des afrikanischen Volkes in Zimbabwe – seiner Lage unter der Herrschaft der imperialistischen und kolonialistischen Mächte in ganz Afrika, in Zimbabwe und in der ganzen Welt. Diese Analyse zeigte den Führern der ZANU eindeutig die Notwendigkeit einer neuen politischen Ausrichtung: nicht Verbesserung innerhalb des Kolonialregimes, sondern bewaffneter Widerstand. Dies bedeutet eine tiefgreifende Umwälzung der gesamten Vorstellungen von der Gesellschaft in Zimbabwe. Wir erkannten, daß wir nicht unterdrückt und ausgebeutet werden, nur weil wir schwarz sind, und daß die Weißen nicht die Ausbeuter sind, weil sie weiß sind, sondern daß wir unter einem internationalen System der Ausbeutung und Unterdrückung stehen: dem internationalen Kapitalismus und Imperialismus, dessen Macht hinter dem kleinen Regime von weißen Siedlern in unserem Land steht. Die ZANU entwickelte sich seither zu einer neuen Kraft in Zimbabwe, die eine völlige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebt. Sie erkannte, daß dies nur durch die Übernahme der politischen Machtinstrumente, der Gerichte, des Parlaments, der Polizei und der Armee zu erreichen war. Diese entscheidenden Machtinstrumente befinden sich jedoch noch in den Händen der weißen Siedler.

Die ZANU entwickelte sich zu einer revolutionären Partei, die mit der politischen Machtergreifung eine neue sozialistische Ordnung für das Volk von Zimbabwe verwirklichen will. Die ZANU ist eine sozialistische, marxistisch-leninistisch orientierte Organisation, die über die Ergreifung der politischen Machtinstrumente eine völlige Umwälzung der Verhältnisse in Zimbabwe anstrebt. In diesem Prozeß der politischen Machtergreifung strebt die ZANU nach der Errichtung einer neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, die alle Werte, die die Imperialisten und Kapitalisten dem Volk aufzuzwingen versuchten, aufhebt.

Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes unter Führung der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA)

Für die ZANU begann der Kampf bereits vor langer Zeit. Mit unserer Gründung traten wir in eine neue Phase des Kampfes. In den Anfangsjahren versuchten wir unsere Ziele durch die 'direkte Konfrontation' mit den Siedlern, wie wir es damals bezeichneten, zu erreichen. Frühere afrikanische Parteien in Zimbabwe hatten eine Verbesserung der Situation durch Diskussion und Vereinbarungen mit den Siedlern und den britischen Imperialisten zu erreichen versucht. Die ZANU vertrat jedoch, daß auf der Basis von Diskussionen mit den Siedlern keine Abkommen zu erzielen seien und der Weg der direkten Auseinandersetzung der einzig richtige sei. Zur Zeit der Aufnahme der direkten Auseinandersetzung im Jahre 1964, führten wir sie nur in kleinem Rahmen, indem wir die Weißen mit Steinen, Wurfgeschossen und anderen kleinen Waffen bekämpften. 1966 jedoch besaßen wir eine Kampfausbildung und einige Waffen, was uns in die Lage versetzte, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Dieser Kampf entwickelte sich erfolgreich. 1969/70 erkannten wir, daß wir zur erfolgreichen Weiterführung des Kampfes eine neue Art der Organisation brauchten. Wichtigster Bestandteil des erfolgreichen Kampfes war das Volk von Zimbabwe, Männer, Frauen, Kinder, Arbeiter, Landarbeiter und Bauern mußten in vollem und umfassenden Maße in den Kampf und in den revolutionären Prozeß unter Führung der ZANU mit einbezogen werden. Aus diesem Grunde nahmen Vortrupps der ZANLA (Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe), der bewaffnete Flügel der ZANU, die Arbeit unter den Volksmassen auf. Sie versuchten, dem Volk das Konzept der ZANU von einem neuen Zimbabwe zu erklären und es von der Notwendigkeit der Führung eines Volkskrieges zu überzeugen. Erst als die politische Massenmobilisierung breit durchgeführt worden war, eröffneten wir Ende 1972 eine neue Front im Nordosten von Zimbabwe. Dieses Gebiet war größtenteils im Besitz weißer Farmer, die einige Bergwerke und Mineralvorkommen besaßen. In diesem Gebiet gibt es nur wenige weiße Städte und Dörfer mit weißen Handelsunternehmen. Die ZANLA begann ihre Aktionen in diesem Gebiet. Mit Beginn unserer Aktionen und unserem Kampf erkannten die weißen Siedler die Bedrohung: Sie entwickelten einen Verteidigungsplan, in dessen Rahmen sie den weißen Siedlern Armeeinheiten zum Schutz ihres Besitzes schickten.

Bekanntlich verfügen die weißen Farmer in diesem Gebiet über großen Landbesitz, einige bis zu 800 Hektar, andere bis zu 8 000 Hektar. Außer dem Gut besitzt jeder einige kleine Bergwerksunternehmen usw.; sie alle erhielten von den Siedlereinheiten einen sogenannten 'Schutz vor Terroristen'. Mit diesen Einheiten führte die ZANLA die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen im Nordosten.

Inzwischen verging seit Ende 1972 keine Woche, ohne daß nicht über immer stärkere Kämpfe zwischen den Siedlereinheiten und der ZANLA berichtet wurde. In diesen Kämpfen gaben fast alle Schichten des Volkes, sogar die Kleinbourgeoisie, der ZANLA ihre feste Unterstützung und arbeiteten mit ihr in völliger Harmonie zusammen. Die ZANLA bewegte sich, wie der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung, es ausdrückte, wie ein Fisch im Wasser.

Dieser Prozeß dauert bereits seit über 2 Jahren an und führte zur ständigen bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der Armee des Smith-Regimes und unseren Streitkräften. Die ersten Schritte des Smith-Regimes zielten offensichtlich darauf ab, den Befreiungsorganisationen die Basis zu entziehen. Dies gelang ihm in keiner Weise. Mit allen Mitteln versuchte es, die Befreiungsorganisationen und die afrikanischen Volksmassen zu spalten, die Bauern, Arbeiter und die Kleinbourgeoisie in diesem Gebiet. Es begann mit einer Bestrafungskampagne gegenüber den Volksmassen: die Siedlereinheiten bombardierten ihre Häuser, schlossen ihre Schulen und Krankenhäuser. Sie beschlagnahmten das Vieh, trieben die Menschen zusammen, verhafteten unzählige und warfen sie ins Gefängnis. Kaltblütig erschossen sie Männer, Frauen und Kinder. Sie entrissen ihnen ihr Land und siedelten sie in andere Gebiete um. In den letzten Monaten gingen sie sogar noch weiter und errichteten – im Sprachgebrauch des Smith-Regimes – sogenannte 'geschützte Dörfer'. Dies sind jedoch Konzentrationslager, wo die Afrikaner hinter Stacheldraht zusammengepfercht werden, regelrechte Freiluftgefängnisse. Dies ist der verzweifelte Versuch, die ZANLA vom Volk in den Dörfern zu spalten. Folglich sah sich das Smith-Regime seit 1972 und sogar in früheren Jahren gezwungen, alljährlich den Verteidigungshaushalt zu erhöhen, unlängst erst um 10 %. Zur Unterstützung des Kampfes gegen die Befreiungsbewegungen werden immer mehr südafrikanische Soldaten in Rhodesien eingesetzt. Wir schätzen sie auf 6 000 Mann. Sie versuchen, Söldner aus Europa zu rekrutieren und ein neues Bataillon aufzustellen. Sie setzten alle Mittel zur Zerschlagung der ZANLA ein. Dies gelang ihnen nicht. Stattdessen gelang es der ZANLA, ihre Basis von Monat zu Monat auszudehnen. Heute operieren wir in einem Gebiet von ca. 130 000 Quadratkilometern, in dem ca. 2,5 Millionen Afrikaner leben. Mit jedem Jahr errangen wir mehr Erfolge. Gegenwärtig richtet die ZANU, im Rahmen ihrer nächsten Aktionsprogramme, ihre Politik und ihre Pläne darauf aus, unsere Position in diesem Gebiet zu festigen und unsere Front tiefer nach Zimbabwe hinein zu verlagern.

Die Karte zeigt das Gebiet von Zimbabwe, auf dem die Weißen ihr rassistisches Siedlerregime unter dem Namen Rhodesien errichtet haben. Das gestrichelte Gebiet im Nordosten von Salisbury ist das Hauptkampfgebiet der ZANU. Dieses Gebiet ist das wirtschaftliche Zentrum der weißen Siedler.

Aufruf zur Unterstützung

Aufruf zur Unterstützung

An den KBW
68 Mannheim
Sandhoferstraße 29

Liebe Genossen!

Bei unserer Zusammenkunft in Mannheim am 24.September 1974 habe ich Euch die Dringlichkeit der Situation in Zimbabwe geschildert.

Wir befinden uns im Krieg gegen ein gut ausgerüstetes Regime, das zudem noch durch südafrikanische Truppen unterstützt wird. Es besteht kein Zweifel daran, daß die imperialistischen und kapitalistischen Kräfte alles daran setzen, das Minderheitsregime unter Smith in Zimbabwe an der Macht zu halten.

Die ZANU, als einzig kämpfende Kraft in Zimbabwe, ist fest entschlossen, den bewaffneten Kampf zu verstärken, um die völlige Freiheit des ganzen Volkes von Zimbabwe zu erlangen. Die Erfolge der ZANU und die veränderten Kräfteverhältnisse im südlichen Afrika machen deutlich, daß der Sieg unser sein wird.

Aber um unsere Operationen erfolgreich durchführen zu können, brauchen wir die Unterstützung fortschrittlicher Organisationen und Menschen auch in Westdeutschland.

Bei unseren militärischen Operationen sind wir auf zuverlässige Transportmittel angewiesen; deshalb brauchen wir dringend mindestens vier Landrover. Da wir meistens abseits der Straßen im Busch und auf unwegsamem Gelände operieren, sind gerade Landrover die geeignetsten Transportmittel.

Die ZANU und mit ihr alle freiheitsliebenden Menschen Zimbabwes wären sehr dankbar, wenn Ihr uns zumindest zwei Landrover besorgen könntet. Am besten wäre, wenn Ihr sie in der PKW-Ausführung besorgen könntet, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendbar ist.

Über Euch fordern wir alle Menschen in Westdeutschland auf, uns konkrete Hilfe zu leisten. Diese Unterstützung wird von besonderer Bedeutung für die langersehnte Erlangung der Freiheit in Zimbabwe sein.

Mit kämpferischen Grüßen
R.J.K. Chiwara
Vertreter der ZANU
in Großbritannien
und Westeuropa

Zimbabwe African National Union
26.September 1974

Spendenkonto

Zimbabwe African National Union (ZANU): Landrover für den Kampf gegen den rhodesischen Kolonialismus

Volksbank Mannheim 10 683/266

Tatsachen über Zimbabwe

Zimbabwe: ist der Name einer Stadt, die seit dem 13.Jahrhundert sakrales Zentrum des Königreichs der Mashona war. Dieses Reich dehnte sich aus über das ganze Gebiet, das zwischen den Flüssen Sambesi und Limpopo liegt. Heute ist ZIMBABWE der Name für das ganze Land, um dessen Freiheit das ganze Volk unter der Führung der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) kämpft.

Rhodesien: ist der Name der Imperialisten für dasselbe Land, nach Cecil Rhodes benannt.

C.Rhodes: war 1890 der Premier der englischen Kapkolonie; er kontrollierte damals die ganze südafrikanische Diamantenindustrie und einen Großteil des Goldbergbaus. Rhodes beherrschte die Britisch-Südafrikanische Kompanie, deren Privatarmee 1890 in Zimbabwe einmarschierte, in Salisbury die englische Flagge hißte und das ganze Land der Mashona und Matabele im Namen der englischen Königin in Besitz nahm. Die britische Regierung verlieh der Gesellschaft Rhodes das Recht, Eisenbahnen und Telegraphenlinien zu bauen, die Einwanderung von europäischen Siedlern zu organisieren, diesen afrikanisches Land zu verkaufen, die Bodenschätze des Landes auszubeuten und ein Monopol über Wirtschaft und Handel zu halten, Gesetze zu erlassen und Polizeitruppen aufzustellen.

Gesamtgebiet: 153 000 Quadratmeilen oder 38 400 000 ha

Bevölkerung: ca. 6 Millionen Afrikaner und 230 000 weiße Siedler

Landbesitz: 80 ha pro Kopf für Weiße, 3,2 ha pro Kopf für Afrikaner

Wahlberechtigt: 90 000 Weiße, 5 000 Afrikaner

Abgeordnete im Parlament: 50 Weiße, 15 Afrikaner

Staatliche Ausgaben für Erziehung: 220 Dollar pro weißes Kind, 18 Dollar pro afrikanisches Kind

Seitdem die weiße Minderheit am 11.November 1965 ihre absolute Herrschaft über Zimbabwe ausgerufen hat, herrscht sie mit Hilfe des permanenten Ausnahmezustandes: d.h., die weiße Siedlergesellschaft setzt in ihrem Polizeistaat ihre Alleinherrschaft über 6 Millionen Afrikaner mit brutaler Unterdrückung und Ausbeutung durch. Das afrikanische Volk hat keinerlei Rechte. Unter der Führung der ZANU aber hat sich das Volk entschlossen, mit revolutionärer Gegengewalt um seine Rechte, um seine Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen.